

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

Lothar Rühl:
Die strategische Lage
zum Jahreswechsel

Heinz Nissel:
Gesellschaft, Raum und Macht
(Teil 1)

Ursula Lagger:
„Krieg um des Friedens
willen“

Klaus Zapotoczky:
Die Friedensspirale:
Der lange Marsch zum Ziel?

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Lothar Rühl

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Heinz Nissel

Gesellschaft, Raum und Macht

Aufgaben, Defizite und Neues zur Kritischen Geopolitik* (Teil 1)

Ursula Lagger

„Krieg um des Friedens willen“

Die Vorstellung von Frieden und seine Instrumentalisierung in antiken Kriegsreden

Klaus Zapotoczky

Die Friedensspirale: Der lange Marsch zum Ziel?

Zusätzlich in der Printausgabe

Donald Abenheim/Carolyn Halladay

Sicherheit, Verteidigung und Wirtschaft im transatlantischen Raum

Christoph Kaiser/Sven Meyer/Arne Schuler

Perspektiven der Strategiediskussion: Mehrwert
einer kriteriengeleiteten Analyse und Argumentation

Gerald Brettner-Messler

Strategische Überlegungen zum Nuklearkonflikt mit Nordkorea

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Lothar Rühl

Die Ereignisse des Jahres 2013 haben mehrere grundlegende strategische Lehren über Krisenbeherrschung und Konfliktbeendigung mit politischen oder militärischen Mitteln verdeutlicht:

1. Die Doktrin vom Einsatz militärischer Gewalt als „letztes Mittel“ nach der „Erschöpfung aller anderen“ („last resort“ oder „Ultima Ratio“) verzögert und schwächt die internationale Krisen- und Konfliktbeherrschung.

2. Der Einsatz militärischer Mittel verliert seine abschreckende und seine kurative Wirkung, wenn nach der Doktrin „gradueller Steigerung“ des militärischen Eingriffs oder Stärkung der eingesetzten Kräfte mit einem möglichst beschränkten Mandat und Stärkeansatz begonnen und weiter verfahren wird („incrementalism“).

3. Nicht jede Lage, jeder Status quo und jedes Regime oder jede Verfassung eines Landes kann und sollte in einer Krise „stabilisiert“ werden. In manchen Fällen war und ist eine Veränderung notwendig, z.B. eines Kräfteverhältnisses wie 1995 in Kroatien und Bosnien, 1999 im Kosovo, 2011 in Libyen und seit 2011 in Syrien.

Auch in Afghanistan ist die Stationierung und Kampfaktivität der internationalen Truppen seit dem Sturz der Taliban durch die militärische Intervention der USA Ende 2001 als „Stabilisierung“ nur auf der Basis des von dieser Intervention geschaffenen und danach gefestigten neuen Kräfteverhältnisses und der neuen politischen Verhältnisse mit allen ihren Schwächen möglich. Ob die damit erreichte „Stabilität“ den Abzug der Kampftruppen der USA samt der internationalen Schutztruppe ISAF bis Ende 2014 überdauern und ob die von der internationalen Intervention gestiftete neue Staatsordnung sich behaupten wird, ist die offene Kardinalfrage des gesamten Unternehmens nach dann 13 Jahren internationaler Truppenstationierung. Deshalb ist die pauschale Vorstellung von „Stabilisierungseinsätzen“ als allgemein-gültigem Zweck militärischer Intervention schädlich und politisch irreführend.

4. Militärische Intervention wird dann am ehesten die Voraussetzung für eine spätere politische Problemlösung und Konfliktbeendigung schaffen, wenn sie, wie 1990/91 zur Befreiung Kuwaits von der irakischen Okkupation, mit überwältigender Überlegenheit des Kräfteansatzes und operativen Fähigkeiten geführt wird („Powell-Doktrin“ der „overwhelming force“, nach dem damaligen „Chairman der Joint Chiefs of Staff“ der US-Streitkräfte, General Colin Powell, späterer Außenminister). Bosnien 1995 und Kosovo 1999 sind nach anfänglichem Zögern und fehlgeschlagener Selbstbeschränkung in der Anwendung militärischer Mittel durch die UNO 1991-94 weitere positive Beispiele mit dem Einsatz alliierter Truppen und Kampfflugzeuge im Herbst 1994 gegen die serbisch-

bosnische Belagerung Sarajevos und der nachfolgenden Besetzung Bosniens durch die IFOR/SFOR in NATO-Regie und mit einem späteren UNO-Mandat.

5. Die UNO ist wegen des Charta-Zwangs zur Übereinstimmung zwischen den fünf Veto-Mächten im Weltsicherheitsrat für jede Aktion wenig geeignet als Instrument für promptes internationales Krisenhandeln. Dies gilt besonders für Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der Satzung, in dem die Anwendung militärischer Gewalt liegt, was stets Intervention in einem souveränen Staat, in der Regel in einem Mitgliedstaat bedeutet. Jede Veto-Macht kann wie jedes andere Ratsmitglied eine Resolution durch Enthaltung passieren lassen, was Russland und China 2011 mit der Libyen-Resolution taten. Aber nach der einseitigen extensiven Auslegung des Textes durch die USA, Frankreich und Großbritannien für militärische Intervention aus der Luft erklärten Moskau und Peking, dass sie einen solchen Freibrief - etwa für eine Flugverbotszone - künftig nicht wieder ausstellen würden.

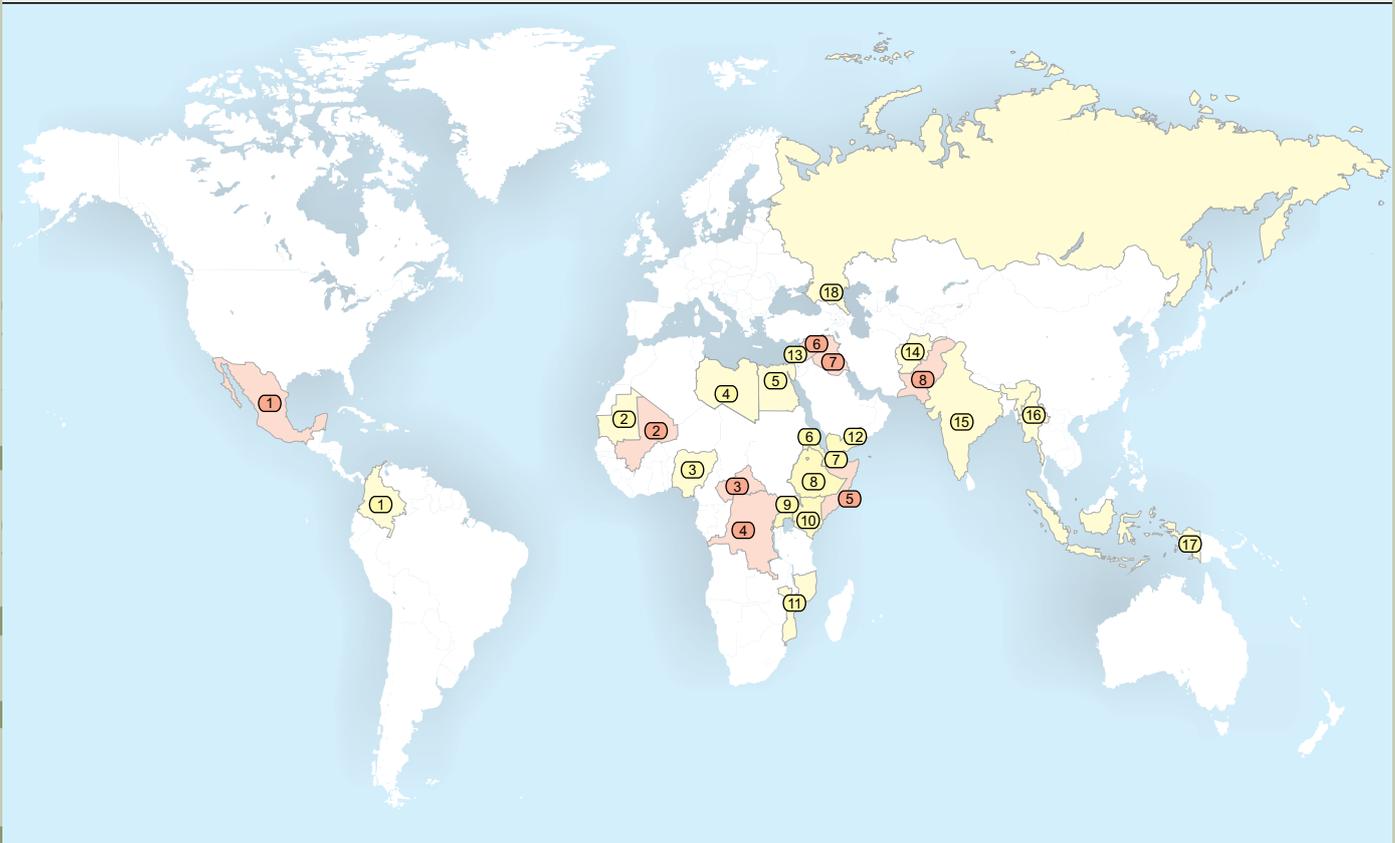
Damit ist die UNO über Eingriffe blockiert, solange diese Konfrontation andauert.

Dies zeigte sich 2012/13 auch schon in der russischen und chinesischen Verweigerung tiefer einschneidender Sanktionen gegen Syrien. Es bleibt unter diesen Bedingungen der UNO nur gewaltfreie Aktion durch unvollkommene Sanktionen, die eine Blockade Syriens zur Isolierung des Regimes und des Konfliktschauplatzes ebenso ausschließt wie militärische Gewalt: Inspektionen und Beseitigung von Waffenbeständen, Überwachung von Waffenruhen und Bewegungen am Boden, Beobachtungen von Flügen und Schiffen an der Küste.

6. Ausschließliche Luftkriegführung ohne Landstreitkräfte auf dem Schauplatz des militärischen Geschehens reicht nicht aus; zumindest sind einheimische Bodentruppen mit Kampfkraft notwendig, was in Libyen im Ansatz der Fall war. Im Kosovokrieg der NATO brachte erst die Drohung der Entsendung von US-Bodentruppen mit schweren Waffen den politischen Durchbruch zu Waffenstillstand, Abzug der serbischen Truppen und zu einem internationalen Statut für die abtrünnige Provinz.

In Syrien sind eine ähnliche Lage und damit eine militärische Option mit Erfolgsaussicht seit Beginn der Unruhen 2011 und deren Übergang in den zunehmend religiösen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und schiitischen Alewiten gegenüber der syrischen Regierungsarmee nicht gegeben, zumal „die Rebellion“ nicht einheitlich, sondern kleinteilig aufgespalten und politisch zerstritten, ja zwischen verfeindeten Gruppen - mehr als 300 verschiedenen „Milizen“ - in Kämpfen mit eigenen regionalen oder lokalen Konfrontationen verkeilt ist.

Wesentliche Konfliktherde 2013



OFFENE KONFLIKTE

- Mexiko:**
 Kampf der Armee gegen Sinaola-, Juarez-, Los Zetas-, Golf-, Tijuana-, La Familia- und Beltran-Leyva-Drogenkartell, Bildung von Bürgermilizen und Bürgerwehren, die eigenmächtig gegen die Banditen einschreiten;
 ①
- Mali:**
 Kampf der französischen Soldaten der Operation Serval gegen Islamisierungsgruppen, schleppendes Anlaufen der UNO-Mission MINUSMA und der EUTM;
 ②
- Zentralafrikanische Republik:**
 der Rebellenverbund Séléka, der aus fünf v.a. islamistischen Gruppierungen besteht, stürzte die Regierung im März - Frankreich bereitet Intervention mit bis zu 1.000 Soldaten vor;
 ③
- Dem. Rep. Kongo:**
 weiter Kämpfe im Osten des Landes zwischen verschiedenen Hutu- und Tutsi-Milizen, Kampf der Rebellengruppe M23 und anderer gegen Regierung;
 ④
- Somalia:**
 fortgesetzte Piraterie, Aktivitäten islamistischer Milizen, allen voran al-Shabaab, Kämpfe rivalisierender Banden auch in Puntland und Somaliland;
 ⑤
- Syrien:**
 fortgesetzter Bürgerkrieg mit Chemiewaffeneinsatz vonseiten der Armee, inzwischen Zersplitterung der Rebellen in verschiedene, vorwiegend islamistische Splittergruppen;
 ⑥
- Irak:**
 Kampf der religiösen Gruppen gegeneinander, separatistische Kurden kämpfen für Staat im Norden, höchste Opferzahlen seit Beendigung des Kampfes gegen Saddam Hussein;
 ⑦
- Pakistan:**
 Rebellenorganisationen in Wasiristan und Belutschistan, fortgesetzte Gewalttaten und schwere Bombenattentate der Taliban im afghanischen Grenzgebiet;
 ⑧

SCHWELENDE KONFLIKTE

- Kolumbien:**
 ① nach Auslaufen des Waffenstillstands neue Offensive der FARC, Anschläge gegen Infrastruktur;
- Mauretanien:**
 ② Kämpfe der regulären Armee gegen salafistische und Al Qaida-Gruppierungen;
- Nigeria:**
 ③ unverminderte Aktivitäten der islamistischen Sekte Boko Haram, weiter ungelöste Problematik im Nigerdelta;
- Libyen:**
 ④ Kampf der Übergangsregierung gegen diverse islamistische Gruppierungen;
- Ägypten:**
 ⑤ Staatsstreich und Sturz des Präsidenten Mursi durch das Militär, Verbot der Muslimbruderschaft, Kampf der Armee gegen Al Qaida auf der Halbinsel Sinai;
- Eritrea:**
 ⑥ Aktivitäten verschiedener Rebellenorganisationen, weiter ungelöster Grenzstreit mit Äthiopien;
- Dschibuti:**
 ⑦ Kampf gegen verschiedene Rebellenorganisationen;
- Äthiopien:**
 ⑧ instabile Lage in der Region Ogaden, Kämpfe gegen mindestens sieben Rebellenorganisationen;
- Uganda:**
 ⑨ Kämpfe mit LRA und al-Shabaab;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- Kenia:**
 ⑩ Aktivitäten von Muslim Youth Center, einer somalischen Miliz mit Verbindungen zu Al Qaida, und der Separatistengruppe Mombasa Republic Council;
- Mosambik:**
 ⑪ der seit 1992 beendete Bürgerkrieg droht wieder aufzublauen, worauf Kämpfe zwischen Renamo und Soldaten der Regierungspartei Frelimo hindeuten;
- Jemen:**
 ⑫ unverminderte Aktivitäten islamistischer Gruppierungen, Entführungen und Anschläge auf Ausländer;
- Libanon:**
 ⑬ zunehmende Destabilisierung durch Übergreifen des syrischen Bürgerkriegs v.a. auf die Grenzgebiete;
- Afghanistan:**
 ⑭ Abzug der ISAF von Aktivitäten der Taliban begleitet, die sich vor allem gegen die afghanische Armee richten;
- Indien:**
 ⑮ Ungelöste Kaschmir-Problematik und weitere Konfrontationen mit Pakistan;
- Myanmar:**
 ⑯ fortgesetzte Unterdrückung ethnischer Minderheiten und Kampf gegen ihre bewaffneten Arme;
- Indonesien:**
 ⑰ Kampf gegen Separatisten auf Papua;
- Russland:**
 ⑱ Kampf gegen bewaffnete Gruppierungen im Kaukasus, v.a. in Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan;

7. Eskalation eines innerstaatlichen Konflikts oder einer Krise kann nicht nur durch Intervention von außen verursacht werden, sondern auch durch eine innere Eskalationsdynamik der Konfrontation einheimischer Feinde gegeneinander wie auf dem Balkan, in Libyen, in Ägypten, in Mali, in Somalia, im Jemen, im Libanon, v.a. in Afghanistan und in Syrien.

Eskalation kann wie aus Syrien 2013 von innen über die Grenzen in Nachbarländer schlagen und so den „Flächenbrand“ verursachen, den die Politik der Regierungen und die öffentliche Meinung meist v.a. als Folge ausländischer oder internationaler militärischer Intervention fürchten (oder zu fürchten vorgeben).

Eine Eskalation eines Konfliktes in einem Land oder Krisengebiet kann sogar notwendig oder nützlich sein, um das Kräfteverhältnis der Konfliktparteien zu verändern, z.B. auszugleichen, damit diese von der Verfolgung einer militärischen oder paramilitärischen Entscheidung absehen und verhandlungsbereit unter fremder Vermittlung werden. Dies dürfte der Fall in Syrien sein, und deshalb bewaffnen andere Staaten wie Saudi-Arabien und inzwischen zögerlich und verspätet auch die USA einzelne sunnitische Rebellengruppen, von denen sie annehmen, dass diese die Interessen ihrer ausländischen Unterstützer vertreten oder doch bedienen und eine freiheitlich-demokratische Ordnung schaffen wollen.

Eskalation auf eine ganze Region wie den Nahen Osten von Syrien aus ist aber auch möglich aus historischen Gründen, etwa der fortdauernden Feindschaft zu Israel und des israelischen Unsicherheitsgefühls, v.a. wegen der Möglichkeit einer Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen aus Syrien oder Raketenangriffen der Hisbollah aus dem Libanon, der Hamas aus Gaza und Grenzüberfällen aus dem ägyptischen Sinai mit seinen Beduinenbanden und islamistischen Terroristen.

In diese Kategorie gehört auch das Bedrohungsbild der Türkei gegenüber den Kurden Syriens in Verbindung mit denen im Nordirak und mit den kurdischen Nationalisten der türkischkurdischen PKK.

Der Abzug von deren Kämpfern aus der Südosttürkei wurde im September 2013 von der PKK-Führung unterbrochen.

Diese Beispiele weisen auf die politische Komplexität der Eskalation von Krisen und Konflikten hin. Auch der Begriff des „Flächenbrands“ als Folge entweder extensiver oder intensiver Eskalation eines bewaffneten Konflikts verdient eine genauere Untersuchung. Logisch kann er im Falle extensiver Eskalation nur bei Grenzüberschreitungen großen Ausmaßes von Land zu Land oder Gebiet zu Gebiet Sinn machen. Intensive Eskalation kann das Ursprungsgebiet, den regionalen Brennpunkt eines solchen Flächenbrands, verbrennen, d.h. dort flächendeckende Verheerungen und schwerste Verluste bewirken.

In Syrien war im Herbst 2013, selbst nach dem Giftgaseinsatz vom 21. August, noch keineswegs ein solcher alles verzehrender Kriegsbrand eingetreten. Die Eskalation des Bürgerkrieges hatte zwar zu einer Steigerung der Kampfintensität und zu einer Wende zugunsten der Regierungsarmee seit der Jahresmitte 2013 geführt, nicht jedoch zu einem dynamischen Bewegungskrieg mit grö-

ßeren Terraingewinnen. Im Gegenteil: Die Verteilung der zahlreichen Bürgerkriegsparteien an den diversen Fronten mit engem Bewegungsraum für alle war im Großen und Ganzen regional stabil. Die Lage tendierte eher zu einem Grabenkrieg mit Barrikaden in den Ortschaften als zum eskalierenden Bewegungskrieg. Ein Sieg der einen Fraktion über die anderen war nach den deutlichen örtlichen Erfolgen der syrischen Regierungsarmee und ihrer Luft-herrschaft über dem Land bis zum Herbst 2013 nicht in Sicht. Allerdings war das von mehreren Seiten umlagerte Damaskus mit dem Regierungssitz immer mehr unter Druck der Rebellen gekommen, was einen Giftgaseinsatz der Regierungstruppen erklären würde.

Zerstörungen und Verheerungen allein müssen noch keine Eskalation, außer eben in der Intensität des Waffeneinsatzes und der Waffenwirkung, mit sich bringen. Eskalatorisch werden sie dann, wenn sie das Gesamtgeschehen verändern.

Politisch war der Bürgerkrieg ebenso festgefahren, weshalb Verhandlungen verweigert wurden. V.a. darum kamen die internationalen Vermittlungsversuche nicht vom Fleck. Deshalb konnten auch gesteigerte Sanktionen, die ohnehin wegen der Lieferungen über die Grenzen und die Küste einschließlich der Munitions- und Geldzufuhr aus Russland, von arabischen Golfstaaten und aus der Türkei an die Gegenseiten nicht durchschlagend wirken, die Lage nicht verändern, geschweige denn den ersehnten „Durchbruch“ zu Waffenruhe und Verhandlungen erzwingen. Präsident Putin drohte sogar, der syrischen Regierung S-300-Flugabwehr-Raketen zu liefern, um sie gegen Luftangriffe zu stärken.

Unter diesen Umständen konnte der internationale Ruf nach „einer Reaktion der Stärke“ nach dem Giftgasangriff vom 21. August auch kein positives Echo, noch weniger ein Einlenken des Assad-Regimes bewirken. Fähig zu wirksamen Angriffen auf dessen militärische und sonstige „strategische“ Infrastruktur waren ohnehin nur die USA, politisch am besten mit arabischen, türkischen und europäischen Alliierten und mit der NATO-„command & control“-Struktur im Mittelmeerraum. Ein NATO-Einsatz im Nahen Osten aber war und bleibt politisch inopportun. US-Streitkräfte waren dagegen für diesen Zweck genügend in der Region präsent.

War also im Herbst 2013 die Stunde der Wahrheit für die internationale Sicherheit gekommen, die Stunde der externen Eskalation, der Intervention mit Waffengewalt als „Ultima Ratio“ der Politik?

Die Reaktionen der verschiedenen größeren Länder einschließlich der USA und insbesondere Großbritanniens ließen daran zweifeln. Jedenfalls erwies sich die Verweigerung einer Teilnahme an einer militärischen Aktion durch das Parlament in London als verfrüht, deshalb politisch unzeitig und für Großbritanniens Einfluss auf das Krisengeschehen als nicht nützlich. Das negative britische Beispiel wiederum wirkte hemmend auf den Kongress der USA wie auf Europa und die Türkei, wohl besonders auf Präsident Obama, der von vornherein zögerlich gewesen war. So waren große psychologisch-politische Hindernisse gegen eine militärische Intervention, so kurz und begrenzt diese auch sein sollte, aufgetürmt.

Doch stand die amerikanische Drohung mit Angriffen auf ausgewählte Ziele der Regierungskräfte wegen des Einsatzes chemischer Kampfstoffe im August in Randgebieten von Damaskus, die von Rebellen Gruppen kontrolliert und aus Gebieten beschossen wurden, die von den Regierungstruppen kontrolliert waren, als wirksame Drohkulisse im Raum. Wegen dieser Drohung lenkten schließlich Moskau, Peking und danach Damaskus ein für eine Beseitigung aller chemischen Waffen der syrischen Streitkräfte.

Die Ausgangslage für die Anfang September zwischen USA und Russland von den Außenministern Kerry und Lawrow vereinbarte gemeinsame politische Aktion zur Beseitigung der chemischen Kampfstoffe, Waffenladungen, Laboratorien und Produktionsanlagen war aber nicht wirklich günstig, sondern noch unsicher, denn ein Spiel auf Zeit mit Sabotagen einer internationalen Kontrolle, Versteckspiel mit Depots nach dem irakischen Vorbild 1991-94 unter Saddam Hussein, Restriktionen für die UNO-Inspektoren usw. war möglich. Es würde sich ohnehin um einen längeren und wegen fortdauernder Kämpfe schwierigen Prozess handeln.

Politisch stellte sich international im Dreieck Washington-Moskau-Peking und dann im Viereck mit Damaskus die Frage, ob die militärische Drohkulisse wieder beiseitegezogen werden sollte wie ein Vorhang auf der Bühne? Dies forderte Assad als Bedingung, während die Rebellen Gruppen auf einen Militärschlag gegen die Regierung drangen. Oder würde die Drohung aufrechterhalten und vielleicht noch verstärkt zu einer soliden Option mit operativen Erfolgchancen in der strategischen Richtung hin auf Kriegsbeendigung durch Eingriff und bewaffnete Vermittlung nach dem bosnischen Vorbild von 1995 und dem des Kosovo von 1999? Dieses Vorbild vom Balkan stand im Hintergrund, denn ähnlich wie gegenüber Milosevic in Belgrad 1994/95 und 1999 galt auch 2013 gegenüber Assad im Herbst nicht mehr dessen Abgang als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen. Die Rebellen Gruppen blieben bei dieser Forderung, konnten diese aber nicht durchsetzen, denn Assad repräsentierte noch immer die international, insbesondere von der UNO anerkannte Regierungsgewalt Syriens (obwohl z.B. Frankreich nur den syrischen Nationalrat der Opposition als einzig legitime Vertretung Syriens anerkannt hatte).

Welche Auswirkungen auf die Politik der Nachbarländer Syriens, insbesondere auf das von chemischen Waffen in Syrien bedrohte Israel im zementierten Kriegszustand mit Syrien seit 1948, würde eine längere Fortdauer des explosiven Chaos im syrischen Bürgerkrieg oder aber das Scheitern der im September beschlossenen internationalen, im Kern bilateralen amerikanisch-russischen Entschärfung der Lage in Syrien haben? Wie würde eine Fortdauer der Kampfhandlungen im Bürgerkrieg oder ein Zerfall Syriens in verschiedene Herrschaftsgebiete mit Dschihadisten an der Macht in einigen davon auf die Bemühungen um eine Konfliktbeendigung wirken? Wie sollte dieser Krieg wenigstens von außen eingedämmt werden, um das Eindringen von dschihadistischen Kämpfern, von denen schon etwa 4.000 in Syrien angenommen wurden, von iranischen Offizieren und von Hisbollah-Kampfgruppen aus dem Libanon zu verhindern? Wie

sollte Israel in einer schärferen akuten Bedrohung vom Eingreifen abgehalten werden? Israels Luftwaffe hatte in den Jahren zuvor mehrmals syrische militärische oder nukleartechnische Zielobjekte angegriffen und zerstört. War eine Fortsetzung oder sogar Vermehrung solcher Luftangriffe zu befürchten?

Wie war die explosive Wirkung des syrischen Bürgerkriegs auf den Irak zu unterdrücken? Alle diese Fragen blieben im Herbst 2013 offen.

Eine weitere Erkenntnis, die sich 2013 wie in den Jahren zuvor seit 2001 wieder mit Eklat in dem mörderischen Terroranschlag vom September in der kenianischen Hauptstadt Nairobi durch Dschihadisten der mit Al Qaida liierten „al-Shabaab“ bestätigte, ist die weltweite Proliferation des islamistischen Terrors. Diese Ausbreitung, insbesondere in Ostafrika von Somalia aus, kann durch punktuelle Eingriffe, auch mit Kampfdrohnen auf bestimmte Ziele, weder verhindert noch dauernd eingedämmt werden. Die Guerilla- und Terror-Schwerpunkte in Afghanistan und Pakistan sind dafür zwar durchaus relevant, was Ausbildung und Indoktrinierung angeht, jedoch nicht die einzigen Ursachen. Somalia ist eine dritte Ursache für sich selbst wie Jemen eine vierte, der Irak eine eigene Situation der Terrorverbreitung auch ohne fremde Einwirkung, allein schon durch die eskalierende Konfrontation zwischen militanten Schiiten und Sunniten, auf die allerdings der syrische Bürgerkrieg einwirkt wie auch der Iran. Für Teheran geht es im Irak wie in Syrien um den Bestand und die Nutzbarkeit der „schiitischen Achse“ bis zum Libanon und damit auch um eine vorgelagerte Front der strategischen Tiefe gegenüber Israel und um strategische Tiefe in der Flanke des sunnitischen Saudi-Arabien und der kleineren arabischen Golfstaaten mit US-Militärstützpunkten, d.h. um die iranische und die amerikanische Machtstellung in der Golfregion. Ob in Teheran nach der Wahl Hassan Rohanis zum Präsidenten eine neue, gemäßigte und zu Kompromissen mit den USA und den sunnitischen arabischen Golfstaaten fähige Politik gewählt wird, steht dahin.

Die Entwicklung der internationalen Situation 2013

Die internationale Situation hat in ihrer Entwicklung seit dem letzten Quartal des Vorjahres etwas schärfere Konturen angenommen, aber den Horizont der nächsten Zeit nicht wirklich aufgehellt. V.a. hat sich die Unvorhersehbarkeit selbst der nahen Zukunft erwiesen - so in Ägypten und in Syrien, den beiden wichtigsten Brennpunkten des Krisengeschehens im Nahen Osten. In Ägypten stürzte ein Staatsstreich der Armeeführung den gewählten Präsidenten Mursi aus verschiedenen politischen und ökonomischen Gründen, v.a. wegen der akuten Wirtschaftskrise, der Verfassungspläne Mursis und wegen des drohenden Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung und der schleichenden Gründung eines islamischen Staates. Militär und Polizei begannen mit einer Verfolgung der militanten Muslim-Brüder, um den säkularen Staat zu erhalten und mit ihm die Militärherrschaft im Hintergrund. Die ägyptische Justiz wurde dafür wieder eingesetzt: Ein Kairoer Gericht verbot im September 2013 alle politischen

Aktivitäten der Muslim-Bruderschaft und konfiszierte deren Vermögen und Medien. Die weitere Entwicklung der aus dem politischen Ruder gelaufenen ägyptischen Revolution zwischen den Extremen Islamismus und Militarismus bleibt ungewiss wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Der Irak ist mit mehr als 4.000 Todesopfern des Terrors bis Ende August wieder als dritter Brennpunkt hoch aufgeflammt.

Der syrische Bürgerkrieg mit den Stammesverwandtschaften über die Grenze hinweg und dem religiösen Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten trug dazu erheblich bei. Diese syrisch-irakische Konfliktverbindung ist eine permanente Gefahr für die Sicherheit der Türkei und Jordaniens, aber indirekt auch Saudi-Arabiens und Israels. Tatsächlich ist schon seit 2012 die gesamte Region von der Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Ausbreitung des syrischen Bürgerkriegs bedroht, wie auch das Beispiel Libanons deutlich ausweist.

Südwestasien

Dagegen trat im von Krieg, Revolten und Terroranschlägen in Serie erschütterten Südwestasien, v.a. in Pakistan, kein Bruch in der Dauerkrise ein, sondern alles verlief wie in den vergangenen Jahren im Strom der Gewalt. Dies gilt auch in Afghanistan in Erwartung des lang angekündigten und schon 2012 eingeleiteten Abzugs der internationalen Truppen bis auf eine kleine Nachhut zur technischen Unterstützung und zur Ausbildung der einheimischen Sicherheitskräfte.

Ein Abkommen mit den Islamisten, v.a. mit den Taliban, für einen friedlichen Abzug und einen Übergang ist bislang nicht zustande gekommen.

Ein Silberstreifen der Aussicht auf den möglichen Beginn einer Entspannung im Verhältnis zur Außenwelt erschien nach der Wahl des Geistlichen Hassan Rohani aus dem religiösen Establishment zum neuen Präsidenten des Iran am Horizont. Dieser signalisierte Gesprächsbereitschaft und beteuerte, dass Iran keine Nuklearwaffenrüstung wolle. Mehr konnte von den Absichten des Teheraner Regimes zunächst nicht erkannt werden. Eine Veränderung der iranischen Nuklearpolitik mit der Rüstungsoption auf Kernwaffen im Sinne der westlichen, aber auch der erklärten russischen Politik in dieser für die internationale Sicherheit kritischen Frage war nicht abzusehen, immerhin aber eine Chance für die Wiederaufnahme der diplomatischen Gespräche. Ein Briefwechsel zwischen Rohani und Obama, danach ein Telefonat, in dem sie sich auf Expertengespräche über das iranische Atomprogramm, über die Beseitigung der chemischen Waffen in Syrien und die seit Längerem geplante internationale Syrien-Konferenz zur Beendigung des Bürgerkrieges verständigten - der erste Kontakt zwischen den USA und Iran auf Regierungsebene seit 34 Jahren. Die Chance auf eine Wende im iranisch-amerikanischen Verhältnis schien sich anzukündigen, damit auch eine Entspannung der Konfliktlage am Golf. Es war aber auch deutlich, dass es die Wirkung der internationalen, von den USA durchgesetzten Sanktionen gegen Iran sind, die die Möglichkeit einer

solchen Wende eröffnet haben. Moskaus für russische Interessenwahrung äußerst schwierige und in sich oft widersprüchliche Politik gegenüber Iran veränderte sich dagegen noch nicht erkennbar.

Unverändert blieb auch die von einer kostspieligen Überrüstung wirtschaftlich niedergedrückte Machtpolitik des kommunistischen Nordkorea bei Anzeichen des lang befürchteten Übergangs zur Herstellung waffenfähigen Plutoniums und erratischen Verrenkungen gegenüber Südkorea, Japan und den USA im Bestreben der Entwicklung von nuklearen Waffen und Raketen und einer Politik der fortgesetzten Herausforderung und Einschüchterung unter russischer und chinesischer Abschirmung.

Gewohnt im Innern chaotisch und in seiner Politik schwer berechenbar blieb Pakistan, allerdings in seinem über Kaschmir zementierten Grenzkonflikt mit Indien gefangen, mit seinen gegen das gleichfalls nuklear gerüstete Indien gerichteten Raketen ein internationales Sicherheitsrisiko. Die Konfliktlage auf dem indischen Subkontinent blieb stabil und dürfte auch in den kommenden Jahren anhalten. Dabei wird sich das pakistanische Interesse an der Ausschließung fremder Einflüsse auf das benachbarte Afghanistan, v.a. des indischen, nach dem Abzug der internationalen Truppen, insbesondere der amerikanischen, zwangsläufig noch verstärken.

Auch Indiens Wirtschaftswachstum hat sich deutlich abgeschwächt, und die indische Unionsregierung bleibt politisch schwach, die Bevölkerung ethnisch-kulturell, gesellschaftlich und regional zerklüftet, der Aufstieg zu einer realen internationalen Großmacht gehemmt, wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus. Indien hat den Aufstieg zu einem internationalen strategischen Faktor oder „Global Player“ bisher ebenso wenig erreicht wie das von seinen sukzessiven Erweiterungen im Südosten und der globalen Finanzkrise geschwächte Europa der EU.

Die weltpolitischen Dominanten

Die weltpolitisch dominierenden strategischen Konstanten bleiben bestehen:

Chinas Aufrüstung, v.a. zur See samt seiner Stellung als Weltwirtschaftsmacht, wiewohl mit abnehmender Wachstumsdynamik und zunehmenden inneren, v.a. sozialen und strukturellen Problemen. Die geplante Wachstumsrate der Volkswirtschaft wurde 2013 amtlich auf 7,5% zurückgenommen - was in Wahrheit nur eine versteckte Anpassung an die schon seit mehreren Jahren bestehende, bisher von Peking kaschierte Realität war.

Auch die in Peking mit Vorrang betriebene Seerüstung mit dem erklärten Ziel einer Seeherrschaft in den Randmeeren Chinas und einer Fähigkeit zum Ausgreifen auf die Hohe See im Pazifik und im Indischen Ozean, also einer maritimen Machtentfaltung, wird an Grenzen der Machbarkeit stoßen.

Ein moderner, nuklear angetriebener großer Flugzeugträger der USA („Gerald Ford“-Klasse) kostet nach neuesten Berechnungen des US-Haushaltsamtes 2013 etwa 11,3 Mrd. USD ohne die Flugzeuge und zehn bis zwölf Jahre Zeit, bis er in Dienst gestellt werden kann. Es wird mit dem Flugzeugträgerbau in China über den gelungenen Umbau eines früheren Trägers der Sowjetmarine

hinaus weder billiger noch schneller gehen. Im Übrigen müssten für operative Sicherheit auf den Meeren noch zahlreiche moderne Luft-, und U-Boot-Abwehrfregatten mit modernen Flugkörpern und Unterwasserwaffen, dazu auch Zerstörer und Kreuzer mit solcher Bewaffnung hinzukommen - also ein großes Hochseeflottenprogramm. Dieses aber wäre eine strategische Herausforderung der USA, Japans, Australiens, Indonesiens, Südkoreas, Vietnams und Indiens, mit anderen Worten der gesamten maritimen Nachbarschaft, die Philippinen und Singapur eingeschlossen. Ob China sich dazu wirklich entschließen wird, bleibt die große strategisch-geopolitische Frage des Fernen Ostens, des Westpazifiks, Südostasiens und des Indischen Ozeans bis zum Mittleren Osten und Afrika - eine globalstrategische, weltwirtschaftliche und geopolitische Zukunftsfrage.

Russlands auch gut zwei Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetmacht noch immer eindimensionale Rohstoffexportwirtschaft und innere Rentenökonomie mit unveränderter Abhängigkeit von hohen Weltmarktpreisen v.a. für Erdöl und Erdgas, von einer politisch gefestigten Kontrolle über seine westlichen und wenigstens einige seiner zentralasiatischen Randstaaten wie über die kaukasischen, bleibt weltwirtschaftlich empfindlich für globale Krisen. Der unmittelbare wirtschaftliche Zweck der Kontrolle ist die Regulierung des Durchflusses von Öl und Gas durch die Pipelines zu eigenen Konditionen. Dazu wirken das russische Weltmachtverständnis gegenüber den USA und das Vormachtstreben im Osten Europas mit der Folge eines permanenten Gegensatzes zu den USA und zur NATO über Raketenabwehr und die (2009 von Präsident Obama zunächst aufgehaltene) NATO-Osterweiterung, wobei sich für Russland auch gute Gründe anführen lassen, die aber nicht ausreichen, um die verhärtete russische Haltung zu begründen.

Die Weltmachtstellung der USA ist trotz der ökonomischen Krise und des vom amerikanischen Schwergewicht beherrschten internationalen Finanzsystems nicht wirklich in Gefahr. Die Erschütterungen der vergangenen Jahre seit 2009 wirken weiter, jedoch schon abgeschwächt, was die Volkswirtschaft der USA, insbesondere die an der Krise ursächlich beteiligten Branchen Finanzwirtschaft und Immobilien, betrifft. Das Mittel ist eine riskante lockere Geldpolitik der Notenbank, die im Durchschnitt um die 85 Mrd. USD im Monat in die Wirtschaft schleust, indem wertlos gewordene Anleihen und Immobilienkredite und -Ansprüche en masse aufgekauft werden. Diese Politik des billigen Geldes ist in Tendenz und künftigen Resultat inflationär, bedroht weltweit Sparanlagen, Realrenten und die Preisstabilität, soll aber in den USA die Arbeitslosigkeit von etwa 7,5% absenken und Wachstum verursachen.

Europa wird als Handelspartner der USA davon direkt in seiner Währungsstabilität bedroht wie die Vermögen der europäischen Sparer und die Realeinkünfte europäischer Rentner. Darin wirkt sich das ökonomische Schwergewicht der USA als globaler strategischer Faktor negativ auf Europa und viele andere Länder in Übersee aus. Damit stellt sich das Projekt einer atlantischen Freihandelszone zwischen Nordamerika (USA/Kanada) und der EU nicht nur als Chance für gemeinsames

Wirtschaftswachstum, sondern auch als ein kritisches Problem für die ohnehin fragile wirtschaftliche Stabilität und Expansionskraft Europas dar. Das Verhältnis zu den USA wird nicht nur die Politik der EU im Jahr 2014, sondern in den kommenden Jahren als eine schwere Aufgabe belasten, die nur gemeinsam von allen EU-Staaten gemeistert werden kann und umfassende internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Volkswirtschaften auf allen Weltmärkten voraussetzt - also tiefgreifende und umfassende Reformen der staatlichen, finanziellen und ökonomischen Strukturen und Politiken in ganz Europa mit entsprechenden sozialen Umwälzungen. Hinzu kommt das kritische Verhältnis zu China als ebenso riskantes wie chancenreiches Element der europäischen Situation und der Stellung Europas in der Welt.

Der Weg der USA aus der Krise wird sich noch als länger und beschwerlicher erweisen, Außenhandel und Unionshaushalt bleiben defizitär. Ebenso schwer fällt die mangelnde internationale politische Gestaltungskraft der Weltmacht ins Gewicht.

Militärische und technologische Überlegenheit genügen nicht für strategische Kontrolle von Krisen und Regionen, wie sich im Nahen Osten und in Südwestasien gezeigt hat. Flugzeugträger, Lenkwaffenzerstörer oder Flugabwehrkreuzer mit Flugkörperwaffen, Drohnen und Kampfflugzeugen im Mittelmeer und in der Arabischen See (wie im Pazifik und Indischen Ozean) sind notwendige Instrumente der Machtprojektion, die als Rückhalt für politische Operationen und Unterstützung diplomatischer Aktionen nützlich sein können. Ihre „Tomahawk“-Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 1.300 und 1.700 km z.B. können alle Zielpunkte in Syrien erreichen. Dies gilt auch für ihre Jagdbomber an Bord und für die der US-Luftwaffe vom türkischen Stützpunkt bei Incirlik aus. Doch sie ersetzen weder politische Gestaltungs- und Ordnungsmacht noch eine realistische und folgerichtige politische Strategie für Einflussnahme.

Mit der „soft power“ der USA ist es aber seit dem Irakkrieg von 2003 und der darauf folgenden Besatzungszeit im Irak nicht gut bestellt. Dies musste Präsident Obama im September 2013 mit der Option eines militärischen Strafschlags gegen das Assad-Regime in Syrien innenpolitisch wie außenpolitisch erfahren. Die digitale Ausspäh- und Abhör-Affäre um die Aktivitäten der amerikanischen NSA im globalen Netz und in anderen Ländern versetzte dem „soft power“-Profil Amerikas eine weitere schwere Scharte und strapazierte Bündnisbeziehungen über den Atlantik. Das öffentliche Bewusstsein, das schon Clausewitz als einen „strategischen Faktor“ erkannt hatte, empörte sich in mehreren Ländern Europas über diese der Spionage eng verwandten Aktivitäten, besonders in Deutschland, wo auch technologische und ökonomische Spionage zulasten der deutschen Wirtschaft vermutet wird.

Davon wird auch das Bündnis mit den USA in Mitleidenschaft gezogen, obwohl es nicht infrage gestellt wird. Aber der Einfluss Washingtons ist mit dem amerikanischen Ansehen beeinträchtigt. Amerika wird schon seit dem Irakkrieg von 2003 nicht länger allgemein als „der gute Hegemon“ angesehen, nachdem der positive „Obama-

Affekt“ sich angesichts der mit Irrläufern behafteten und zick-zack-reichen Realpolitik in Washington erheblich abgeschwächt hat. Zudem fehlt es an einer Politik der ruhigen Hand in der Krisis der Aktion. Die Diplomatie der USA leidet darunter wie die Strategie. Dies hat sich in Afghanistan seit dem kritischen Wendejahr zum Schlechteren hin immer wieder erwiesen.

Es zeigte sich im Herbst 2013 deutlich in der Krise um syrische Chemiewaffen und um die amerikanischen Geheimdienstinformationen über deren Einsatz im Frühjahr und Sommer des Jahres durch die syrische Regierung, dann in den Reaktionen auf Pläne Washingtons für einen militärischen Strafschlag gegen ausgewählte strategische Ziele in Syrien, um die Fähigkeit der Regierung in Damaskus zum Einsatz ihrer chemischen Waffen abzuschrecken und zu vermindern.

Eine Intervention zum „regime change“, also zum Sturz des Diktators Assad und dafür eine Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg schloss Präsident Obama aus guten Gründen von vornherein aus, nicht jedoch Waffenlieferungen an Rebellengruppen, die von der CIA der USA auch im Geheimen vorgenommen wurden. Aber der erklärte Verzicht auf das Ziel „regime change“ führte in der Folge auch zu einer Schwächung der Krisendiplomatie und der Nahostpolitik der USA. Aggraviert wurde diese Schwächung von der ambivalenten Politik der verbündeten Türkei, die ihrerseits in Syrien ihr Ziel und ihren Einfluss verloren hatte und neue Koordinaten für ihre Strategien bestimmen muss.

Die amerikanische Schwächung durch die Nachwirkungen des Irakkrieges von 2003 wurde besonders in London deutlich, wo das britische Parlament Premierminister Cameron die Zustimmung zu einer Mitwirkung an militärischen Angriffen in Syrien nach einer überstürzten und improvisierten in der Sache und politisch gegenüber dem Land schlecht vorbereiteten Regierungsinitiative verweigerte. Auch dort wirkte das fatale Beispiel des Krieges von 2003 mit dem politischen Paar Bush jun./Blair gegen die britische Regierung und auf die „special relations“ zu den USA lähmend nach.

Die Lage des Europas der EU, deren quasi-automatische Erweiterung in Ost- und Südosteuropa auch den westeuropäischen Kern geschwächt hat, ist wirtschaftlich bei Weitem noch nicht verbessert, geschweige denn positiv zu bewerten. Von einer wirksamen, Realitäten zum Vorteil Europas oder einer internationalen Ordnung verändernden europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sind die EU-Staaten noch weit entfernt, wie sich wieder in jeder internationalen Krise seit den Kölner Beschlüssen des Europäischen Rates vom Juni 1999 über die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erwiesen hat. Von gemeinsamer Verteidigung (die von vornherein 1998/99 von Großbritannien ausgeschlossen wurde) kann noch immer nicht ernsthaft die Rede sein, obwohl einige richtige Ansätze konstruiert wurden und so ein politisch-organisatorisches Fundament für enge militärische Kooperation gelegt werden konnte (...). Doch die Streitkräfteziele von Helsinki und spätere Beschlüsse sind noch immer in weiter Ferne, ja tatsächlich aufgegeben.

Europa ist unverändert kein strategischer Aktivfaktor,

geschweige denn ein „Global Player“, schon wegen der wirtschaftlichen Schwächung seit 2009 nicht, sondern nur ein für die Großmächte interessantes Gebiet, Exportmarkt, Investitionsraum und Handelspartner. Für die USA ist es auch noch immer der wertvollste überseeische Verbündete mit der Kontrolle der nordatlantischen Gegenküste und des Mittelmeeres, auch wenn der Schwerpunkt des geopolitisch-strategischen Interesses der USA sich in den Großraum Westpazifik/Asien verlagert hat, wobei dieser europäisch im Vorderen Orient beginnt und seinen Westpol in der Region um den Persischen Golf, die Arabische See und das Horn von Afrika hat.

Lektionen aus Krisen und Konflikten

Die dramatischen Entwicklungen in Ägypten und in Syrien 2011/13, die sich wahrscheinlich in den kommenden Jahren mehr oder weniger chaotisch fortsetzen dürften, haben mehrere, seit dem Ende des Ost-West-Konflikts von den Ereignissen und den Auswirkungen politischer Initiativen und Reaktionen bewirkte Lehren für die internationale Politik wie für politische und militärische Strategien verdeutlicht:

Krisen im Entstehen müssen nicht nur genau und aus dem Krisengebiet beobachtet, sondern auch möglichst früh eingedämmt, jedenfalls politisch beeinflusst werden. Das Ziel kann dabei nicht generell „Stabilisierung“ einer Situation sein, sondern muss auch Veränderungen der Lage zur Lösung des Problems als Option, damit eine Intervention einschließen.

Aber es wird trotz der Erfahrungen in Bosnien mit der machtlosen und passiven UNO, danach 1995 mit der US-geführten aktiven NATO, 1999 im Kosovo gegen Serbien und 1990/91 in Kuwait gegen den Irak immer wieder versucht, Sanktionen und Diplomatie bis zu ihrer Erschöpfung vorrangig und damit exklusiv anzuwenden. Doch in den Krisengebieten trieb auch ohne ausländische Intervention die innere Dynamik der Konflikte deren Eskalation voran bis zum Äußersten.

Im Falle Libyen kam zwar der militärische Eingriff gerade noch rechtzeitig, um Bengasi zu retten, dauerte auch mehrere Monate an, bis die Rebellen mit fremder Luft-Boden-Unterstützung und Luftangriffen der NATO auf strategische Regimeziele um und in Tripolis den Sturz des Ghadafi-Regimes schafften. Bodentruppen der NATO oder einzelner Alliierten wurden nicht eingesetzt.

Es kam auch nicht zu einer „Stabilisierungs“-Präsenz, die von vornherein von allen Seiten ausgeschlossen wurde. In der Folge bildete sich in Libyen eine besondere Art von eingegrenzter Anarchie mit bewaffneter Koexistenz diverser regionaler Milizen heraus. Die Versuche der libyschen Regierung des Ministerpräsidenten Ali Zaidan, die Herrschaft der Milizen zu brechen und diese zu entwaffnen, scheiterten. Besonders kritisch war 2013 die Lage in Bengasi, wo die Terroranschläge zunahmen. Die prekäre Sicherheitslage wird begleitet von Stromausfällen und Unterbrechungen der Wasserversorgung. Bewaffnete Gruppen brachten auch die wichtigsten Erdölinstallationen in ihre Gewalt. Die Förderung ist auf etwa ein Fünftel der üblichen Menge geschrumpft. Wieder droht Libyen zu einem gescheiterten Staat zu verfallen, wenn

es nicht gelingen sollte, Ordnung zu schaffen und das Land zu befrieden. Die westlichen Erwartungen in einen nachhaltigen politischen und wirtschaftlichen Erfolg der internationalen Intervention von USA und NATO in den begonnenen libyschen Bürgerkrieg mit dem Sturz des Ghadafi-Regimes wurden bislang enttäuscht.

Zudem öffnete sich das libysche Waffenlager in alle Himmelsrichtungen, besonders nach Süden in Afrika, zunächst nach Mali, wo der Stammes- und Bürgerkrieg angefacht wurde, und nach Osten bis zum Sudan und nach Somalia, von wo aus solche Waffen nach Syrien in die Hände diverser Kampfgruppen gegen das Assad-Regime gelangten.

Vor dem über die Grenzen des Landes aus dem Irak, aus dem Libanon und indirekt mit Waffen und Geld für die verschiedenen Kriegsparteien aus Saudi-Arabien, der Türkei, dem Iran alimentierten, auf diese Weise schon internationalisierten syrischen Bürgerkrieg mit etwa 4.000 ausländischen Guerillakämpfern 2013 zögerten die westlichen Länder wieder, dem Appell von Repräsentanten der „Rebellion“, d.h. von verschiedenen in einem losen Verbund gruppierten Organisationen, insbesondere der „Freien Syrischen Armee“, mit einer Intervention zu folgen. Schließlich erklärten sich nur die USA und Frankreich dazu bereit, gegen die Chemiewaffen der Regierung einzugreifen, nicht aber in den Bürgerkrieg selbst.

Was dies nach einem ersten Lenkwaffenangriff kurzer Dauer bedeuten und bewirken sollte, blieb unklar. Die Türkei und Saudi-Arabien unterstützten diese Absicht politisch, aber ohne Bereitschaft zur Teilnahme an der Aktion, die Rebellengruppen ihrer Wahl aber durch Waffen und Gerät (kleinere arabische Golfstaaten in gleicher Weise).

Die angekündigte militärische Intervention sollte allerdings nur ein begrenzter „Strafschlag“ sein, „ein Schuss vor den Bug“ des Assad-Regimes, wie US-Außenminister Kerry verschiedentlich öffentlich erklärte, nicht aber eine wirkliche militärische Intervention mit Truppen oder auch nur mit einer „air campaign“ von mehreren Monaten wie in Libyen gegen Ghadafi zur Unterstützung „der Rebellen“.

Präsident Obama bezog seinen Antrag an den Kongress zu Syrien nur auf die chemischen Waffen und schloss jede Intervention über einen „Sanktionsschlag“ hinaus aus. Dieser Schlag sollte aber auch „die Fähigkeiten zum Einsatz chemischer Waffen abschrecken und vermindern“ („deter and degrade“), jedoch, wie Kerry in London Anfang September öffentlich sagte, damit „in der Folge“ („downstream“ d.h. „stromabwärts“) auch die Kampfkraft der syrischen Regierungsarmee reduzieren.

Damit beschränkte Obama die militärische Wirkung, wobei die Dislozierung der syrischen Regierungsarmee und deren chemischen Waffen und Raketen ohnehin die Wirkung von Angriffen mit Flugkörpern und Kampfflugzeugen begrenzte und Kollateralschäden in der Bevölkerung nicht unbedingt in engen Grenzen halten könnte. „Chirurgische“ Eingriffe für solche Angriffe aus der Distanz sind mehr Vorstellung als Wirklichkeit. Andererseits wurde aber von der US-Administration eine weitergehende Schwächung der konventionellen Fähigkeiten der syrischen Land- und Luftstreitkräfte mit zielgenauen Angriffen amerikanischer Marschflugkörper

und möglicherweise Fliegerangriffen mit zielgesteuerten Luft-Boden-Waffen aus der Türkei, Italien und von Flugzeugträgern in Aussicht genommen. Vier Lenkwaffen-Zerstörer und einige mit Marschflugkörpern bewaffnete U-Boote der USA könnten in der Kräftedislozierung des Herbstes 2013 bei maximaler Zuladung bis zu etwa 400 Waffen dafür aufbieten. Weitere Verstärkungen der US-Flotte im östlichen Mittelmeer mit zielfähiger Reichweite nach Syrien waren durch die Verzögerung des Militärschlags Mitte September leichter möglich geworden - der Zeitgewinn lag deshalb nicht allein auf Assads Seite.

Aber das militärische Ziel und der politische Zweck blieben über eine Reduzierung der chemischen Kapazitäten der syrischen Regierungsarmee hinaus unbestimmt, zumal nach dem „Strafschlag“ mit dem Regime über eine Konfliktbeendigung verhandelt werden könnte: Die deutsche und die französische Regierung hatten schon zuvor eine weitere Komplikation ins Spiel gebracht: „die Verantwortlichen vor den Internationalen Strafgerichtshof zu stellen“. Da Baschar al Assad als der Verantwortliche galt, wurden ihm also in Aussicht gestellt: ein Angriff, eine Verhandlung und eine Bestrafung vor Gericht. Wie dies zusammenpassen sollte, blieb auch in Obamas Botschaft an das amerikanische Volk unklar und also offen.

Damit war klar, dass die westlichen Staaten weder eine konsistente Politik noch eine Strategie hatten und das Problem nicht allein würden lösen können. Das Problem reichte aber über die Grenzen Syriens hinaus auf die gesamte Region, in der Türkei auch auf das Bündnisgebiet der NATO.

Diese offensichtlich inkonsistente und inkonsequente Politik der USA, die im Bündnis dezidiert nur von Frankreich mit dem Willen zur Beteiligung an einem Militärschlag unterstützt wurde, während andere europäische NATO-Staaten nur politische Unterstützung annoncierten, bot Russland eine Chance, in die offene Flanke zu stoßen. Präsident Putin nutzte sie geschickt und manövrierte seinen amerikanischen Kontrahenten zunächst aus, indem er seine frühere Verweigerung einer international organisierten und kontrollierten Beseitigung der chemischen Kampfstoffe und Produktionsanlagen in Syrien aufgab und einen offiziellen Vorschlag dazu vortragen ließ, dafür aber den Verzicht der USA und anderer Staaten auf die Androhung militärischer Gewalt zur Bedingung machte. Darüber wurde dann in Genf im September zwischen den Außenministern beider Mächte verhandelt. Putin sprach auch von „Provokation von Seiten der Rebellen“ und behauptete wie Außenminister Lawrow in mehreren öffentlichen Erklärungen, dass Giftgas nur von den Rebellen eingesetzt worden sein könnte. Dem widersprach auch der Generalsekretär der UNO, Ban Ki-Moon.

Schließlich trat Syrien der internationalen Konvention zum Bann chemischer Waffen bei, und Präsident Assad versicherte öffentlich, dass seine Regierung bereit sei, die Bestände und Produktionsanlagen offenzulegen und beseitigen zu lassen. Er nahm dafür etwa ein Jahr und eine Milliarde USD in Aussicht und forderte die USA auf, die Kosten zu tragen. Damit war das Zeitproblem offen gestellt: Verzögerung als Teil des Prozesses. Wie die international geschätzten rund 1.000 Tonnen che-

mischer Kampfstoffe und Waffen in angenommenen 42 bis 45 Depots ohne einen international überwachten Waffenstillstand im Bürgerkrieg, geschützte internationale Kontrolleure mit unbeschränkter Bewegungsfreiheit in Sicherheit eingesammelt und zerstört oder abtransportiert werden könnten, blieb eine offene Frage. Ebenso offen war auch die Frage geblieben, ob die seit dem Frühjahr vorgesehene zweite Genfer Konferenz über Syrien für eine Beendigung des Bürgerkrieges zustande kommen und erfolgreich abgeschlossen, danach die Beschlüsse umgesetzt und notfalls durchgesetzt werden könnten.

Einsatzbedingungen und politische Energie

Der Einsatz militärischer Gewalt zur Krisenbeherrschung und zur Konfliktbeendigung setzt nicht nur einsatzbereite und verfügbare Kräfte voraus, die für den jeweiligen Einsatz geeignet sind, sondern auch die politische Entschlossenheit, solche Kräfte in ausreichender Stärke bei vorhandenen Reserven konsequent für die notwendige Dauer einzusetzen.

Solche Interventionen müssen einerseits energisch, um begrenzt zu bleiben, andererseits dauerhaft wirksam sein. Es gibt dafür keine allgemeingültige Regel, wie seit 2001 der Fall Afghanistan neben den verschiedenen Fällen Irak und Libyen lehrt. Die Lage im syrischen Bürgerkrieg und dessen Natur mit dem Viel-Parteien-Konflikt und der Zersplitterung in kleine örtliche Fronten verschließt sich einer solchen begrenzten und von außen kontrollierten militärischen Intervention. Damit hatten die USA und deren willige Verbündete keinen breiten Optionsfächer für Eingriffe, sondern nur ein schmales Fenster günstiger Gelegenheiten, auch zeitlich. Es bieten sich nur feste Ziele in bestimmter Umgebung an. Diese aber müssten massiv angegriffen und auch zerstört werden. Darunter müssten v.a. zivile strategische Ziele wie Regierungsgebäude, dazu militärische wie Kasernen, Depots, feste Raketenstellungen (die meisten Raketen sind aber mobil), Fernmelde- und Führungsanlagen und andere Infrastruktur von kritischer Bedeutung für die Bewegungsfreiheit der syrischen Armee sein, d.h. ein umfangreicher Zielkatalog für ein Angriffsprogramm nach dem Vorbild der Luftangriffe auf Serbien-Montenegro und auf Libyen.

Militärische Gewalt konnte und kann die Politik nur sehr begrenzt wirksam unterstützen, eine Entscheidung nur durch massiven Waffeneinsatz über längere Zeit herbeiführen helfen, also nur durch Parteinahme in diesem schon von der schiitischen Hisbollah-Miliz aus dem Libanon auf der Seite des von Iran gestützten Assad-Regimes internationalisierten Bürgerkrieg. Die Unterstützung der Assad-Kriegspartei durch Iran und Russland machte jeden Eingriff zum Risiko für die Region. Doch die innere Eskalationsdynamik dieses Religions- und Bürgerkrieges zwischen Sunniten und Schiiten/Alewiten mit etwa einer Million Christen im Lande, v.a. im Gebiet Damaskus, mit Kurden grenznah zur Türkei und Irak könnte gleichfalls mit dem über die syrischen Grenzen schlagenden Krieg die gesamte Region in Brand setzen. Deshalb war die Alternative Politik und Diplomatie mit

Sanktionen oder militärische Intervention künstlich und wirklichkeitsfremd.

Eine aktionsfähige Politik zur Krisenbeherrschung, also etwas anderes als die internationale Einhegung und Abschwächung von Konflikten durch „Krisenmanagement“ („crisis management“), wie in den 1960/70er-Jahren ausgedacht, setzt die Kombination politischer und militärischer Mittel, Diplomatie, Sanktionen und begrenzte Gewaltanwendung mit dem Ziel einer Beendigung des Konflikts auf dem Verhandlungsweg voraus.

Im Falle Syriens wäre so eine Behandlung des beginnenden Bürgerkrieges nur am Anfang mit einer Flugverbotszone und einer militärisch geschützten Sicherheitszone entlang der türkischen und der jordanischen Grenzen zu Syrien bei aktiver Mitwirkung der Türkei möglich gewesen. Ankara aber war dazu nicht bereit. Die USA waren nicht bereit, Truppen zu entsenden und damit ein Kriegsrisiko vor Ort einzugehen. Frankreich und Großbritannien, die wegen des Chemiewaffeneinsatzes der Regierungstruppen schon seit April, verstärkt zunächst, nachdem am 21. August auf eine „starke Reaktion“ (der französische Außenminister Laurent Fabius) gedrängt und sich auch zum Einsatz militärischer Mittel bereit erklärt hatten, zeigten sich eher erleichtert, als es im September dazu nicht kam. Immerhin blieb die Androhung von einem „Strafschlag“ gegen das Assad-Regime im Raum. Sie wurde jedoch von der zuerst öffentlich in einer eher kraftlos auf einer Pressekonferenz in London auf eine Frage hingeworfenen Bemerkung des amerikanischen Außenministers Kerry, Assad könne den angedrohten „Militärschlag“ vermeiden, wenn er den Bestand seiner chemischen Rüstung offen legte und internationaler Kontrolle zur Beseitigung der chemischen Kampfmittel unterwürfe, wieder relativiert.

Moskau nutzte diese Chance und brachte Russland damit wieder ins Spiel, zugleich setzte die russische Initiative Obama auch gegenüber dem eher unwilligen Kongress unter Druck, verschaffte Assad Zeit und Handlungsspielraum. Die internationale Krisenpolitik war mit einem plötzlichen Moskauer Schachzug in einer neuen Partie eröffnet: bilaterale Großmachtverhandlung. Dies ist es, worauf Präsident Putin in seinem Ebenbürtigkeitsstreben gegenüber den USA in allen für Russland wichtigen Fragen stets gepocht hatte. Die systematische Ausschließung Russlands aus den Angelegenheiten des Nahen Ostens war faktisch beendet, wenn auch ein Erfolg dieser Verhandlung und Vermittlung - der die verschiedenen Rebellengruppen erbittert widersprachen - noch offen war.

Von nun an waren die russischen Interessen zu berücksichtigen: Diese sind in Syrien politische, am Tor in den Nahen Osten über den letzten Verbündeten in der Region und Sorge über eine mit Massenvernichtungswaffen ausgestattete islamistische Terrorbedrohung Russlands im Nordkaukasus und aus Zentralasien, militärisch am Hafen Tartus für einen ausgebauten russischen Flottenstützpunkt an der Levanteküste, damit verstärkte maritime Präsenz und Logistik im Mittelmeer, die sich auch wieder auf den lange verlorenen ehemaligen Verbündeten Ägypten richten könnte, wirtschaftlich für den Absatz russischer

Produkte in Syrien, dessen Abhängigkeit von Russland für seine Rüstung erhalten bleiben soll.

Diese Wende zeigt - gleichgültig, ob eine bilaterale und von einem UNO-Mandat begleitete Vermittlung längerfristig Erfolg haben wird -, dass es nicht auf die UNO oder Europa oder andere Staatengruppen in der internationalen Politik gegenüber akuten Krisen und Risiken ankommt, sondern auf eine Verständigung zwischen den Großmächten. China folgte als Veto-Macht im UNO-Sicherheitsrat in einer politischen Sicherheitsdistanz Russland.

Putin aber brüstete sich mit einem angeblichen vollen Einverständnis zwischen Russland, China und Kasachstan gegenüber den „auf Gewalt setzenden USA“ zur Verteidigung des Völkerrechts und der staatlichen Souveränität. Der Antrag der syrischen Regierung an die Vereinten Nationen, den internationalen Abkommen zum Bann chemischer Waffen beitreten zu dürfen, die Bereitschaft zu international kontrollierter Beseitigung aller chemischen Waffen Syriens - das erste Eingeständnis, dass diese existieren -, die von Moskau übernommene Bedingung Assads, dass auf jede Gewaltandrohung verzichtet werden müsse und seine Forderung nach Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen in der Region, insbesondere der Israels, schufen eine neue Situation. Israel war nun von Syrien in den Prozess der Beseitigung der chemischen Waffen in Syrien hineingezogen, und es kam nun auf Moskau und Washington an, ob auch diese Bedingung zur Verhandlungsmasse geschlagen würde. Israel herauszuhalten und dessen fortdauerndes Stillhalten zu sichern, war immer und ist unverändert eine Notwendigkeit westlicher Nahostpolitik, insbesondere der amerikanischen.

Es war offensichtlich und unvermeidlich, dass eine international kontrollierte Beseitigung der syrischen Chemiewaffen im Krieg einschneidende internationale Auflagen und Kontrollen nötig machen würde. Ein solches Unternehmen muss mit der gründlichen Feststellung der vorhandenen Bestände, Produktionsanlagen und Laboratorien für chemische Waffenentwicklung beginnen, dann muss Sicherheit für die Übergabe der Bestände in internationale Verwahrung und den Abtransport oder die Beseitigung im Lande selbst ohne Bedrohung, Gefährdung, Behinderung und Störung unter internationaler Kontrolle hergestellt und aufrechterhalten werden. Wie das bei fortdauernden Kampfhandlungen geschehen sollte, ist kaum vorstellbar. Es müsste deshalb ein allgemeiner unbefristeter Waffenstillstand vereinbart und gehalten werden.

Ohne aktive Kollaboration Russlands und der syrischen Regierung würde dies nicht möglich sein, ohne das Stillhalten der diversen Rebellengruppen aber auch nicht.

Der UNO-Sicherheitsrat fasste seinen einstimmigen Beschluss, der im russischen Sinn keine Sanktionen gegen die syrische Regierung nach Kapitel VII des UNO-Vertrages, damit auch keine militärische Aktion bei Nichterfüllung der Bedingungen durch die syrische Regierung vorsah. Moskau sollte sich zunächst durchsetzen.

Die USA werden sich in Syrien in dem in den Hintergrund getretenen geopolitisch-strategischen Dreieck

mit Russland und China im UNO-Sicherheitsrat und im Nahen Osten wiederfinden, das ihre Politik und Strategie aufzulösen versucht haben. Die UNO kann ohnehin nicht ohne Einverständnis der Veto-Mächte handeln, aber müsste ein solches Einverständnis und dessen Konsequenzen international legitimieren, d.h. mit dem Völkerrecht (auf das Moskau sich stets beruft) formal in Einklang bringen. Diese Fragen blieben im Herbst 2013 noch offen.

Dabei hat sich im Falle Syriens von Anfang der Krise 2011 an auch deutlich gezeigt, dass einseitige Auslegung von UNO-Mandaten wie zuvor im Fall Libyens durch die westlichen Staaten mit der Libyen-Resolution des UNO-Sicherheitsrates geschehen, um militärisch „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ gegen das Ghadafi-Regime, das die international anerkannte Regierung Libyens war, einzugreifen, damit im Verfolg der Aktion auch für die libyschen Rebellen militärisch Partei zu ergreifen und den Sturz des Diktators herbeizuführen zu einer späteren Blockierung nicht nur der UNO, sondern auch der eigenen vom Völkerrecht gedeckten Handlungsfreiheit führen kann: Die staatliche Souveränität ist für die ethnisch zergliederten Großstaaten Russland und China, aber auch für zentralasiatische Staaten wie das große Kasachstan, von existenzieller Bedeutung wie für andere kleinere Länder auch. Die westliche Doktrin von der so genannten internationalen „Schutzverantwortung“ („responsibility to protect“) für unterdrückte oder durch Gewalt gefährdete Bevölkerungen in souveränen Staaten, die auch militärische „humanitäre Intervention“ erlaube, ist ein prekäres Gedankengebäude, eine diplomatische Figur gegen die staatliche Souveränität, auf der die Vereinten Nationen gründen. Mit dieser Doktrin, die von Russland und China schon im Fall des Kosovo abgelehnt wurde, soll der Krieg gegen einen Staat auch gegen die oder ungeachtet der Satzung der UNO erlaubt werden.

Moskau und Peking hatten nach der militärischen Intervention westlicher und arabischer Staaten mit der NATO als Führungsinstrument in den libyschen Bürgerkrieg gedroht, sie würden keine solche Resolution im UNO-Sicherheitsrat mehr passieren lassen, weil die Libyen-Resolution missbraucht worden sei. Die USA und Frankreich erhielten 2013 aus Moskau und Peking die politische Quittung für ihre Libyen-Intervention gemeinsam mit Großbritannien, Italien, Kanada, Norwegen und Schweden. Das Völkerrecht wurde dabei von allen Seiten instrumentalisiert.

Im Nahen Osten würde es äußerst schwierig und wäre im Grunde nicht ratsam, die NATO im Kriege oder als Sicherheitsorganisation in einem Waffenstillstand ins Feld zu führen. In den islamischen Ländern würde dagegen früher oder später wieder das Banner gegen „die Kreuzritter“ geschwenkt. Verbündete Staaten wie die Golf-Monarchien um Saudi-Arabien und Jordanien kämen wie die ägyptische Regierung unter der Militärherrschaft, die Stabilität des Friedens mit Israel gegen die Volksstimmung ihres Landes erhalten kann und dies bisher auch getan hat, unter den Druck der „arabischen Straße“. Was dies zur Folge haben kann, haben die Rebellionen in Ägypten und Syrien gezeigt. Aber auch die NATO-Partner waren sich im Herbst 2013 nur darüber

einig, dass ein NATO-Einsatz nicht opportun wäre, und einige Länder würden sich daran auch nicht militärisch beteiligen. Eine UNO-Blauhelm-Truppe für die Dauer der Beseitigung der chemischen Waffen und Kampfstoffe in Syrien wäre, v.a. mit arabischer Beteiligung, möglich, wenn die Damaszener Regierung und zumindest eine signifikante Rebellen-Koalition an einem Waffenstillstand (einfache Waffenruhen würden wohl nicht genügen, wie das Beispiel der 130 gebrochenen Waffenruhen in Bosnien lehrt) bei Kollaboration mit einer UNO-Militärpräsenz und den internationalen Kontrolleuren mitwirken würden. Diese Fragezeichen stehen hinter dem Ausdruck „Modalitäten“, um die es ab Mitte September zwischen Moskau, Washington, aber auch in Syrien selbst ging. Schließlich musste die Kardinalfrage entweder einmütig positiv beantwortet oder von den USA zurückgenommen werden: Die Androhung eines militärischen „Sanktionsschlages“ gegen das Assad-Regime, ohne die nach Präsident Obamas Worten weder Russland noch die syrische Regierung bereit gewesen wären, die Initiative für eine Beseitigung der chemischen Waffenbestände und Produktionskapazitäten zuzusagen. Dies ist wahrscheinlich richtig. Doch diese Drohkulisse als politisches Druckmittel gegen Damaskus und Russlands Interessen in Syrien aufrechtzuerhalten setzt deren Duldung durch den Kongress der USA voraus. In diesem Sinne war die Heimatfront Präsident Obamas, die noch immer von der parteipolitischen Konfrontation und von der Ablehnung neuer kriegerischer Verwicklungen im Orient ohne direkte Bedrohung Amerikas in der Bevölkerung der USA mit großer Mehrheit in den Meinungsumfragen und im großen Medientheater bestimmt war, als strategischer Faktor in den Vordergrund getreten. Ob sich dies ändern könnte, hing nun in erster Linie vom politischen und diplomatischen Geschick der Obama-Administration ab. Es bestätigte sich in deren Lage und Perspektive der alte Erfahrungssatz, dass Außenpolitik auch immer Innenpolitik ist.

Die Rückzugsperspektive in Afghanistan

Das Jahr 2014 soll den erfolgreichen Abschluss des dann 13-jährigen „kriegsartigen“ (zu Gutenberg) Einsatzes der Alliierten um die USA in der internationalen Schutztruppe ISAF zeitigen. Der strategische Rückzug aus Afghanistan („exit strategy“) war von Präsident Obama ausgerufen und von den NATO-Partnern sehnlich erwartet worden, auch vom pazifischen Verbündeten Amerikas, Australien. Die internationalen Partner Afghanistans hoffen auf einen Abzug ohne größere Schwierigkeiten, aber mit Gefechten sozusagen bis zum letzten Tag, denn die Taliban haben bisher kein wirkliches Interesse an einem Stillhalteabkommen für den Übergang gezeigt, und es war im Herbst 2013, als der Abzug schon im Gange war, angesichts der Terroranschläge im Lande nicht realistischerweise zu erwarten, dass sich dies so kurz vor dem beschlossenen Ende der internationalen Militärpräsenz mit Kampftruppen daran etwas im Wesentlichen ändern würde. Was die Nachhut zur technischen Unterstützung, Ausbildung und Beratung der afghanischen Streitkräfte

und nationalen Polizei angeht, so war noch immer offen, wieviele amerikanische Soldaten Obama für einige Zeit zurücklassen wollte.

Damit war auch die gesamte Abzugsperspektive vor dem ultimativen Jahr der internationalen Truppenpräsenz verhangen. Wie die internationalen Koalitionäre, insbesondere die NATO-Partner, nach dem langen und wechselreichen Afghanistan-Einsatz künftig gemeinsame Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln in internationalen Krisen und Konflikten betreiben könnten und würden, liegt in einer höchst ungewissen Zukunft. ■



Prof. Dr. Lothar Rühl

Staatssekretär a.D. (ehemals im Bundesverteidigungsministerium, Bonn); Professor für Internationale Beziehungen am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; ehem. Vorstandsmitglied der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, und des SIPRI Stockholm, ehem. Mitglied des Akademischen Beirats des NATO Defense College, Rom, und des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, Mitglied der Studiengruppe Strategie der DGAP Berlin.

Heinz Nissel

Dieser Beitrag ist als Follow up zu meinem einführenden Aufsatz in ÖMZ 1/2010 zu verstehen.¹⁾

Ist es sinnvoll und notwendig, dieses Thema nach vier Jahren erneut aufzugreifen? Ja, und dies aus mehreren Gründen.²⁾ Einerseits ist die klassische, d.h. deterministische Geopolitik noch immer nicht tot, sondern feiert in einer Reihe von europäischen Think Tanks eine Renaissance, wie erst jüngst vom Geschichtsphilosophen Hauke Ritz (2013) heftig kritisiert.³⁾ Allerdings schüttet er das Kind mit dem Bade aus, wenn er feststellt: „Die Geopolitik ist eine Disziplin, die seit jeher von den Militärs betrieben wird und somit eine Form von Kriegskunst darstellt.“⁴⁾ Dies kann bestenfalls für Zeiten und Räume akzeptiert werden, in denen auch die politische Macht durch das Militär ausgeübt wird. In demokratisch verfassten Staaten gelten der Primat der Politik und die Weisungsgebundenheit der Militärs. Der „Kriegskunst“ geht die Staatskunst voraus. Eines eint jedoch die Semantik dieser obskuren Zirkel politischer Phantasten wie ihrer Kritiker - sie verharren in Denkmustern, die längst obsolet geworden sind. Sie ignorieren völlig die Existenz wie die „Aufdeckerfunktion“ der Kritischen Geopolitik. Die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ ist aus der Sicht des Autors der richtige Ort, um diesen Ansatz der Politischen Geographie über das engere Fachverständnis hinauszutragen und zur Diskussion anzuregen.

Dieser Aufsatz möchte erneut gegen die zeitgeistige, oberflächliche Anwendung des Terminus „Geopolitik/geopolitisch“ angehen⁵⁾ und wird deshalb die Leistungen, jedoch auch die Schwächen der dagegen ankämpfenden Kritischen Geopolitik aufzeigen. Zum anderen hat sich in den vier Jahren seither in der deutschen Politischen Geographie vieles getan. Deshalb soll die jüngste Entwicklung des Faches kurz vorgestellt werden. Ebenfalls in nur knapper Ausführung geht es dann noch einmal um die Anliegen und Methoden der Kritischen Geopolitik, einem ihrer Hauptforschungsbereiche. Ihre Ziele und Arbeitsweisen werden an unterschiedlichen - alten wie aktuellen - „geopolitischen Leitbildern“ festgemacht. Da sich die postmoderne Politische Geographie der konstruktivistischen Perspektive verschrieben hat, wird die Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder in den Fokus gerückt. Es folgt dann eine Analyse der Entwicklungen und Veröffentlichungen der jüngsten Jahre in der Kritischen Geopolitik sowohl im deutschen Sprachraum wie im tonangebenden anglo-amerikanischen Forschungsumfeld. Der Beitrag schließt mit kritischen Hinweisen auf theoretische Schwachpunkte des Ansatzes und mögliche Entwicklungslinien in der Zukunft.

*) Dieser Artikel hat das Peer-Review-Verfahren erfolgreich durchlaufen

Zum Stand der deutschen Politischen Geographie

„Mögest du in spannenden Zeiten leben.“ Dieser alte chinesische Fluch ereilt uns heute tausendfach - ja, wir leben in spannenden Zeiten, und dies ist auch für Forschung und Lehre in der Politischen Geographie Ansporn und Verpflichtung zugleich. Jahrzehntlang blieb sie aufgrund der unseligen Verstrickungen in die Kriegsrhetorik von Kolonialismus und später Nationalsozialismus innerhalb der Geographie verfermt und außerhalb vergessen wie ihre „hässliche Schwester“ (die klassische Geopolitik). Dieses Stadium prolongierter Lähmung wird etwa durch die Tatsache belegt, dass die Einführung in das Fach durch den Amerikaner Prescott in deutscher Übersetzung 1975⁶⁾ erstmals aufgelegt wurde, da damals überhaupt kein vergleichbares Studienbuch existierte. Zwei Taschenbücher, die noch weitgehend im Tradierten verhaftet waren, folgten durch Ulrich Ante (1981) und Klaus-Achim Boesler (1983).⁷⁾ Noch in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre konnte Klaus Kost⁸⁾ von einem „Kümmerdasein“ sprechen oder Jürgen Obenbrügge⁹⁾ von einer „ins Unbedeutende abgerutschten Teildisziplin“. Im anglo-amerikanischen Fachverständnis hingegen wurde die Tradition politisch-geographischer und geopolitischer Anliegen und Fragen nie unterbrochen. Deshalb gehört die Politische Geographie dort nicht nur zu den wichtigsten Säulen der Humangeographie, sondern hat im Verlauf von Dezennien, immer an der Forschungsfront agierend, durchgängig als „intellektuelle Speerspitze“ eine bedeutende Anzahl hervorragender Köpfe des Faches angezogen.

Die Rezeption im deutschsprachigen Raum Europas gedieh lange nur zögerlich. Obenbrüggens Übertragung anglo-amerikanischer Ansätze („Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung“) 1983 blieb lange die Leistung eines Einzelnen. Aus meiner persönlichen Sicht ist schon der Terminus „Politische Geographie“ unglücklich gewählt. Er impliziert eine Geographie, die selbst politisch ist, dagegen geht es klarerweise um (mögliche) Wechselwirkungen von Politik und Geographie. Leider ist dieser Terminus technicus seit Jahrzehnten eingespielt und, beobachtet man die Konferenz- wie Publikations-tätigkeit, nicht mehr rückgängig zu machen. Was die Geopolitik betrifft, so wurde ihr von Seiten der deutschen Politischen Geographie nach 1945 bis etwa 2000 jegliche Wissenschaftlichkeit rundweg abgesprochen,¹⁰⁾ und dies nicht zuletzt als Funktion politischer „Weißwäsher“ in der Nachkriegsära. Es sollte vergessen machen, dass im Dritten Reich hunderte Geographen als Wendehälse blitz-

artig zu selbsternannten Geopolitikern mutierten und in der Haushofer'schen Zeitschrift für Geopolitik mit ihren Beiträgen dominierten.

Erst beginnend um die Jahrtausendwende wurden wichtige Ansätze (radical geography, handlungszentrierte Analysen, critical geopolitics, Kritische Geographie, Diskursanalysen) zuerst vereinzelt aufgegriffen und dann in recht kurzer Zeit v.a. von der jüngeren Generation rasch rezipiert. Pionierarbeit leisteten Paul Reuber und Günter Walkersdorfer (Heidelberg, später Münster). 2000 erfolgte die Gründung des „Arbeitskreises Politische Geographie“, der regelmäßig Tagungen und Workshops an Universitäten des deutschen Sprachraums organisiert.

Auf Deutschen und Internationalen Geographentagen hat sich die Subdisziplin der Politischen Geographie gut positioniert. In einer Reihe von Instituten der Geographie in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist sie heute vertreten, fix in Studienplänen verankert und in der Forschung angesehen. Neben Beiträgen in den renommierten Fachzeitschriften der Geographie insgesamt wie in Schriftenreihen von Instituten haben sich zusätzlich eigene Publikationsreihen entwickelt: „Forum Politische Geographie“ und „Raumproduktionen“, die Theoriediskussionen und empirische Befunde „für Fortgeschrittene“ anbieten. Mit diesen wenigen Anmerkungen sollte eines klar geworden sein - die Politische Geographie ist wieder da, sie hat sich zu einem führenden Teilgebiet der Humangeographie entwickelt. Ihre Forschungen und Ergebnisse zum „diskursiven Dreieck“ Gesellschaft-Raum-Macht geben auch für Nachbardisziplinen food for thoughts (Soziologie, Raumforschung, Internationale Politik usw.). Sie hat auch wieder Anschluss gefunden an internationale (jedoch dominierend US-amerikanische) Standards.

Trotzdem mussten nahezu 30 Jahre (!) vergehen, ehe nach Ante und Boesler wiederum ein Lehrbuch in deutscher Sprache vorliegt: Paul Reuber: „Politische Geographie“ (2012).¹¹ Nun ist es möglich, viele bisher verstreute Puzzleteile von Theorie und Praxis zu ordnen und zu analysieren. Und es ist ein wichtiger Anstoß für den Autor, diese „Nachlese“ zum Aufsatz in ÖMZ 1/2010 zu versuchen. Dies gilt auch für zwei wegweisende Kongresse im August 2012,¹² die hier (weiter unten) ebenfalls zur Sprache kommen. Das Untersuchungsobjekt der Politischen Geographie, ihre Theorien und Methoden haben sich jedenfalls grundlegend verändert. Das „realistische“ Politik-Raum-Verständnis ist obsolet geworden. Es wurde eine Entwicklungslinie vom Realismus zum Konstruktivismus vollzogen.

In Deutschland und international haben sich vier politisch-geographische Forschungsperspektiven herauskristallisiert (siehe weiter unten). Zwischen der klassischen, der modernen und der postmodernen Politischen Geographie und Geopolitik existiert aber kein geradliniger Strom der Entwicklung, sondern einer mit Brüchen und Diskontinuitäten. Die alten oder veralteten Muster sind nicht völlig verschwunden, sondern tauchen - oft in modernisierter Form oder verkleidet - immer noch auf (in der Politikberatung, in der langen „Raumvergessenheit“ der Vertreter des Faches Internationale Politik, in einer

Soziologie, die das Räumliche nur als Container begriff, in dem sich die Sozialbeziehungen formieren usw.). Darüber hinaus existieren spezifische regionale Entwicklungen wie etwa in den Rahmungen einer französischen oder indischen Geopolitik, die hier ebenfalls ausgeklammert bleiben. Der Mainstream liegt in allen diesen Varianten heute auf Ansätzen konstruktivistischer Basis. Das Thema schlechthin ist die Analyse der machtvollen Rolle, die Raumkonstruktionen und Raumproduktionen der Gesellschaft in allen Bereichsebenen vom Lokalen bis zu Weltsystemen spielen.

Kritische Geopolitik - erster Einstieg

Was ist unter Kritischer Geopolitik zu verstehen? Zur Erklärung scheint ein weiteres Ausholen unvermeidbar. Offensichtlich muss es um eine Kritik an wie auch in der Geopolitik gehen. Der Name entspricht dem englischen Pendant Critical Geopolitics, das bis über das Jahr 2000 auch im Deutschen bevorzugt verwendet wurde, um jegliche Nähe zur deterministischen Geopolitik alten Stils zu vermeiden. Übt sich die deutsche Politische Geographie nach dem Zweiten Weltkrieg, wie angedeutet, über Jahrzehnte in der Abwehr der „unwissenschaftlichen Geopolitik“, um die Schatten des Nationalsozialismus zu verdrängen, hatten die Kriegsgewinner, allen voran die USA, keine Berührungängste mit der Thematik. Etwa zur Jahrtausendwende setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass sich die Politische Geographie damit um für sie wesentliche Forschungsbereiche brachte, da es sich um „zwei Seiten einer Medaille handelt“.¹³ Im heutigen Verständnis stellt die Kritische Geopolitik neben der handlungstheoretischen geographischen Konfliktforschung eine der beiden Hauptrichtungen der postmodernen Politischen Geographie dar und gilt in vielen Fragestellungen als forschungsleitende Subdisziplin. Dieses Aufkommen hängt mit den fundamental veränderten gesellschaftlichen und erkenntnistheoretischen Rahmenbedingungen zusammen: Verstärkung globaler und lokaler Wirkungen auf Kosten von Nationalstaaten (welche die Kernelemente der alten geodeterministischen Politischen Geographie bildeten), die „Entlarvung“ traditioneller Werte als große Meta-Erzählungen,¹⁴ die Pluralisierung sozialer Strukturen im Sinn der Bourdieu'schen „feinen Unterschiede“ usw.

Die Politische Geographie der Postmoderne stellte sich diesen grundlegenden Veränderungen und entwickelte vier Forschungsperspektiven: zunächst die Radical Geography, die noch ideologiekritisch der Deutung von Strukturen der Weltsysteme verpflichtet war, gefolgt von einer handlungsorientierten geographischen Konfliktforschung, die bei den kleinsten Einheiten politischer Handlungen ansetzt, bei den Akteuren, die nun in einer Mehrebenenanalyse (vom Lokalen bis zum Globalen) neue Raum- und Verhaltensdeutungen ermöglichen. Der entscheidende Impuls für die dritte, zeitlich darauf folgende Richtung kommt aus der Linguistik, die den konstruktiven Charakter von „Wahrheit“ oder „Wirklichkeit“ aufgreift. Für die Enttarnung als bisher unantastbar erachteter Werte, Normen, Verhaltensweisen dienen Sprache und Sprachmuster sowie die davon abgeleitete

„Macht der Diskurse“ (Foucault).¹⁵⁾ Daraus entwickelte sich die postmodern-konstruktivistische Schule der Kritischen Geopolitik. Als jüngstes Kind sind noch die post-strukturalistischen Ansätze zu nennen, die diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Konzepte entwickeln. Sie sind aus der Diskursanalyse in der Kritischen Geopolitik erwachsen, gehen aber weit über diese hinaus, da sie alle Maßstabebenen vom Lokalen bis zum Globalen aufgreifen. Ein Eingehen auf diese Konzepte würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Jedoch: Diese vier Hauptstränge stellen nur analytische Fokussierungen dar, sie sind miteinander theoretisch wie empirisch verknüpfbar. Ihre Methoden sind unterschiedlich, die Zielsetzung hingegen bleibt gleich, nämlich die Ausdeutung des diskursiven Dreiecks Gesellschaft, Raum und Macht.¹⁶⁾ Der Autor ist der Überzeugung, dass dies auch der Kern einer „Geopolitik der Postmoderne“ ist oder sein muss, insofern diese die theoretische und methodische Weiterentwicklung der Politischen Geographie annimmt wie internalisiert (...„zwei Seiten einer Medaille“).

Kritische Geopolitik versteht sich nicht per se als gesellschaftskritisch, sondern als eine konzeptionell andere Weise zu denken und vermeintliche Sicherheiten als Schein zu entlarven. Sie entwickelte sich auch im Widerstand zur New Geopolitics der 1980er-Jahre in den USA. Wollte die New Geopolitics der Reagan-Ära die weltweiten amerikanischen Ansprüche legitimieren, so führte die innergeographische Debatte zur paradigmatischen Wende hin zum Konstruktivismus.

Noch einmal Foucault - die großen Erzählungen im Gefolge der Aufklärung bildeten niemals die Wirklichkeit ab, sondern privilegierte Diskurse spezifischer sozial und historisch situierter Gruppen.¹⁷⁾ Deshalb sei die Frage nach „Wirklichkeit an sich“ falsch, es gehe vielmehr darum, wie „Sinn“ oder „Wahrheit“ geschaffen werden. Die Philosophie der Moderne definierte Wahrheit als objektiv, ahistorisch, transkulturell und rational. Jene der Postmoderne verwirft alle diese Kategorien und ersetzt den Wahrheitsbegriff durch den Diskursbegriff. Das bedeutet de facto, Wahrheit, Geschichte usw. sind nicht mehr Grundlage aufklärerischer Deutungsmacht, sondern ihrerseits zu erklärende Variablen.

Es ist die Sprache, die gesellschaftliche Machtbeziehungen vermittelt und legitimiert. Sie wird zum „Dispositiv der Macht“. Nicht die „Wirklichkeit“ schafft die Sprache, sondern umgekehrt erschafft Sprache als diskursive Formation unsere (jeweilige) Wirklichkeit bzw. unsere Vorstellung davon. Der öffentliche Diskurs leitet die Regeln unseres Denkens, Sprechens und Handelns. Nicht einer, sondern eine Vielzahl von Diskursen (historisch wie politisch relativiert) bestimmen Wissen, Macht und die Verbindungen zwischen diesen. Außerhalb der Diskurse existiert nichts - z.B. keine Wertfreiheit wie im soziologischen Positivismus. Es gibt keine Metatheorie, welcher Diskurs „wirklichkeitsnäher“ ist als ein anderer Diskurs. Fazit: Jede Form von Wissen ist sozial konstruiert, subjektiv, in Relation zum kulturellen, historischen, sozialen Umfeld des „erkennenden Subjekts“. Ein Diskurs ist damit eine gesellschaftliche Praxis der Kommunikation, wobei Diskursanalysen eine heterogene

Vielfalt von Verfahren aufweisen (siehe dazu ausführlich Glasze und Matissek, 2009).¹⁸⁾

Ziele und Methoden

Die Kritische Geopolitik begreift vor diesem philosophischen Hintergrund ihren Forschungsansatz als konstruktivistische Wende wie auch in anderen Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. Raumeinheiten in der Politik beruhen nicht auf „natürlichen“ Faktoren wie etwa physisch-geographischen Trennlinien oder „quasi-natürlichen“ Einheiten (etwa historisch über längere Zeit unveränderte Grenzziehungen), sondern auf gesellschaftlichen Diskursen und Aushandlungsprozessen. Ihre Aufgabe ist es nun herauszufinden, wie geopolitische Vorstellungen mittels Sprache, Karten, Bildern, Filmen „erzeugt“ werden, sei es in der Wissenschaft, im politischen Alltag, in den Medien, letztlich in den „Köpfen“. In allen Auseinandersetzungen, Konflikten und Kriegen werden die Entscheidungen und Handlungen der Akteure dadurch ebenso beeinflusst wie dessen Beurteilung durch die jeweilige Öffentlichkeit. Derek Gregory prägte dafür 1994 den Begriff „geographical imaginations“,¹⁹⁾ in der Kritischen Geopolitik hat sich dafür der Terminus „geopolitische Leitbilder“ eingebürgert. Geopolitik wird so als diskursive Praxis verstanden, die räumliche Ordnungsmuster der Politik erst produziert, oder - besser - konstruiert. Über raumbezogene Diskurse in geopolitischen Leitbildern werden ein „Wir“ und „die Anderen“ konstruiert. Konkurrierende (geo)politische Leitbilder unterschiedlicher politischer Akteure prallen damit aufeinander, können in Aushandlungsprozessen zum Interessenausgleich führen oder gegenteilig zur Verfestigung von Feindbildern.

Im wissenschaftlichen Diskurs der Sozialwissenschaften wurde der Raum lange nur als Restkategorie menschlichen Verhaltens und Agierens gesehen, als Container, als Distanzmatrix, als Kostenfaktor etc. Aber Raum ist weitaus mehr (Reuber 2012, 164)²⁰⁾: *„Er verkörpert eine Symbolik der Macht, eine unsichtbare Topographie soziopolitischer Bedeutungen, die Form und Verlauf von Konflikten massiv beeinflusst und aus Sicht der politisch-geographischen Analyse damit oft einen wesentlichen Schlüssel für das Verständnis der Auseinandersetzungen darstellt. Geopolitik ist aus dieser Perspektive die Konstruktion geopolitischer Leitbilder, das heißt konkret die sprachliche, kartographische und bildliche Inszenierung raumbezogener Gegensätze des Eigenen und des Fremden auf globaler Ebene.“*

Der Ansatz der Kritischen Geopolitik kann in konzentrierter Form so dargelegt werden (Reuber 2002)²¹⁾:

Forschungsgegenstand ist die Dekonstruktion geopolitischer Diskurse und Leitbilder sowie ihrer bildhaften Repräsentationen.

Forschungsmethoden sind sprachanalytische Verfahren, v.a. die Diskursanalyse und hermeneutische Verfahren der Textanalyse (qualitative Inhaltsanalysen, biographische Methode usw.) sowie semiotische Verfahren der Bild-, Foto- und Karteninterpretation.

Forschungsziele sind die Dekonstruktion vorhandener Konstrukte in der Offenlegung der inhaltlichen Argumentationen und die Offenlegung ihrer latenten

Funktion als machtpolitische Instrumente in den geopolitischen Konflikten von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

In der klassischen Geopolitik diente die Geostrategie zur praktischen Umsetzung von Machtpolitik. Sie suchte eine Optimierung des Wissens um „raumrelevante Tatsachen“ für die je eigenen Absichten (etwa in der Logik unabwendbarer Eroberung und Sicherung von Kolonien). Für die im 19. Jahrhundert aufgekommenen Nationalstaaten galt: ohne abgegrenztes Territorium keine Staatssouveränität, kein Herrschaftsanspruch. Aus heutiger Sicht können wir sagen: Das wichtigste Instrument klassischer Geopolitik und Geostrategie war immer die Konstruktion von Territorien und Grenzen und damit die Zweiteilung von Räumen in Eigenes und Fremdes, in ein Freund/Feind-Schema. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die geopolitischen Diskurse vom Gegensatz zwischen Land- und Seemächten bei Mackinder bis zu Huntingtons „Clash of Civilizations“ oder Barnetts Regionalisierung der Welt in Kern und Lücke(n).

Die Aufdeckung geopolitischer Konstruktionen ist das generell akzeptierte wichtigste Anliegen der Kritischen Geopolitik. Ein nahezu gleich wichtiges Thema ist die Suche nach den Produzenten geopolitischer Leitbilder, die über Krieg und Frieden entscheiden. Es geht um die Gruppe der Meinungsbildner und Praktiker der Macht wie intellectuals of statecraft, spin doctors, think tanks usw., deren Expertisen die Politiker jeglicher Couleur massiv beeinflussen. Eine wesentliche Rolle spielen auch die Medien bei der Verbreitung und Vertiefung geopolitischer Leitbilder in der breiten Öffentlichkeit. Als Beispiel sei nur die Wirkung der täglichen CNN-Reports im Ersten Golfkrieg 1991 angeführt, als täglich eine Quasi-Wirklichkeit auf den Bildschirmen der US-Bürger inszeniert wurde, die nur bedingt die realen Ereignisse widerspiegelte. Die mediale Reduktion der Schrecken des Krieges auf eine Star-Wars-Inszenierung wird seither CNN-Effekt genannt. Der Realraum der Kriegshandlungen ist zwar nicht verschwunden, wurde aber zu einem abstrakten und einseitigen Image von Realität umgewandelt. Inwieweit durch „Facebook“ oder „Twitter“ neue Gegenwelten konstruiert werden (können), ist Gegenstand pointierter intellektueller Kontroversen. Die jüngst weltweit aufgeflammete heftige Verstimmung um Überwachungsprogramme und data mining führt zur Grundsatzdiskussion: Wie viel (individuelle) Freiheit ist möglich, wie viel (kollektive) Sicherheit notwendig für das Individuum, für die Gesellschaft, für einen Staat?

Die Wirkung von Medien kann unter dem Begriff popular geopolitics gebündelt werden. Leitartikel in wichtigen Zeitungen oder Journalen, Kommentare in politischen Feuilletons, Debatten im Fernsehen dienen der Festigung geopolitischer Leitbilder, auf einer tieferen Ebene Sensationsmeldungen der Massenblätter zu Konflikten vom Lokalen bis zum Globalen. Selten wird dabei „das Eigene“ in Frage gestellt, einfacher funktioniert die Verfestigung der eigenen Urteile und Vorurteile. Raumrelevante Szenarien von Krisen durch Kriegs- und Katastrophenfilme verstärken ebenso die alltäglichen Vorstellungen und Ängste einer breiten Öffentlichkeit.

Medienschelte betreiben jedoch auch andere Disziplinen, deshalb kann die Kritische Geopolitik hier nur unterstützend mitwirken.

Zur Macht geopolitischer Leitbilder

Geopolitische Leitbilder sind von der Tagespolitik bis hin zu langfristigen politisch-militärischen Strategien sprach- und bildmächtige Konstruktionen, welche die Vorstellungswelt und die Handlungen der Entscheidungsträger wie deren Rezeption durch die „schweigende Mehrheit“ massiv beeinflussen. Sie sind tief im kollektiven Bewusstsein von Nationen, Völkern oder spezifischen Bevölkerungsgruppen verankert, sie können bewusst, mit-bewusst oder sogar un-bewusst über Generationen wirken, etwa in historischen Mythen, Sagen, der je eigenen Geschichtsdeutung, der Selbstdarstellung in Schulbüchern etc. Die Welt wird geteilt in Eigenes/Fremdes, Gut/Böse, Wir/Andere. Im griechischen Altertum wurde zwischen den Bürgern innerhalb der Stadtstaaten und den Barbaren außerhalb unterschieden, und in der chinesischen Überlieferung ist das Reich der Mitte identisch mit Kultur und Zivilisation, der „Rest“ der Erde zweitklassig, wenn überhaupt wahrgenommen. Alle Kulturen unterscheiden zwischen Zentrum und Peripherie, häufig gleichgesetzt mit Sicherheit/Bedrohung (in Krisenregionen). Solche Leitbilder und die mit ihnen verbundenen Diskurse werden, wenn sie lange genug (oft über Jahrhunderte) reproduziert und an die nächsten Generationen weitergegeben werden, letztendlich zu quasi-natürlichen Gegebenheiten. Irgendwann vergessen Menschen auf die ursprüngliche Erschaffung eines Feindbilds, sehen im (falschen) Bild die „Wirklichkeit“ oder „Wahrheit“, vergleichbar selffulfilling prophecies. Die oftmalige Wiederholung eines Konstrukts verfestigt sich irgendwann zu realen Machtverhältnissen, es wird damit alltags- und handlungsrelevant. Das Ergebnis ist Geopolitik als diskursive Praxis, die eine scheinbar natürliche räumliche Ordnung der internationalen Politik produziert und reproduziert.

Wie entstehen und funktionieren diese Leitbilder in der Praxis? Dalby²²⁾ weist darauf hin, dass die Konstruktion von Territorien und Grenzen wichtigstes und immer wiederkehrendes Leitmotiv ist. Sie bewirken die räumliche Segregation zwischen Eigenem und Fremdem. Territoriale Identität führt zu einem vereinfachten Abbild einer sonst zu komplexen Welt. Räumliche Ein- oder Umgrenzung vermag auch die soziale Vielfalt zu reduzieren. Die Zweiteilung in „unseren Raum, unser Territorium“ gegenüber „deren Raum“ zeigt sich bei den Klassikern der Geopolitik, Ratzel, Mackinder, Mahan durchgängig, z.B. in der Diskussion Seemächte/Landmächte. In der Freund/Feind-Rhetorik der beiden Weltkriege werden diese Leitbilder ausgeschlachtet, ebenso in der Phase des Kalten Krieges (West/Ost, die beiden Supermächte usw.). Und bis heute tauchen immer neue Leitbilder auf (z.B. die Schurkenstaatendoktrin, die „Achse des Bösen“), gefördert von Wissenschaftlern wie Huntington (Clash of Civilizations 1993) oder Barnett (Die neue Weltkarte des Pentagon 2003). Die geopolitischen Konstruktionen dieser Vordenker und jene der neokonservativen Agenturen

politischer Beratung reichen schon aus, um die Notwendigkeit einer Kritischen Geopolitik zu rechtfertigen. Wir wollen dabei jedoch im Auge behalten, dass geopolitische Leitbilder nur geopolitische Zusammenhänge „erzeugen“. Die Vereinfachung der Welt durch falsche Leitbilder greift weit darüber hinaus und findet sich in allen Bereichen menschlicher Zivilisation; Urteile wie Vorurteile (auch im Alltäglichen) basieren auf induktiven Denkmustern, und das Wissen um diese (durch Dekonstruktion) wird daran nichts ändern.

Begnügen wir uns mit geopolitischen Leitbildern. Wie können Forscher damit umgehen?²³⁾ Welche Pfade finden sich in der diskursiven Auseinandersetzung, oder schärfer, im Machtkampf wissenschaftlicher Weltbilder?

(a) Die erste Möglichkeit ist jene der direkten Übernahme des Leitbilds, also eine Unterstützung der damit verbundenen Thesen und wissenschaftlichen Analysen (Beispiel: Die Modernisierung ist nicht mehr nur „westlich“, sondern es gibt auch eine islamische, asiatische etc.)

(b) Eine Veränderung des Leitbilds (z.B. die Anzahl von Huntingtons Kulturkreisen sei falsch, es handle sich um 5 oder 16 usw.). Diese Form der „modernen“ Kritik weist zwar Fehler nach oder dient als Vorlage zu Gegenentwürfen, grundsätzlich werden aber die Thesen nicht infrage gestellt und es kommt zu einer Verdinglichung des Leitbilds.

(c) Erst die „postmoderne“ Kritik führt zur Dekonstruktion des konstruierten Leitbilds (als Instrument geopolitischer Machtausübung), zur Offenlegung der Entstehungsbedingungen (Biographie der Forscher und ihrer Institutionen) wie der Absichten der Anwender (z.B. Enttarnung des vereinfacht gestrickten Kultur-/Raumdeterminismus bei Huntington trotz komplexer Konfliktstrukturen).

Leitbilder einer „westlich“ zentrierten Geopolitik

Die Wechselbeziehungen im diskursiven Dreieck zwischen Gesellschaft, Raum und Macht sind ständigen Veränderungen unterworfen, und dies gilt ebenfalls für ihre geopolitischen Erscheinungsformen. Jedoch gelingt es besonders mächtigen oder im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext stimmigen geopolitischen Leitbildern in einer gewissen Epoche ein vorherrschendes Ordnungsmuster als gleichsam stabil erscheinen zu lassen. Sie können für Jahrzehnte so sprachwirksam werden, dass sie für realpolitische Ordnungen stehen und ihre Konstruktionen „wahrhaftig“ wirken, woraus sich im weiteren Verlauf konkrete Krisen, Konflikte und zuletzt Kriege ergeben. Solche Leitbilder wirken tief in die Alltagsrealitäten von Menschen, selbst in ihre Gefühle und Ängste sowie in deren Weitergabe an die nächste Generation. In den letzten Jahren haben nun Vertreter der critical geopolitics damit begonnen, diese Leitbilder zu systematisieren und Zeitperioden jeweils dominanter Diskurse herauszuarbeiten.

Reuber spricht in dem Zusammenhang von einer genealogischen sowie einer archäologischen Perspektive.²⁴⁾ Die genealogische untersucht die Entstehung, Entwicklung und den Rückzug unterschiedlicher Diskurse und Leitbilder in ihrer historischen Abfolge. So können

diejenigen der klassischen Geopolitik als Phasen des Nationalismus, Imperialismus und Kolonialismus gezeigt werden, wobei Geopolitiker diese Leitbilder als Propagandisten mitgestalten und somit mitverantworten. Nach dem Zweiten Weltkrieg dominiert dann zunächst das „Leitbild vom Kalten Krieg“, das wiederum am Ende der 1980er-Jahre (in der post-cold war-Ära) durch eine Reihe miteinander konkurrierender Leitbilder ersetzt wird, da sich keines zulasten der anderen zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik generieren kann. Alle Phasen bis auf die jüngste waren „westliche“ Ordnungsrahmen, die dem Rest der Welt aufgezwungen wurden, zuerst durch die europäischen Kolonialmächte, nachher durch die hegemoniale Dominanz der USA im Chor der Mächtigen. Erst mit dem Auftreten konkurrierender Mächte (China, Indien, Brasilien) zerbricht diese einseitige Dominanz, und es kommt zur Ausprägung lokaler oder regionsspezifischer Diskurse über Konflikte. Diese Abfolge bedeutet nicht, dass falsche durch „richtigere“ Leitbilder abgelöst werden, sondern nur durch jeweils andere.

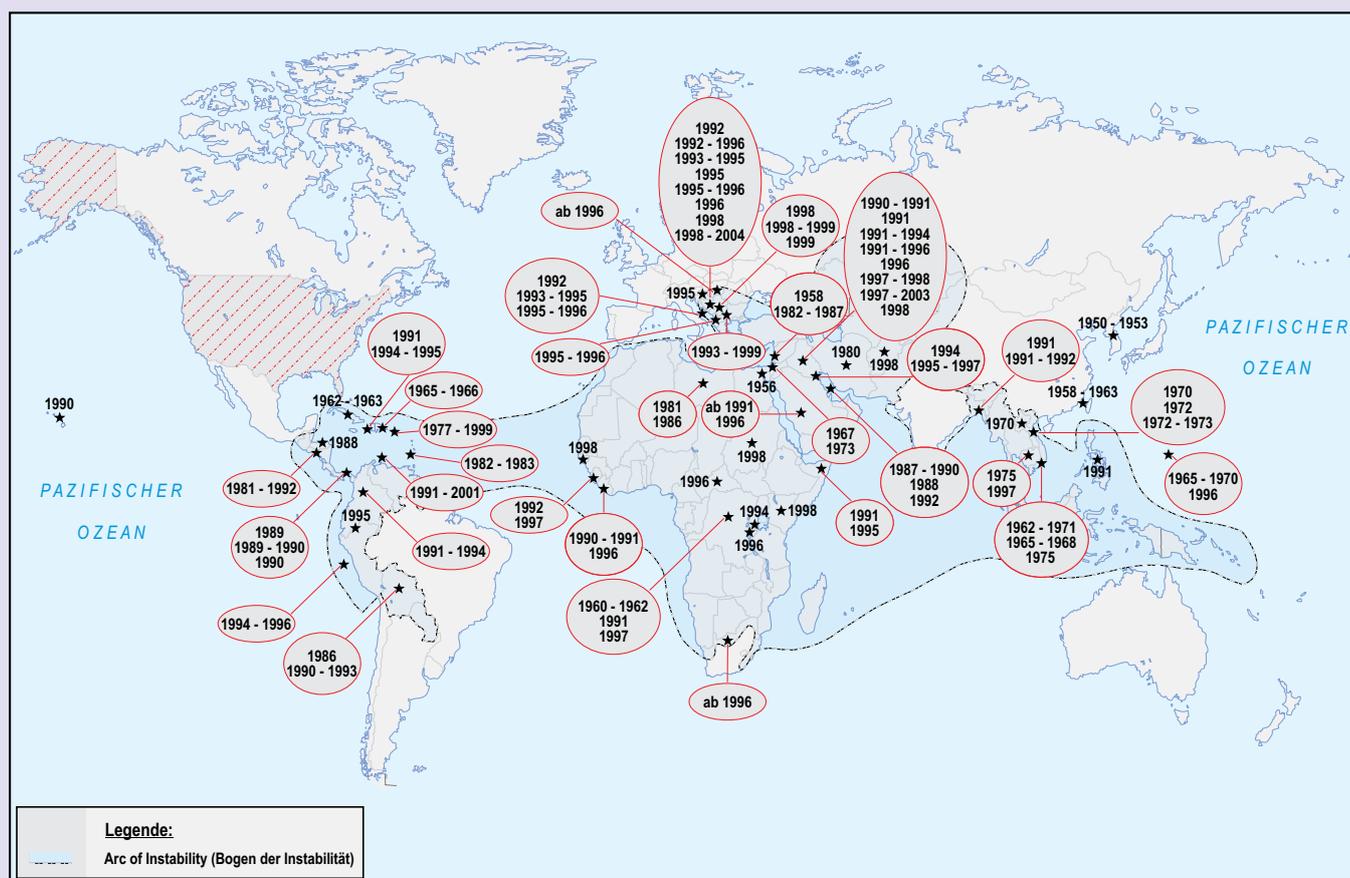
Etwas anders gelagert ist die archäologische Perspektive, die sich an Foucaults „Archäologie der Macht“ orientiert. Sie ist eher synchron konstruiert und befasst sich mit historischen Momenten, die eine diskursive Ordnung erschüttern oder einen diskursiven Bruch und Perspektivenwechsel erzwingen. Die berühmteste Zäsur dieser Art war sicher „9/11“ und die daraus resultierenden Folgen.

In meinem Beitrag 2010 habe ich Huntingtons „Clash of Civilizations“ sowie Diskurse zum Georgienkonflikt 2008 stellvertretend für die Arbeit der Dekonstruktion durch die Kritische Geopolitik herangezogen. Deshalb sollen hier zwei andere Leitbilder zur inhaltlichen Deutung wie zum methodischen Verständnis dienen. Zuerst jenes vom Kalten Krieg als Beispiel für die Auffassung einer universalistischen, hegemonialen Weltordnung und dann ein sprachmächtiges Konstrukt aus der post-cold war-Phase, das sich der Ängste und Metaphern einer Zweiteilung in einer fragmentierten, konfliktorientierten Welt „meisterhaft“ bedient, der „Core and Gap“-Analyse von Barnett (2003).

Das Leitbild einer universalistischen Weltordnung vom Kalten Krieg

Die Phase des Kalten Krieges wurde lange als unvermeidlicher Ablauf einer bestimmten historischen Konstellation gedeutet, als Ringen der beiden Siegermächte USA und UdSSR um die Weltherrschaft. Aus Sicht der kritischen Geopolitik war diese Entwicklung jedoch nicht zwingend, sondern wurde durch die vorhandenen Diskurse ideologischer Gegnerschaft in beiden Lagern gemacht (besser konstruiert). Besonders bildhaft und prägend war dabei die Übertragung des Begriffs „Eiserner Vorhang“ aus der Zeit des Ersten Weltkriegs durch Churchill (1946). Als der einflussreiche Kommentator Walter Lippmann erstmals 1947 den Terminus vom „Kalten Krieg“ einführte, war damit eine Rahmung (engl. Framing) für das aktuelle außenpolitische Handeln der USA gegenüber ihrem früheren Verbündeten und nunmehrigen Feind Stalin gegeben. Die Storyline des Kalten Krieges

Abb.1 „Neue Weltkarte des Pentagon“ (nach Thomas P. M. Barnett) und US-Militäreinsätze 1950 - 1999



| | | | |
|-------------|---|-------------|---|
| 1950 - 1953 | Korea-Krieg | 1991 - 2001 | Operation „Coronet Nighthawk“, Zentral- und Südamerika |
| 1956 | Suez-Krise, Ägypten | 1992 | Operation „Desert Farewell“, Golfregion |
| 1958 | Operation „Blue Bat“, Libanon | 1992 | Operation „Silver Anvil“, Sierra Leone |
| 1958 - 1963 | Taiwan-Straße | 1992 | Operation „Maritime Monitor“, Adria |
| 1960 - 1962 | Kongo | 1992 | Operation „Sky Monitor“, Bosnien |
| 1962 - 1963 | Kuba-Krise | 1992 - 1996 | Operation „Provide Promise“, Bosnien |
| 1962 - 1971 | Operation „Ranch Hand“, Südvietnam | 1993 - 1995 | Operation „Sharp Guard“, Adria |
| 1965 - 1966 | Operation „Powerpack“, Dominikanische Republik | 1993 - 1995 | Operation „Deny Flight“, Bosnien |
| 1965 - 1968 | Operation „Rolling Thunder“, Südvietnam | 1993 - 1999 | Operation „Able Sentry“, Serbien-Mazedonien |
| 1965 - 1970 | Operation „Arc Light“, Südostasien | 1994 | Operation „Distant Runner“, „Quiet Resolve“, „Support Hope“, Ruanda |
| 1967 | Sechs-Tage-Krieg, Mittlerer Osten | 1994 | Operation „Vigilant Warrior“, Kuwait |
| 1970 | Operation „Tailwind“, Laos | 1994 - 1995 | Operation „Uphold/Restore Democracy“, Haiti |
| 1970 | Operation „Ivory Coast/Kingoin“, Nordvietnam | 1994 - 1996 | Operation „Steady State“, Südamerika, Andenstaaten |
| 1972 | Operation „Linebacker I“, „Linebacker II“, „Pocket Money“, „Freedom Train“, Nordvietnam | 1995 | Operation „Deliberate Force“, Bosnien |
| 1972 - 1973 | Operation „Endweep“, Nordvietnam | 1995 | Operation „United Shield“, Somalia |
| 1973 | Operation „Nickel Grass“, Mittlerer Osten | 1995 | Operation „Safe Border“, Peru/Ecuador |
| 1975 | Operation „Eagle Pull“, „Mayaguez“, Kambodscha | 1995 | Operation „Quick Lift“, Kroatien |
| 1975 | Operation „Frequent Wind“, Evakuierung in Südvietnam | 1995 | Operation „Determined Effort“, Bosnien |
| 1977 - 1999 | Operation „Coronet Oak“, Zentral- und Südamerika | 1995 - 1996 | Operation „Decisive Enhancement“, Adria |
| 1980 | Operation „Eagle Claw/Desert One“, Iran | 1995 - 1996 | Operation „Nomad Vigil“, Albanien |
| 1981 | Operation „Golf von Sidra“, Libyen | 1995 - 1996 | Operation „Joint Endeavor“, Bosnien |
| 1981 - 1992 | El Salvador, Nicaragua | 1995 - 1997 | Operation „Vigilant Sentinel“, Kuwait |
| 1982 - 1983 | Operation „Urgent Fury“, Grenada | ab 1996 | Operation „Laser Strike“, Südafrika |
| 1982 - 1987 | US-Multinational Force, Libanon | ab 1996 | Operation „Nomad Endeavor“, Taszar, Ungarn |
| 1986 | Operation „Attain Document“, „El Dorado Canyon“, Libyen | 1996 | Operation „Assured Response“, Liberia |
| 1986 | Operation „Blast Furnace“, Bolivien | 1996 | Operation „Quick Response“, Zentralafrikanische Republik |
| 1987 - 1990 | Operation „Ernest Will“, Golfregion | 1996 | Operation „Guardian Assistance“, Zaire/Ruanda/Uganda |
| 1988 | Operation „Praying Mantis“, Golfregion | 1996 | Operation „Desert Focus“, Saudi Arabien |
| 1988 | Operation „Golden Pheasant“, Honduras | 1996 | Operation „Desert Strike“, Irak |
| 1989 | Operation „Nimrod Dancer“, Panama | 1996 | Operation „Decisive Endeavor/Decisive Edge“, Bosnien |
| 1989 - 1990 | Operation „Just Cause“, Panama | 1996 | Operation „Pacific Haven/Quick Transit“, Irak - Guam |
| 1990 | Operation „Wipeout“, Hawaii | 1997 | Operation „Guardian Retrieval“, Kongo |
| 1990 | Operation „Promote Liberty“, Panama | 1997 | Operation „Noble Obelisk“, Sierra Leone |
| 1990 - 1993 | Operation „Ghost Zone“, Bolivien | 1997 | Operation „Bevel Edge“, Kambodscha |
| 1990 - 1991 | Operation „Sharp Edge“, Liberia | 1997 - 1998 | Operation „Phoenix Scorpion I“, „II“, „III“, „IV“, Irak |
| 1990 - 1991 | Operation „Desert Shield“, Irak | 1997 - 2003 | Operation „Northern Watch“, Kurdistan (Irak) |
| ab 1991 | Operation „Desert Falcon“, Saudi Arabien | 1998 | Operation „Noble Response“, Kenia |
| 1991 | Operation „Desert Storm“, Irak | 1998 | Operation „Shepherd Venture“, Guinea-Bissau |
| 1991 | Operation „Eastern Exit“, Somalia | 1998 | Operation „Infinite Reach“, Sudan/Afghanistan |
| 1991 | Operation „Productive Effort/Sea Angel“, Bangladesch | 1998 | Operation „Desert Fox“, Irak |
| 1991 | Operation „Fiery Vigil“, Philippinen | 1998 | Operation „Joint Guard“, Bosnien |
| 1991 | Operation „Victor Squared“, Haiti | 1998 | Operation „Determined Falcon“, Kosovo/Albanien |
| 1991 | Operation „Quick Lift“, Zaire | 1998 - 1999 | Operation „Eagle Eye“, Kosovo |
| 1991 - 1992 | Operation „Desert Calm“, Südwest-Asien | 1998 - 1999 | Operation „Determined Force“, Kosovo |
| 1991 - 1994 | Operation „Support Justice“, Südamerika, Kolumbien | 1998 - 2004 | Operation „Joint Forge“, Bosnien |
| 1991 - 1994 | Operation „Provide Comfort“, Kurdistan (Irak) | 1999 | Operation „Sustain Hope/Allied Harbour“, „Cobalt Flash“, „Shining Hope“, Kosovo |
| 1991 - 1996 | Operation „Provide Comfort II“, Kurdistan (Irak) | | |

zeichnete dabei die geostrategischen Grundmuster von Mahan, Mackinder und Spykman in nur leicht abgewandelter Form nach. Hinter dem Marshallplan stand der Wille, dem Vordringen der sowjetischen Landmacht, die vielleicht zu einer Gegnerschaft zur See mit den USA hätte führen können, durch das Aufpäppeln der Staaten West- und Mitteleuropas einen Riegel vorzuschieben. Die großen Gegenspieler Russland (Landmacht) und Großbritannien (Seemacht) waren einfach in der Truman-Doktrin durch die duale Freund/Feind-Relation Sowjetunion - USA ersetzt worden. Ó Tuathail (2006, 60)²⁵⁾ bringt es auf den Punkt: „*Through the use of earth-labelling categories like ‚the free world‘ and the ‚enslaved world‘, the geographical kaleidoscope of the map becomes the geopolitical monochrome of good versus evil, capitalism versus communism, the West versus the East, America versus the Soviet Union. All places and conflicts were interpreted within the binary terms of this Manichean map.*“ Der Westen steht (in der Eigendefinition) für die positiven Werte: Demokratie, (persönliche) Freiheit, Marktwirtschaft gegen Totalitarismus und Planwirtschaft der „Anderen“. Im Osten sieht sich „die Partei“ als Vorreiter für eine Demokratie kommunistischer Prägung im Kampf gegen den Kapitalismus und eine letztendlich klassenlose Gesellschaft. Diese Blockbildung führte zu einer Unzahl von Krisenherden, Konflikten und Stellvertreterkriegen und zu zwei dominierenden Konstruktionsprinzipien des Westens, zur Dominotheorie wie zur Politik der Eindämmung (containment policy). In beiden Konstrukten spielt die „Verräumlichung“ ideologischer Auseinandersetzung eine entscheidende Rolle. Die Dominotheorie (Eisenhower-Doktrin 1954) postulierte, dass jeder Staat gefährdet ist, kommunistisch zu werden, wenn gleiches seinem Nachbarn widerfährt. Ob Griechenland, Südostasien oder der Großteil Afrikas im Kampf um die Befreiung von Kolonialmächten - in jedem Fall legitimiert dies ein Eingreifen des „Weltpolizisten“ als gerecht, woraus sich die zweite Doktrin „logisch“ ergibt: die weltweite Eindämmungspolitik, das aktive Eingreifen bei „Fehlverhalten“ politischer Regime. Die Sowjetunion wiederum sah sich als Vorreiterin des weltweiten Befreiungskampfes vom Joch des Imperialismus. Etwas zynisch könnte man formulieren, dass beide Seiten dieses labile Gleichgewicht gut für ihre jeweiligen Aktivitäten auf dem Parkett der internationalen Politik gebrauchen konnten.

Das Leitbild des Kalten Krieges führte zu einer Neuausrichtung der amerikanischen Außen-, aber auch der Innenpolitik. Der gleichfalls als Hauptstrang der amerikanischen Außenpolitik mehrfach geübte geopolitische Isolationismus wurde nun durch das „grand design“ (Roosevelt ab 1941), durch den Atlantizismus und bald darauf durch den geopolitischen Internationalismus ersetzt.²⁶⁾ Dies führte zu einer Reihe einschneidender Veränderungen. Innenpolitisch zum Ausbau der inneren Sicherheit (Kontrollinstanzen, McCarthy-Ära), außenpolitisch zu massiver Aufrüstung, atomarer Abschreckung und zur Gestaltung der umfassenden Bündnisarchitektur (NATO, SEATO). Das einfache und vereinfachende Freund/Feind-Schema diente trotz „Störungen“ (beginnend mit dem Vietnamkrieg) durch Konstrukte der

amerikanischen „Realpolitik“, „vertrauensbildenden Maßnahmen“ (Breschnjew) oder „Glasnost und Perestroika“ (Gorbatschow) bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 als politikleitendes Paradigma.

Neue Leitbilder nach dem Ende des Kalten Krieges

1989 zerfiel nicht nur das Imperium der Sowjetunion und ihrer Vasallen, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs hatten auch die lange gehegten geopolitischen Ordnungsmuster des „Ost-West-Konflikts“ ausgedient. Es bildete sich eine fragmentierte Welt, in der mit neuen konkurrierenden Mächten, Globalisierungseinflüssen und nicht per se politisch Agierenden (z.B. transnationalen Wirtschaftsunternehmen) neue konfligierende geopolitische Leitbilder geschaffen werden mussten. Aber auch in die neuen Deutungsmuster (Nord-Süd-Konflikt, Kulturerde-thesen, Auflösung der „spaces of places“ durch „spaces of flows“ [Manuel Castells] in der Netzwerkgesellschaft) schlichen sich die alten, bekannten diskursiven Konstruktionen wieder ein (z.B. „Erste Welt“/„Dritte Welt“). Neu war auch, dass der hegemoniale Anspruch geopolitischer Leitbilder erstmals grundlegend in Frage gestellt wurde. V.a. zwei Richtungen haben eine weite Rezeption erfahren, nämlich geoökonomische und geoökologische Leitbilder.

Anfang der 1990er-Jahre schien das alte Feld der Geopolitik, das durch die Macht- und Austauschrelationen zwischen Staaten gekennzeichnet war, endgültig unfruchtbar zu werden. Edward N. Luttwak prägte 1990 den Begriff „Geo-Economics“.²⁷⁾ Im Zeitalter der Globalisierung gehe es in erster Linie um ökonomische Auseinandersetzungen in politischen Konflikten, die dann (auch) mit wirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden müssten. Nahezu alle politischen Konflikte enthalten zwar eine ökonomische Dimension, doch in diesem Ansatz wird postuliert, dass sich mit der Lösung ökonomischer Konflikte quasi „automatisch“ die politischen Gegensätze auflösen. Die Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise seit 2008 passt gut in diesen Kampf zwischen Globalökonomie und Staatsinterventionen (Steuerungsversuche der Finanzströme). In Manuel Castells Netzwerkgesellschaft hingegen werden territorial formierte Nationalstaaten zunehmend durch die „neue soziale Morphologie von Netzwerken“ (Castells)²⁸⁾ ersetzt, die „grenzenlos expandieren können“ und systemoffen sind, wodurch zwischenstaatliche Konfliktszenarien praktisch obsolet werden.

Eine weitere Dimension decken geoökologische Leitbilder ab, die definitorisch auch schon selbsterklärend sind. „Die Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1971) durch Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, Ausplünderung, Klimawandel usw. oder der Report „Global 2000“ sind bekannte Beispiele dieser Richtung. Sie stehen für apokalyptische (Trug-) Bilder von Weltuntergängen, die jedoch statistisch (noch) nicht belegt sind und letztendlich deterministische Annahmen und Rückschlüsse generieren. Ähnlich wie die Vordenker des Kalten Krieges können die Befürworter dieser Richtung als Politikberater Konstruktionen von Klimakriegen, Flüchtlingsströmen und Völkermorden in die politischen Aushandlungspro-

zesse einbringen. Doch niemand kann die Anpassungsfähigkeit und die innovativen Leistungen der Menschheit bis 2050 vorhersagen. Mit den Anschlägen von 9/11 ist die Anziehungskraft geökonomischer wie geökologischer Leitbilder für geraume Zeit verblasst. Kehren wir zurück zu den neuen geopolitischen Leitbildern.

Zwei Hauptströmungen lassen sich ausmachen:

(a) Leitbilder einer hegemonialen, universalistischen Ordnung der Menschheit und ihrer räumlichen Verfasstheit und b) Leitbilder einer konfliktträchtigen, gespaltenen (fragmentierten) Welt.

Das bekannteste Werk im Sinne von (a) ist Francis Fukuyamas „End of History“²⁹⁾ anfänglich noch mit Fragezeichen versehen (genau wie bei Huntington) - mit dem Ende der Sowjetunion hätten die USA als Leitbild der Zivilisation gewonnen und die Pax Americana könne nun ungehindert die Welt verbessern. Der Zerfall Jugoslawiens und die Kriege im Irak und in Afghanistan haben uns dann sehr schnell eines Schlechteren belehrt. Trotzdem wird dieses Leitbild immer weitertransportiert, z.B. durch den wichtigen Berater mehrerer Präsidenten, die „graue Eminenz“ der amerikanischen Geostrategie neben Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski.³⁰⁾ Die USA seien „die einzige Supermacht auf der Welt... Amerikas globale Vorherrschaft in ihrer Ausdehnung und in ihrer Art einzigartig“. In alter geopolitischer Manier meint er, sei es vordringlich, die Interessen der USA langfristig „in Eurasien“ abzusichern. Hier dürfen wir fragen, was zuerst da war: Henne oder Ei?

Entwickeln sich Geostrategien mit dem Leitbild des Unilateralismus, die von „intellectuals of statecraft“ an die Politik herangetragen werden, letztendlich zur Legitimation bzw. zur Ermunterung für Kriegseinsätze, oder tragen die eigenen politisch-militärischen Erfolge bzw. die Schwächen der Gegner erst dazu bei, eine solches Leitbild überhaupt in den Köpfen entstehen zu lassen? Jedenfalls hat der amerikanische Patriotismus eine Fülle von Symbolen, Praktiken und Darstellungen wie einen endlosen Strom zur permanenten Lobpreisung von „our nation, our troops“ im Alltag der Bevölkerung eingeschrieben.

(b) Eine Deutung der Welt als fragmentiert und konflikt-, nicht konsensorientiert zeigt ein wiederum anderes geopolitisches Leitbild. Das ebenso berühmte Standardwerk lieferte Huntington mit seinem „Clash of Civilizations“ (1993) (siehe meine Darstellung dazu 2010). Die zentrale These von Huntington geht davon aus, dass nicht universale Werte oder politische Handlungen die Welt bewegen, sondern unterschiedliche Kulturen mit ethnisch oder religiös begründeten Gegenkonzepten, die an ihren (territorialen) Rändern aufeinanderprallen und unweigerlich zum Kampf der Kulturen führen müssen. Die großen Feinde des westlichen Wertekanons seien zuallererst der Islam und - vorhanden, aber weniger auffallend - der Konfuzianismus. Daraus folgte die griffige Formel „The West against the Rest“. Die Thesen Huntingtons sind vielfach zerpfückt worden, bleiben aber in ihrer frappierenden Öffentlichkeitswirkung erhalten, insbesondere nach der „Verifizierung“ durch 9/11. Reuber bezeichnet dies als „wirmächtige Deutungsfolien“ - wir ergänzen -, deren Wahrheitsgehalt ideologiekritisch sehr

unterschiedlich gedeutet wird. Auf Huntington baut vieles auf, z.B. Michael Klares Schurkenstaatendoktrin, eine Deutungsfolie für George W. Bushs „axis of the evil“.³¹⁾ Eine besonders schlagkräftige Variante eines geopolitischen Leitbilds auf Basis einer fragmentierten Weltordnung stammt von Thomas Barnett; sie soll nachfolgend näher beleuchtet werden.

Das geopolitische Leitbild „Core and Gap“ von Thomas Barnett (2003)

Thomas P. M. Barnett³²⁾ ist Professor am U.S. Naval War College - einer militärischen Eliteuniversität. Er zählt zu den einflussreichsten geopolitischen Fachleuten im Pentagon. Bereits 2001 war er enger Berater des damaligen Verteidigungsministers Rumsfeld und entwarf in dieser Phase eine „neue Weltkarte des Pentagon“, die alleine schon wegen ihrer martialischen Rhetorik große Aufmerksamkeit unter Experten wie auch in einer breiteren Öffentlichkeit fand. Es ist nun genug Zeit vergangen, dieses Konzept sine ira et studio vorzustellen. Es geht dabei - wiederum - um eine Form der strategischen Regionalisierung aus amerikanischer Sicht. Dieses Leitbild baut auf vorhandenen geopolitischen Erklärungsmustern auf, spitzt sie aber noch einmal in radikalerer Form zu. Die Argumentation dreht sich um Amerikas Rolle im Zeitalter der Globalisierung, jedoch anders als bei Brzezinski. In Barnetts Diktion ist Amerika der Hüter der strategischen Sicherheit der Welt. Der (erste) Krieg gegen den Irak markierte den Wendepunkt, womit die USA diese gedachte hegemoniale Rolle in politisch-militärische Praxis umsetzen. Aus heutiger Sicht diene diese Argumentation zur Legitimierung der amerikanischen Interventionspolitik. Eine Weltkarte der Globalisierung zeigt einerseits Regionen mit dichten Netzwerkverbindungen (z.B. Finanztransaktionen), die zugleich stabile Regime, hohen Lebensstandard, liberale Medien und innere, allgemeine Sicherheit aufweisen. Barnett nennt diese Zonen den „Funktionierenden Kern“ (Functioning Core). Andererseits existiert der „Rest“ der Welt, weitgehend von der Globalisierung abgekoppelt, von Armut und Krankheit gezeichnet, von repressiven Herrschaftssystemen unterdrückt. Dies sind die Zonen chronischer Konflikte, „in denen die kommende Generation globaler Terroristen herangezogen wird“.³³⁾ Diese Gegenwelt nennt Barnett „die nicht integrierte Lücke“. Dies ist das Core and Gap-Konzept, wobei auf der Weltkarte des Pentagon ein Arc of Instability (Bogen der Instabilität) von Bereichen Lateinamerikas über nahezu ganz Afrika, den Indischen Ozean, Südosteuropa, Zentralasien bis zu Pazifikregionen zwischen China und Australien reicht (siehe Abb. 1). Warum China, Indien und Südafrika nicht in diese Kategorie fallen, bleibt ein großes Mysterium. Räumlich und kulturell einschränkender ist die böse Phrase des Kampfes gegen den Islam „von Marrakesch bis Bangladesch“ (H.N.: unbekannter Autor).

Welche Methode wendet Barnett für seine Grenzziehung an? Sie ist verblüffend einfach: Es werden die Einsatzorte amerikanischer Truppen zwischen 1950 und 1999 kartographisch fixiert, und diese konzentrieren sich

in Krisengebieten; verbindet man diese Brennpunkte mit einer Linie ist somit die nichtintegrierte Lücke definiert. Die geopolitische Logik daraus: je schwächer eine Region in die Globalisierung eingebunden ist, desto eher müssen US-Truppen dorthin entsendet werden. Noch einmal Klartext (ebenfalls 2003, 558): „Solange wir nicht mit der systematischen Ausfuhr von Sicherheit in die Lücke beginnen, so lange wird die Lücke Terrorismus in den Kern exportieren.“ Die Zeitschrift „Esquire“ wählte Barnett 2002 zum „Strategen des Jahres“, und er bleibt einflussreich bis heute. Damit jetzt Barnett nicht als Solitär der Geostrategie ein Alleinstellungsmerkmal abbekommt, sei auch noch die Schurkenstaaten-Doktrin von Barry Rubin nachgeschoben, ein Unterfutter für die „Achse des Bösen“ (1999) und zum „Zeitgeist“ passend:³⁴ „Ein Schurkenstaat ist ein Staat, der dem Unterminieren anderer Staaten hohe Priorität einräumt und unkonventionelle Arten von Gewalt gegen sie einsetzt. Er reagiert unberechenbar auf Abschreckung oder andere Werkzeuge von Diplomatie und Staatskunst. Solch ein Staat erfordert eine besondere Behandlung und starken internationalen Druck, um ihn von der Zerstörung der öffentlichen Ordnung, vom Anzetteln von Kriegen und dem Zersetzen ganzer Regionen in der Welt abzuhalten.“ Die Aussage des damaligen deutschen Verteidigungsministers Peter Struck (2009), die ebenfalls viel Staub aufwirbelte - „Die Sicherheit Europas (oder Deutschlands, Anm.: verschiedene Versionen) wird am Hindukusch verteidigt“ - dürfte in einem ähnlichen geopolitischen Leitbild verankert gewesen sein. Wird nach mehr als einem Jahrzehnt des vergeblichen Kampfes das Afghanistan-Desaster solche geopolitischen Leitbilder und Diskurse auf den Scherbenhaufen der Geschichte werfen? Natürlich ruft dieses Säbelrasseln unter dem Deckmantel „wissenschaftlicher“ Analyse auch heftige Kritik hervor, erwähnt seien nur Beiträge von Noam Chomsky, Emmanuel Todd, J. C. Brisard und G. Dasquie und anderen. (Wird fortgesetzt)

ANMERKUNGEN:

- 1) Heinz Nissel: Kritische Geopolitik. Zur Neukonzeption der Politischen Geographie in der Postmoderne. In: ÖMZ 1/2010, S.11-21.
- 2) Der Autor verbindet damit seinen Dank an die Peer Reviewer für sachliche Kritik und wertvolle inhaltliche Impulse.
- 3) Hauke Ritz hat sich mehrfach diesem Thema gewidmet, zuletzt: Die Rückkehr der Geopolitik. Eine Ideologie und ihre fatalen Folgen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2013, S.71-80. Ritz nennt eine Reihe solcher Think Tanks: das Egmont Institute, den European Council on Foreign Relations, das Centre for European Reform, das European Union Institute for Security Studies, das Centre for European Policy Studies sowie die Bertelsmann Stiftung.
- 4) Zitat a.a.O. 3/2013, S.72. Besonders ambitioniert ist eine 2011 gegründete übergeordnete Gruppe, die diese Anstrengungen bündeln soll, die Group on Grand Strategy (GoGS) mit ihrem Publikationsorgan „European Geostrategy“.
- 5) Dass es auch ganz anders geht, beweist die hervorragende Neuauflage eines Readers des amerikanischen Geographen Colin Flint: Introduction to Geopolitics (2012, 2nd), Routledge, New York and London.
- 6) John R.V. Prescott: Political Geography, London 1972. Übersetzung: Einführung in die Politische Geographie, München 1975.
- 7) Ulrich Ante: Politische Geographie. Das geographische Seminar. Braunschweig 1981. Sowie Klaus-Achim Boesler: Politische Geographie. Stuttgart 1983.
- 8) Klaus Kost: Geopolitik und kein Ende. Thesen zur Gegenwart

der Politischen Geographie in Deutschland. In: Rainer Graafen und Wolf Tietze (Hrsg.): Raumwirksame Staatstätigkeit. Festschrift für K.-A. Boesler zum 65. Geburtstag. Colloquium Geographicum 23, Bonn 1997, S.133.

- 9) Jürgen Oßenbrügge: Die Renaissance der Politischen Geographie. Aufgaben und Probleme. In: HGG Journal (Journal der Heidelberger Geographischen Gesellschaft) 11, 1997, S.1-18, hier S.14.
- 10) Siehe dazu ausführlich: Klaus Kost: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945, Bonn 1988 sowie Andrea K. Riemer, Heinz Nissel und Friedrich W. Korkisch: Geopolitik. Zwischen Wissenschaft und Kunstlehre, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2005, insbesondere S.243-259.
- 11) Paul Reuber: Politische Geographie. Schöningh UTB, Paderborn 2012.
- 12) Heinz Nissel und Christine Embleton-Hamann: Down to Earth - IGC Cologne 2012. 32. Weltkongress der Geographie in Köln, August 2012. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft (MÖGG), 154. Jg. Wien 2012, S.341-346. Sowie: Heinz Nissel: Spatialising the (Geo)Political. Political Geography and Critical Geopolitics Preconference 2012 24./25. August 2012 - Frankfurt am Main. In: MÖGG, 154. Jg., Wien 2012, S.347-349.
- 13) Günter Wolkersdorfer: Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne. Heidelberger Geographische Arbeiten 111, Heidelberg 2001. Desgleichen: Günter Wolkersdorfer: Politische Geographie und Geopolitik: zwei Seiten derselben Medaille? In: Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberger Geographische Arbeiten 112, Heidelberg 2001, S.33-56.
- 14) Jean-Francois Lyotard: La condition postmoderne (1975). Deutsch: Das postmoderne Wissen (Hrsg. Peter Engelmann), Wien 1999, 5. Auflage 2006.
- 15) „Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit, d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse...“. In: Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main 1991, S.74.
- 16) Paul Reuber, a.a.O., 2012, Kap. 2 und 3.
- 17) Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main 1991.
- 18) Georg Glasze und Annika Mattisek: Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld 2009.
- 19) Derek Gregory: Geographical imaginations. Cambridge, Oxford 1994.
- 20) Paul Reuber: a.a.O. 2012, S.164.
- 21) Paul Reuber: Die Politische Geographie nach dem Ende des Kalten Krieges. Neue Ansätze und Forschungsfelder. In: Geographische Rundschau 54, 2002, Heft 7/8, S.4-9, Abb. 3. Wiedergabe auch in Nissel, a.a.O. 2010, S.13-14.
- 22) Simon Dalby: Calling 911 - geopolitics, security and America's new war. In: Geopolitics 8(13), 2003, S.61-68. Derselbe: Geopolitics, the Bush doctrine, and war on Iraq. In: The Arab World Geographer 6(1), 2003, S.7-18.
- 23) Erste Systematisierung durch Wolkersdorfer, a.a.o. 2001, Wiedergabe zuletzt in Reuber, a.a.O. 2012, S.167-169.
- 24) Paul Reuber: a.a.O. 2012, S.172.
- 25) Geraoid Ó Tuathail. In: Geraoid Ó Tuathail, Simon Dalby und Paul Routledge: (Hrsg.) The geopolitics reader. 2nd ed., London 2006 (erste Ausgabe 1998) S.60.
- 26) Eine hervorragende Übersicht zu den unterschiedlichen Phasen der amerikanischen Geopolitik liefert Friedrich W. Korkisch In: Andrea K. Riemer, Heinz Nissel und Friedrich W. Korkisch: Geopolitik - Zwischen Wissenschaft und Kunstlehre. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien, 3/2005. S.127ff.
- 27) Edward N. Luttwak: From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce. In: National Interest 1990. Wiedergabe in: Tuathail/Dalby/Routledge: The geopolitics reader 1998, S.125-130.
- 28) Manuel Castells: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaften. Opladen 2001, S.527.
- 29) Francis Fukuyama: The End of History? In: The National Interest, 16, 1989, S.3-18.
- 30) Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main 1999, S.276. Englisch Original: The Grand Chessboard 1997.

- 31) In meinen Seminaren zur Politischen Geographie hat es Studierenden gefallen, die wechselnden In- und Exklusionen von Schurkenstaaten im langjährigen Verlauf der Doktrin festzumachen.
- 32) Thomas Barnett: Die neue Weltkarte des Pentagon. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5, 2003, S.554-564. Interpretation durch Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer: Auf der Suche nach der Weltordnung? Geopolitische Leitbilder und ihre Rolle in den Krisen und Konflikten des neuen Jahrtausends. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 148, 2004 (2), S.12-19.
- 33) Barnett, 2003, a.a.O., S.558.
- 34) Barry Rubin: „Schurkenstaaten“. Amerikas Selbstverständnis und seine Beziehungen zur Welt. In: Zeitschrift für Internationale Politik, Jg. 54, H. 6, 1999, S.5-14.



**Ao. Univ.-Prof. i.R.
Univ.-Doz. Dr.
Heinz Nissel**

Geb. 1943; Präsenzdienst im Bundesheer 1962/63. Studium der Geographie, Soziologie und Philosophie an der Universität Wien, Post Graduate Studies 1970/71 an der Univ. Bombay. Doktorat 1974 in Wien; 1974-1988 tätig an den Universitäten Köln, TU Berlin und Marburg; ab 1990 am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien; 2000-2009 ao.Prof.; weiterhin aktiv in Forschung und Lehre; seit 2002 Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLVS; Gastprofessor in Bombay (Mumbai), Münster, Berlin (Humboldt) und Klagenfurt. Gründungsmitglied der Orient-Akademie, Wien; im Vorstand der Österr. Geographischen Gesellschaft (ÖGG), der Gesellschaft für Technologiepolitik (ÖGTP) und der Österr.-Indischen Gesellschaft (Austro-Indian Society). Forschungsschwerpunkte: Politische Geographie, Geopolitik, Stadtforschung (insbesondere Megacities), Indien; zahlreiche Publikationen. e-mail: heinz.nissel@univie.ac.at

„Krieg um des Friedens willen“

Die Vorstellung von Frieden und seine Instrumentalisierung in antiken Kriegsreden

Ursula Lager

Krieg ist ein in allen literarischen Genera der Antike behandeltes Thema. Er nimmt quantitativ einen großen Anteil an den erhaltenen Texten ein, doch sollte der Versuchung widerstanden werden, deshalb den antiken Menschen zuzuschreiben, sie hätten Krieg als den Normalzustand aufgefasst und Frieden nur als dessen kurze Unterbrechung. Eher zeigen die Texte, dass Krieg zwar im Alltag durch viele Zeichen präsent, dass aber Frieden als Idee ebenso omnipräsent war, die es zu verwirklichen oder zu bewahren galt. Um dies zu erreichen, wird manchmal auch Krieg als Mittel zum Zweck in Kauf genommen, immer aber als ein zu überwindender Zustand - und niemals wird er positiv beschrieben. Einige Passagen aus Thukydides' Werk mit unterschiedlichen Argumentationen pro und contra einen Kriegseintritt bilden den Ausgangspunkt für die Untersuchung, wie Frieden bei der Durchsetzung eines Kriegszuges argumentativ eingesetzt wurde.

Die Ambivalenz von Frieden

„Ich weiß sehr wohl, daß der Krieg etwas Schreckliches ist, jedoch nicht so schrecklich, daß man alles ertragen sollte, nur um ihn zu vermeiden. Denn wozu rühmen wir uns des Rechts zu unbeschränkter Meinungsäußerung für alle, wozu führen wir das Wort Freiheit so gern im Munde, wenn uns der Friede über alles geht?“¹⁾ In diesem persönlichen Statement des Polybios (2. Jahrhundert v. Chr.), der in seinen „Historien“ den Aufstieg Roms zur Weltmacht, der von Kriegen und Friedensschlüssen gekennzeichnet ist, zu erklären versucht, wird sowohl eine negative Einschätzung des Krieges als auch der Wunsch nach Frieden angesprochen. Aber es wird auch deutlich gemacht, dass Frieden nicht als das unumstritten höchste Gut angesehen wird. Im Nachsatz differenziert der Historiker, indem er darauf verweist, dass die Einschätzung immer von der Situation abhängig sei: „Denn ein Friede in Ehre und Recht ist das schönste und kostbarste Gut, in Schmach und erbärmlicher Feigheit das denkbar Schändlichste und Schimpflichste.“ Nicht alle Argumente, die in Diskussionen für Frieden vorgebracht würden, wären überzeugend. Als Beispiel führt Polybios eine Passage aus dem Werk des Historikers Timaios an. Er kritisiert ihn dafür, dass er dem syrakusanischen General Hermokrates während der ersten Sizilienexpedition Athens in den 420er-Jahren v. Chr. unsinnige Worte über die Vorteile des Friedens in den Mund legte.²⁾ So würden „die Schlafenden des Morgens im Krieg von der Trompete, im Frieden durch den Hahnenschrei geweckt werden“.³⁾ Solche Gründe seien bestenfalls für rhetorische Schulübungen geeignet, nicht aber eines Staatsmanns wie Hermokrates würdig.

„Clearly the Greeks believed that peace was preferable to war; but finding it and keeping it was as elusive for them as it is for us today.“⁴⁾ Das zeigt sich u.a. darin, dass sogar Personen, die den Frieden hochschätzten, nicht immer in Frieden zu leben vermochten. Das Lippenbekenntnis des Lyderkönigs Kroisos, „kein Mensch ist unverstündig genug, Krieg dem Frieden vorzuziehen“, das er damit begründet, „begraben doch im Frieden die Kinder ihre Eltern und im Kriege die Eltern ihre Kinder“⁵⁾ hinderte ihn nicht daran, einen Krieg gegen die Perser zu beginnen, der ihn selbst um Reich und Herrschaft bringen sollte. Die Unvernunft, die ihn dazu trieb, bezeichnet er im Nachhinein als nicht selbst verschuldet: „Es war wohl der Götter Wille, daß es so gekommen ist“⁶⁾ Kroisos hatte, verleitet durch Machtambitionen, den Orakelspruch in Delphi - wenn er „gegen die Perser zu Felde zöge, würde er ein großes Reich zerstören“⁷⁾ - falsch gedeutet und entgegen seiner eigenen Ansicht vom Wert des Friedens den Krieg gewählt.

Krieg und Frieden in der griechischen Antike

Wie in der archaischen und klassischen griechischen Literatur und Philosophie über Frieden gedacht und geschrieben wurde, bildet die Folie, vor der die bis heute nicht einheitlich beantwortete Frage, ob Krieg oder Frieden in der griechischen Antike den „Normalzustand“ im Zusammenleben darstellte, hier einer Betrachtung unterzogen wird. Männlichkeitsvorstellungen und gesellschaftspolitische Bedingtheiten wie die, dass es die männlichen athenischen Bürger waren, die in der Volksversammlung über Krieg und Frieden abstimmten, aber auch als Hopliten aktiv in einen Krieg involviert waren,⁸⁾ haben ebenso wie die Allgegenwart von Kriegs- und Friedensmonumenten, Darstellungen in der Literatur und auf dem Theater das Bewusstsein und die Einstellung zu Krieg und Frieden beeinflusst - und teilweise bewusst gesteuert. In der Antike werden in den mit Kriegführung befassten Gremien bei Beratungen, ob ein Krieg zu führen sei oder nicht, verschiedene Argumente ins Treffen geführt. In der öffentlichen Diskussion verschleiern Politiker und Redner oft die eigentlichen Ursachen und Anlässe eines Krieges, stellen sie einseitig dar oder übergehen sie. Für die Erlangung der Zustimmung oder Ablehnung werden u.a. ökonomische und politische, aber auch emotionale Argumente vorgebracht. Im Folgenden soll anhand ausgewählter Beispiele aus dem Werk „Der Peloponnesische Krieg“ des Thukydides der Frage nachgegangen werden, ob das Argument, mit dem Krieg könne Frieden herbeigeführt werden, im Entscheidungsfindungsprozess eine Rolle spielte und in den Reden anzutreffen ist.

Vorstellungen von Krieg und Frieden

Das Wort „eirene“⁽⁹⁾ (Frieden) findet sich bereits am Beginn der abendländischen Literatur bei Homer. Es bezeichnet dort einen dem Krieg (gr. *polemos*) entgegengesetzten und erstrebenswerten Zustand.¹⁰ In der so genannten Schildbeschreibung - der Beschreibung des von Hephaistos für den besten griechischen Kämpfer vor Troja, Achill, angefertigten und mit Szenen aus dem Alltagsleben figürlich geschmückten Schildes - wird eindrücklich der Gegensatz zwischen dem Leben in einer Stadt in Frieden, mit Tanz und Festszenen, aber auch dem Versuch einer friedlichen Streitbeilegung, und einer vom Schrecken des Krieges heimgesuchten Stadt vor Augen geführt.¹¹ Auch wenn Homer hier die Vorzüge eines friedlichen Lebens schildert, in einem fiktiven Dichterwettstreit mit Hesiod wurde ihm gegen den Willen des Publikums vom Schiedsrichter nicht der Sieg zugesprochen - mit der Begründung, sein Kontrahent Hesiod habe im Gegensatz zu ihm nicht zum Krieg aufgerufen, sondern zu Ackerbau und Frieden.¹²

Der Begriff „eirene“ bleibt aber nicht nur ein Wort für eine abstrakte Vorstellung, sondern wird auch personifiziert. So tritt Eirene in der „Theogonie“ des Hesiod (um 700 v. Chr.) als Tochter des Zeus und der Themis („Satzung“) in Erscheinung.¹³ Sie wird von Philemon als „menschenfreundlich“⁽¹⁴⁾ geschildert und von Bakchylides¹⁵ und Euripides,¹⁶ aber auch von Pindar als „des Reichtums Pflegerin“ und Wohltat der Polis gepriesen.¹⁷ Sie erscheint gemeinsam mit ihren Schwestern, den Horen Eumonia („gute Ordnung“) und Dike¹⁸ („Recht“), als „der sichere Grund der Städte“.¹⁹ Und so belohnen Zeus und Dike bei Hesiod die gerechte Stadt u.a. mit Frieden, während der Ungerechtigkeit („Adikia“) Krieg und Zerstörung folgen.²⁰

Eirene garantiert den segensreichen Zustand innerhalb einer Polis, sodass eine kultische Verehrung der Göttin naheliegt. Ein erster Hinweis darauf ist der bei Plutarch erwähnte Friedensaltar, der nach der Schlacht am Eurymedon gegen die Perser (465 v. Chr.) vom Athener Kimon gestiftet worden sein soll.²¹ Ein anderes Datum erwähnt Cornelius Nepos im Zusammenhang mit dem Sieg des Timotheus über die Spartaner (375/4 v. Chr.), der in Athen „solchen Jubel auslöste, daß man erstmals der Göttin des Friedens offizielle Altäre errichtete“.²² Etwa gleichzeitig schafft Kephisodot eine Statue der Eirene, sie hält den Säugling Plutos, den Reichtum und Wohlstand, in den Armen (s. Foto).²³ Höchstwahrscheinlich besaß die Göttin im 5. Jahrhundert v. Chr. noch keinen offiziellen Kult, wurde aber von einigen Athenern privat verehrt.²⁴

Während die Zeichen des Friedens in Form von Denkmälern spärlich waren,²⁵ traf man überall in der Stadt Athen auf Zeichen des Krieges - von Kriegerdenkmälern über Weihgaben und Schlachtengemälden bis hin zur Stadtmauer mit ihren Wachtürmen. Auf den Schlachtfeldern wurden Tropaia, Siegesdenkmäler, errichtet und in den Heiligtümern Weihgaben aus der Kriegsbeute gestiftet.²⁶ Diese Denkmäler waren der Ausdruck widersprüchlich scheinender Wünsche, nämlich des Wunsches nach einem Leben in Frieden und jenes nach Macht und Stärke. Beiden gemeinsam war, dass sie durch Krieg erreichbar schienen.

Die antike Wahrnehmung des Krieges ist aber auch in der literarischen Überlieferung greifbar, sei es in der Historiographie, der Tragödie, der Komödie oder in der frühgriechischen Lyrik: „... denn für Ares zu fallen ist schön ...“⁽²⁷⁾ heißt es bei Alkaios, allerdings ohne Hinweis auf die näheren Umstände. Homer beschreibt den Kriegsgott Ares als „wilden rasenden Störenfried“⁽²⁸⁾ als „blutigen Mauernzertrümmerer“⁽²⁹⁾ und „Männerverderber“⁽³⁰⁾ der keine Gerechtigkeit kenne⁽³¹⁾ und sogar Zeus verhasst sei, da er „immer [...] den Zank [...] geliebt und Kampf und Befehdung“.⁽³²⁾

Im Gefolge des Ares trifft man auf Deimos („Schrecken“) und Phobos („Furcht“), aber auch auf Eris, die Göttin der Zwietracht,⁽³³⁾ „des mordenden Ares verbündete Freundin und Schwester“.⁽³⁴⁾ Und sogar der im Kriegsruhm das erstrebenswerteste Ziel erblickende Achill klagt: „Möchte der Streit [Eris] nur unter den Göttern und Menschen vergehen.“⁽³⁵⁾ Hesiod, der den Krieg im dritten, ehernen Geschlecht ansiedelt,⁽³⁶⁾ unterscheidet in seinen „Werken und Tagen“ zwischen zwei Arten von Streit: jenem Wettstreit, bei dem der Einzelne zu Höchstleistungen angespornt wird, und dem, der den „schlimmen Krieg und Hader“⁽³⁷⁾ mehrt. Ares, der „Verkörperung der widerwärtigsten Aspekte von Krieg“⁽³⁸⁾ steht Athene gegenüber, die Göttin der klugen Kriegführung, „die schreckliche, Kämpfe erregende Heerführerin und unbesieglige Herrin, der Kampflärm gefällt und Kriege und Schlachten.“⁽³⁹⁾

Deutlich wird, dass sich in der griechischen Literatur keine Glorifizierung des Krieges findet. Die möglichen Folgen für die Truppen und die Zivilbevölkerung werden in der archaischen Literatur nicht übergangen, sondern in drastischen Bildern gezeichnet: Verwundung, Tod, Versklavung, Hunger.⁽⁴⁰⁾ Die Männer werden allerdings aufgefordert standzuhalten, um die Stadt und die Bevölkerung zu retten: „Ehrevoll ist's ja und glänzend zugleich für den Mann, wenn er streitet/um sein Land, seine Söhne und um sein ehelich Weib/gegen die Feinde!“⁽⁴¹⁾ Man kann offensichtlich nicht mit einer den Männern innewohnenden Lust auf Kampf rechnen, sondern man muss auf die - symbolische - Währung zurückgreifen, die in vielen Gesellschaften Gültigkeit hat: die Ehre⁽⁴²⁾ (time), diese kann von den Männern im Kampf erworben werden.

„Denn kein Mann weist sich ja als fähig aus im Kampf/wenn er nicht ausharrt auch beim Anblick blutigen Gemetzels/und nach den Feinden stößt aus allernächster Näh!/Das ist die Leistung! Dieser Preis ist auf der Welt der beste/Und auch der schönste, den erringen kann ein junger Mann!“⁽⁴³⁾

Kriegsteilnehmer und ihre Wahrnehmung von Krieg und Frieden

Wer waren die Männer, die in den Krieg zogen? Das Aufgebot rekrutierte sich nicht aus Söldnern oder einer Kriegerkaste, sondern aus der Gemeinschaft der Polis. Die Männer waren durch ihre Teilnahme am Krieg sichtbarer Teil der Polis und konnten bzw. mussten in der Schlachtreihe Mann an Mann ihre Tapferkeit unter Beweis stellen - ein Ausweichen war in der geschlossenen Schlachtformation der Phalanx nicht möglich, denn dies hätte den Nebemann und somit den Kampferfolg gefährdet.

Auch wenn man durch die Teilnahme am Krieg Teil der Polis war, sich darüber mit der Polis identifizierte und daraus wiederum seine Identität ableitete, war man sich der Segnungen des Friedens bewusst: „*Scheint süß ja der Krieg nur dem, der ihn nicht kennt, doch wer ihn kennt,/Schaudert, wenn er naht, vor ihm übers Maß im Herzen.*“⁴⁴⁾ Die erste bekannte Thematisierung zeitgeschichtlicher Kriegsereignisse in der Tragödie „Der Fall Milets“ (493/2 v. Chr.) des Phrynichos soll einen „Theaterskandal“⁴⁵⁾ ausgelöst haben. Das Theaterpublikum war angesichts der von Phrynichos auf die Bühne gebrachten Einnahme und Zerstörung der von Athen unterstützten Stadt Milet durch die Perser (494 v. Chr.) derart erschüttert, dass der Dichter zu einer Geldstrafe von 1.000 Drachmen verurteilt und die Wiederaufführung des Stückes verboten wurde, da es an eigenes Unglück erinnerte.⁴⁶⁾

In Tragödien wurde bei der Darstellung von Kriegsgeschehnissen keine exzessive Gewalt gezeigt. Die emotionalen Folgen und die Einbindung in einen gesellschaftlichen Kontext waren dadurch aber nicht weniger einprägsam und erschütternd.⁴⁷⁾ In der Historiographie und auch in der Vasenmalerei war man bedacht, keine Opferperspektive einzunehmen, die gewalttätigen und grausamen Begleiterscheinungen von Krieg - Tötung, Verstümmelung, Schmerzen, Leid - waren ausgeblendet. Im Zentrum der bildlichen und literarischen Inszenierung standen Tapferkeit, Ehre, Kriegsruhm.⁴⁸⁾

Krieg und Frieden bei Platon und Aristoteles

Krieg ist auf vielfältige Weise präsent; eine Welt in Frieden wird gleichsam als utopischer Zustand gesehen:⁴⁹⁾ „*a real, non-mythical world without war; [...], was for the ancient Greeks almost literally unthinkable.*“⁵⁰⁾ Für Heraklit von Ephesos (um 500 v. Chr.) ist Krieg der Vater aller Dinge, „*aller Dinge König*“⁵¹⁾ ein natürliches Ereignis, da sich die Einheit des Kosmos aus Gegensätzen zusammensetzt: „*Gott ist Tag-Nacht; Winter-Sommer; Krieg-Frieden, Sättigung-Hunger.*“⁵²⁾ Trotz oder gerade wegen dieser Dualität wird der Krieg vielleicht als notwendig oder unvermeidlich dargestellt, aber nicht als wünschenswert.

Auch für die Philosophen Platon (428-347 v. Chr.) und Aristoteles (384-322 v. Chr.) war Krieg ein „*natürliches Element menschlichen sozialen Lebens*“⁵³⁾ Allerdings sollte der Krieg begrenzt werden - mit Hilfe von Gesetzen und Bildung sollte die Polis dafür Sorge tragen, dass es Frieden gibt.⁵⁴⁾ So muss jeder Bürger dazu fähig sein, seine Stadt zu schützen, indem er auf den Krieg vorbereitet ist und nicht wartet, bis der Krieg ausbricht.⁵⁵⁾ Dies entspricht der Vorstellung von „*Si vis pacem, para bellum*“; „*Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Krieg*“. Dieses lateinische Sprichwort ist nicht antik,⁵⁶⁾ sinngemäß findet es sich beim römischen Militärschriftsteller Vegetius (4. Jahrhundert n. Chr.).⁵⁷⁾ Dabei seien sorgfältig ausgerüstete Soldaten für den Sieg ebenso unerlässlich wie eine Kampfstrategie, denn niemand fordere einen im Kampf überlegenen Gegner heraus, noch wage man, ihn anzugreifen. Hier ist die Vorstellung greifbar, dass militärische Stärke durch Abschreckung den Frieden sichere.⁵⁸⁾ Auch Aineias Taktikos hebt in der Mitte des 4. Jahrhunderts v. Chr. mehrmals hervor,

dass die Vorbereitung auf die Kriegssituation im Frieden zu passieren habe.⁵⁹⁾ Aristoteles, Lehrer und Berater von Alexander dem Großen, weist u.a. in seiner „Rhetorik“ darauf hin, dass „*[w]as Krieg und Frieden angeht, so muss man die Streitkraft der Stadt kennen, nämlich wie groß sie bereits ist und wie groß sie gemacht werden kann, und von welcher Beschaffenheit die bestehende Streitkraft ist und die, die hinzugefügt werden kann, außerdem muss man die Kriege kennen, die sie schon geführt hat, nämlich wie sie geführt wurden und welche es waren.*“⁶⁰⁾ Nach Aristoteles müssen somit einige Faktoren berücksichtigt werden, um über Krieg und Frieden beraten zu können. Ziel sei es, mit mächtigen Feinden Frieden zu halten, während man bei unterlegenen Poleis die Entscheidung über Krieg oder Frieden selbst in die Hand nimmt. Militärische Stärke und das Vorbereitet-Sein auf einen möglichen Angriff seien dabei unabdingbar.⁶¹⁾ Weder Aristoteles noch Platon glauben, dass Krieg in der jetzigen Welt vermeidbar sei,⁶²⁾ manchmal sei es sogar notwendig, um des dem Krieg nachfolgenden Friedens willen den Krieg auf sich zu nehmen.⁶³⁾ So heißt es in der „Nikomachischen Ethik“: „*Wir führen Krieg, um in Frieden zu leben*“⁶⁴⁾

Die Omnipräsenz von Krieg

In den Platon zugeschriebenen „Definitiones“ wird Frieden als „*der Zustand der Ruhe von den Feindseligkeiten des Krieges*“⁶⁵⁾ beschrieben. In den platonischen „Gesetzen“ erklärt ein Sprecher, dass, „*was die meisten Menschen Frieden nennen, das sei ein bloßes Wort; in Wirklichkeit befänden sich von Natur alle Staaten mit allen ständig in einem Krieg ohne Kriegserklärung.*“⁶⁶⁾ Der Kontext der Aussage lässt, wie Hans van Wees gezeigt hat, keinen Zweifel daran, dass es sich um die Analyse eines Intellektuellen handelt, bezogen auf Spannungen in internationalen Beziehungen, nicht um die Ansicht eines Politikers, Soldaten oder um die öffentliche Meinung, schon gar nicht anlässlich eines aktuellen Krieges.⁶⁷⁾ Dennoch haben diese Stelle und die Tatsache, dass Friedensverträge auf eine bestimmte Zeit (5, 10, 30 oder 50 Jahre) abgeschlossen wurden, die Ansicht gefördert - wegweisend war hier Bruno Keils Studie zu Eirene⁶⁸⁾ -, dass für die Griechen Krieg der Normalzustand und Friede nichts anderes gewesen sei als „*eine vertragsmäßige Unterbrechung des (naturgemäßen) Kriegszustandes, nicht umgekehrt der Krieg eine Unterbrechung des Friedenszustandes*“⁶⁹⁾ Dieser Auffassung sind viele gefolgt.⁷⁰⁾ Heute wird in der Forschung Keils Ansicht weitgehend abgelehnt, so findet van Wees deutliche Worte: „*Popular as it is, this view is quite wrong.*“⁷¹⁾ Auch in der griechischen Antike sei Krieg nicht der Normalzustand gewesen und auch nicht so aufgefasst worden, sondern Krieg war eine von mehreren Möglichkeiten, wie Staaten zueinander stehen konnten:⁷²⁾ Die Beziehungen konnten kriegerischer oder freundschaftlicher Art sein, oder es gab keinerlei Beziehung zwischen den Poleis.⁷³⁾ Wollte eine Polis ihre Ziele ohne die in einem Krieg zu gewärtigenden Gefahren und Kosten erreichen, waren die Möglichkeiten, kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden, vielfältig: die Aussendung von Schlichtern, der Austausch von Gesandten

und schließlich die Aushandlung von Verträgen.⁷⁴⁾ Xenophon legt einem Gesandten nach Sparta die Aussage in den Mund: „Sind es aber wirklich die Götter, die bestimmt haben, daß Kriege unter den Menschen entstehen sollen, so ist es unsere Pflicht, einen Krieg so spät als möglich zu beginnen, ist er aber einmal ausgebrochen, ihn so rasch als möglich wieder beizulegen.“⁷⁵⁾ Obwohl hier auch Xenophon - wie Kroisos - die Götter ins Spiel bringt, ist doch deutlich zu erkennen, dass er, im Licht der griechischen Aufklärung stehend, Menschen dafür verantwortlich macht, ob es Krieg oder Frieden gibt. Auch die Befristung der Friedensverträge ist kein Indiz dafür, dass es sich beim Krieg um den Normalzustand handelt, denn das Ablaufende der Frist bedeutete nicht zwangsläufig, dass man wieder in einen Kriegszustand eintrat; die einzelnen Vertragspartner waren lediglich von den Vereinbarungen entbunden.⁷⁶⁾

Auch wenn der Krieg weder einen erstrebenswerten noch den natürlichen Zustand im Zusammenleben zwischen Menschen darstellt, tendiert die vorherrschende politische Kultur in Griechenland eher dazu, den Krieg als den Frieden zu fördern.⁷⁷⁾ Krieg ist den Männern vorbehalten und auch für das männliche Selbstverständnis wesentlich - so ist der griechische Terminus für Mut, Tapferkeit – „*andreia*“ - eng verbunden mit „*aner*“ - Mann.⁷⁸⁾ Ruhm und Ehre können durch den auf dem Schlachtfeld erworbenen Sieg öffentlich zur Schau getragen werden und sichern neben Reichtum v.a. politischen Einfluss. Ein Szenario, das Raaflaub auf die athenische Demokratie und die mittlere Republik Roms angewendet wissen will: denn „*policies of peace meant inactivity, lack of success, stagnation: nothing to fight and die for!*“⁷⁹⁾ Aber nicht nur die Oberschicht, sondern besonders die unteren Bevölkerungsschichten hätten, wie Christian Meier betont, seit der Einbeziehung in den Kriegsdienst als Ruderer das auf das „Krieger-Ideal“ ausgerichtete „Bürger-Ideal“ übernommen, was mit sich brachte, dass man „*durchaus bereitwillig zum Kriege*“ gewesen sei.⁸⁰⁾ „*Hinzu trat die integrative Kraft, die ein Kriegszug im Hopliten- und Flottenverband, ein Sieg und eine durch militärische Erfolge errungene Machtstellung für die Polisgemeinschaft bewirkten. Diese ideologischen und materiellen Ziele ließen die Polis und den Einzelnen immer wieder das Risiko hoher Verluste im Krieg in Kauf nehmen, in der Hoffnung, am Ende der Siegreiche zu sein, nicht das Opfer des Krieges.*“⁸¹⁾ Die Bürger waren Teil einer Kriegerkultur, der man sich verpflichtet fühlte und die einen wesentlichen Bezugspunkt für die eigene Identitätsbildung darstellte. Durch die Teilnahme am Kriegsdienst erwarb man Ehre für sich und seine Familie, half bei der Verteidigung der Heimatpolis, hielt den Reichtum, die Macht und das Prestige aufrecht bzw. vergrößerte es sogar und gewann durch Tapferkeit „*arete*“ (Tugend).⁸²⁾ Die Polis ihrerseits inszenierte mit Rückgriff auf diese Kriegerkultur einen Zusammenhalt, in dem die Ehrung der Gefallenen mit einer öffentlichen Leichenrede zu einem fixen Bestandteil der Bürgerideologie wurde.⁸³⁾

Obwohl die Athener auf vielen Ebenen von einem Diskurs über Krieg umgeben waren, besitzt Frieden

dennoch einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft: Er wird nicht nur von Philosophen diskutiert, sondern auch auf der Bühne in Tragödien und Komödien thematisiert.⁸⁴⁾ Die Entscheidungsträger über Krieg und Frieden kamen unweigerlich mit dem Thema in Berührung - wenn sie sich schon nicht vorrangig von philosophischen Überlegungen in ihrem politischen Entscheidungsprozess leiten ließen,⁸⁵⁾ so griffen sie sicherlich bei ihren Argumentationen im Umlauf befindliche Argumente und Meinungen auf, die sie dann für ihre jeweiligen Anliegen adaptierten.

Frieden - ein Argument in den Reden?

Die Spartaner und ihre Bundesgenossen - der Kriegsbeschluss

Thukydides, der Historiker des Peloponnesischen Krieges (431-404 v. Chr.), unterscheidet in seiner Kriegsursachenanalyse zwischen den Anlässen und Ursachen dieses großen, durch die Bündnissysteme fast ganz Griechenland betreffenden Krieges. Als Anlässe werden die Parteinahme Athens zugunsten Kerkyras, das sich gegen seine Mutterstadt Korinth erhoben hat, die Belagerung der korinthischen Kolonie Poteidaia, die von Athen abgefallen war, sowie der 433 v. Chr. verhängte Boykott über Megara, der die Polis von allen Häfen des Seebundgebietes ausschloss, angeführt.⁸⁶⁾ Die Ursache und somit der eigentliche Grund des Krieges liegt laut Thukydides aber in der Angst Spartas vor dem Anwachsen der athenischen Macht und der daraus resultierenden Gefahr, politisch und militärisch überflügelt zu werden.⁸⁷⁾

Er berichtet von den Reden, mit denen in Sparta um die Entscheidung gerungen wird, ob der wachsenden Macht Athens mit Krieg begegnet werden soll. Im Zuge dieser Entscheidungsfindung versuchten die Korinther, die Spartaner zu einem Krieg gegen Athen zu bewegen, der von ihnen auch eine Überwindung der alten Lebensweise erforderte. „*Für eine Stadt, die Frieden halten will, sind unveränderliche Gewohnheiten vortrefflich, wer aber gezwungen ist, sich in viele Unternehmungen einzulassen, braucht auch viel Neuerung.*“⁸⁸⁾

Thukydides selbst äußert sich in seinem Methodenkapitel über die grundsätzliche Schwierigkeit, Reden wiederzugeben. Er orientiert sich daran, was jeder Einzelne „*über den jeweils vorliegenden Fall am ehesten sprechen musste, [...] unter möglichst engem Anschluss an den Gesamtsinn des wirklich Gesagten.*“⁸⁹⁾ Auch wenn mit Stilisierungen seinerseits zu rechnen ist, werden die Zeitgenossen die den einzelnen Akteuren in den Mund gelegten Reden als authentisch akzeptiert haben, da sie deren Argumentationslinien und Sprachduktus kannten.

Die Beratung im Anschluss an die Reden führt zum Entschluss, den Krieg gegen die Athener sofort zu beginnen. In dieser Situation tritt der spartanische König Archidamos vor: Er habe, wie viele seiner Altersgenossen, Erfahrungen in vielen Kriegen gesammelt, „*deshalb braucht niemand aus Unerfahrenheit nach Krieg zu trachten, wie es wohl der breiten Masse gehen mag, noch weil er ihn für etwas Vorteilbringendes und Sicheres hält.*“⁹⁰⁾ Archidamos mahnt, nicht übereilt einen Krieg zu beginnen,

sondern zunächst Gesandte zu schicken, in der Zwischenzeit besonnen zum Krieg zu rüsten sowie Verbündete zu werben, was die Athener möglicherweise zum Einlenken bewegen würde.⁹¹⁾ Während also Archidamos eindringlich gegen einen sofortigen Kriegseintritt argumentiert, wirbt der spartanische Ephor Sthenelaidas in seiner Rede für den Krieg: „*Beschließt also, Lakedaimonier, wie es der Würde Spartas entspricht, den Krieg, und lasst die Athener nicht noch mächtiger werden; unsere Bundesgenossen wollen wir nicht preisgeben, sondern mit den Göttern gegen die Rechtsbrecher vorgehen!*“⁹²⁾

Als Sparta zum Krieg bereit ist, kommt es zur zweiten Bundesversammlung in Sparta. Die Korinther befürworten Spartas Kriegsentschluss und drängen die Bündner, ihre gemeinsamen Interessen und mögliche Gefahren von Seiten Athens zu erkennen und für den Krieg zu stimmen.⁹³⁾ Dabei wird auch die Ambivalenz des Friedens angesprochen, denn wie bei Polybios ist es situationsabhängig, ob man Frieden dem Krieg vorzieht oder in einen Krieg eintritt: „*Besonnene Männer lieben es, wenn sie nicht belästigt werden, sich ruhig zu verhalten, tapfere, wenn sie belästigt werden, anstelle des Friedens Krieg zu führen, bei günstiger Gelegenheit aber aus dem Kriegszustand wieder durch einen Vertrag herauszukommen und sich weder durch das Kriegsglück verleiten noch wegen der Annehmlichkeit des Friedens beleidigen zu lassen. (4) Denn wenn jemand dieser Annehmlichkeit zuliebe zögert, könnte er schnell seines behaglichen, angenehmen Lebens verlustig gehen, dem zuliebe er ja zögert; und wer im Krieg sich seines Glücks überhebt, bedenkt nicht, dass er sich durch ein trügerisches Selbstvertrauen fortreißen lässt.*“⁹⁴⁾ Die Korinther zählen den anwesenden Bundesgenossen auch die Gründe auf, warum man gegen Athen siegen werde - u.a. sei man an Zahl und Kriegserfahrung den Athenern überlegen, allerdings nur, wenn man gemeinsam vorgehe, sonst würden ganze Städte verklavt werden. Am Ende der Rede wird hervorgehoben: „*Unser Vorschlag [ist] der beste [...]. Beschließt den Krieg, ohne Furcht vor der augenblicklichen Gefahr, sondern aus dem Verlangen nach einem durch ihn gewonnenen dauerhafteren Frieden. Denn aus dem Krieg erwächst der Friede gefestigter, dagegen in tatenloser Ruhe nicht den Krieg zu erklären ist nicht ebenso gefahrlos.*“⁹⁵⁾ Nachdem alle Bündner ihre Meinung geäußert haben, kommt es zur Abstimmung, und „*die Mehrheit stimmte für den Krieg*“.⁹⁶⁾

Während Archidamos die Spartaner ermahnt, nicht übereilt in einen Krieg gegen einen übermächtigen Gegner einzutreten, wird von den Befürwortern des Krieges einerseits auf den Rechtsbruch Athens verwiesen und andererseits auf emotionale Weise an die Männer appelliert, denn der „tapfere Mann“ wehrt sich gegen erlittenes Unrecht und stellt erst durch Krieg den Friedenszustand wieder her.

Donald Kagan geht davon aus, dass niemand den Krieg gewünscht bzw. gewollt hätte. Die führenden Politiker Athens, Spartas und Korinths seien von „*a failure of imagination*“ geleitet worden, weil sie sich nicht der vollen Tragweite und der Konsequenzen ihrer Entscheidungen bewusst gewesen seien, keine Alternativpläne erwogen hätten und von einem zeitlich kurzen Krieg ausgegangen wären.⁹⁷⁾

Stimmungsumschwung in Athen - Frieden: ja oder nein?

Im zweiten Kriegsjahr kommt es, bedingt durch die Einfälle der Spartaner in Attika sowie den Ausbruch einer Seuche, zu einem Stimmungswandel in Athen.⁹⁸⁾ Die Athener beschuldigen Perikles der Kriegshetzerei - er habe sie zum Krieg überredet und trage deshalb die Schuld für all das über sie hereingebrochene Leid, weshalb sie auch eine Einigung mit Sparta anstrebten.⁹⁹⁾ Perikles beruft daraufhin eine Volksversammlung ein. Es sei Torheit, einen Krieg zu beginnen, wenn man die Wahl zwischen Krieg und Frieden habe - so Perikles in seiner Rechtfertigungsrede,¹⁰⁰⁾ wenn es aber darauf ankomme, sich entweder anderen nachgiebig zu fügen oder Gefahren auf sich zu nehmen, um sich zu behaupten, so sei das Ausweichen vor der Gefahr tadelnswerter als das Standhalten, und das Wohl der Polis müsse dabei über persönliche Befindlichkeiten gestellt werden.¹⁰¹⁾

Die Athener fügten sich Perikles und „*zeigten größeren Eifer für den Krieg, aber im eigenen Haus bejammerte jeder sein Missgeschick, das Volk, dass es seiner ärmlichen Habe, die es von Anfang an besessen, nun völlig beraubt sei, die Mächtigen wegen des Verlustes ihrer schönen Besitzungen auf dem Land, der Gebäude und kostbaren Einrichtungen, aber vor allem (beklagte jeder), dass sie Krieg hatten statt Frieden.*“¹⁰²⁾

Laut Christian Meier habe Perikles bei seinem Kriegsplan, der auf die Zermürbung des Gegners ausgerichtet war, zwei Faktoren nicht berücksichtigt. Einerseits die Kriegspsychologie: Je schlimmer die Verwüstungen im eigenen Land waren, desto größere Erfolge wurden von den Athenern erwartet, auch um das Gefühl des Ehrverlustes nicht aufkommen zu lassen, und andererseits „*brauchte man, um eine solche Strategie in der Volksversammlung durchzuhalten, eine überlegene Führung*“.¹⁰³⁾ Für die Athener waren der Krieg und seine Folgen nicht nur spürbar, sondern auch sichtbar, und im Herbst des Jahre 429 v. Chr. stirbt sein großer Befürworter Perikles an den Folgen der Seuche.¹⁰⁴⁾ Der Wunsch nach Frieden wird immer wieder in der Öffentlichkeit, v.a. in der Komödie, thematisiert.¹⁰⁵⁾ So versucht Aristophanes in seinen Stücken „Die Acharner“ (425 v. Chr.) oder den verlorenen „Georgoi“ die Athener vom Frieden und den damit einhergehenden Segnungen zu überzeugen.¹⁰⁶⁾ Zehn Tage vor dem so genannten Nikias-Frieden (421 v. Chr.) zwischen Athen und Sparta bringt er das Stück „Eirene“ auf die Bühne. Der Komödiendichter lässt den Athener Trygaios auf einem überdimensionierten Mistkäfer zum Olymp fahren, um Eirene, die von Polemos gefangen gehalten wird, zu befreien. Nicht alle sind davon begeistert, dass Trygaios Eirene¹⁰⁷⁾ auf die Erde zurückholt¹⁰⁸⁾ - v.a. die Rüstungsindustrie spart nicht mit Vorwürfen.¹⁰⁹⁾ Ein Indiz dafür, wie treffend die Komödie die Stimmung im zeitgenössischen Athen aufgreift, ist, dass Platon dem Tyrannen Dionysios von Syrakus auf dessen Wunsch, etwas über die Politik in Athen zu erfahren, eine Kopie der Stücke des Aristophanes sendet und ihn auffordert, diese zu studieren.¹¹⁰⁾ Im Stück „Eirene“ heißt es beispielsweise: „*Weil ihr [Athener] den Krieg gewollt, sooft die andern/ Euch Frieden boten; waren die Spartaner/Kaum wieder*

oben auf, dann riefen sie: /,Bim Donner, mer wei's ech zeigen, ihr Athener! /War der Athenerich im Vorteil dann/ Und der Spartanerich beehrte Frieden, /Gleich schriet ihr wieder: /Was? man will uns prellen? /Nein, bei Athene, traut nicht! ' [...]“¹¹¹⁾

Hermokrates und das Argument Frieden

In der thukydeischen Rede des Syrakusaners Hermokrates finden sich Hinweise, wie erstrebenswert der Friede sei: Krieg ist eine Last und Friede ist das, was alle einstimmig als das höchste Gut preisen.¹¹²⁾ Er ruft 424 v. Chr. die Griechen in Sizilien auf, sich zu versöhnen, um den bevorstehenden Angriff der Athener abzuwehren, die der ionischen Stadt Leontinoi zu Hilfe kommen. Er betont, dass „niemand [...] aus Unkenntnis gezwungen“ werde, Krieg zu führen, und sich niemand aus Furcht von einem Krieg abbringen lässt, wenn er sich davon nur einen Vorteil erhofft.¹¹³⁾ Die Beendigung des Konflikts zwischen den Poleis würde es ermöglichen, einen Krieg mit Athen abzuwenden und den Frieden zu sichern; dafür müssten allerdings die eigenen Interessen der Rettung Siziliens untergeordnet werden.¹¹⁴⁾ Als Vertreter der Stadt Syrakus, der sich „besser auf Angriff als auf Verteidigung verstehe“, sei er zur „Nachgiebigkeit bereit“,¹¹⁵⁾ und dem sollten sich auch die übrigen Poleis anschließen, denn so werde man ein freies Land bewohnen, das durch fremden Zugriff weniger gefährdet sei und könne in Frieden leben.¹¹⁶⁾ Und tatsächlich gelingt es Hermokrates, die Sizilier zu überzeugen. Sie schließen untereinander Frieden und die Athener segeln unverrichteter Dinge wieder ab.

Die Rede des Hermokrates macht deutlich, dass „Friedensmahnungen [...] dann von Nutzen [sind], wenn der Krieg nicht mehr von Vorteil ist.“¹¹⁷⁾ Allerdings wird, worauf Näf verwiesen hat, deutlich, dass die Entscheidung nicht leicht fällt, denn vielleicht könnten die gleichen Ergebnisse ja auch mittels Krieg erreicht werden.¹¹⁸⁾

Sizilische Expedition

Die zweite Sizilische Expedition, die nach Meier „die Peripetie des [Peloponnesischen] Krieges darstellte“,¹¹⁹⁾ ist ein Beispiel dafür, wie der Gestaltungswille eines Mannes die Bevölkerung zu einem Kriegszug bewegen konnte. Im Winter 416/15 v. Chr. erreichte die Athener ein Hilfesuch der westsizilischen Stadt Segesta.¹²⁰⁾ Nach Entsendung einer athenischen Gesandtschaft nach Sizilien und heftigen Debatten in Athen fasste die Volksversammlung den Beschluss, mit einer Streitmacht unter Alkibiades, Nikias und Lamachos in Sizilien zu intervenieren.¹²¹⁾

Thukydides vermittelt die Stimmung in der Volksversammlung, wo Alkibiades als Befürworter und Nikias als Gegner der Expedition auftreten. Vier Tage nach dem Beschluss kommt es zu einer neuerlichen Debatte über die Sinnhaftigkeit der Intervention in Sizilien. Eindringlich versucht Nikias seine Mitbürger davon zu überzeugen, dass es ihm nicht um die Steigerung seiner „time“ gehe, die ein Feldzug sicherlich mit sich bringen würde, sondern um das Wohl der Polis Athen.¹²²⁾ Nikias erinnert die Athener daran, dass man sich gerade erst von der Seuche und dem (Archidamischen) Krieg erholt habe und nicht dem Rat des Alkibiades folgen solle, der nur seinen persönlichen Vorteil im Sinn habe - nämlich die Mehrung der „time“

und des Besitzstandes.¹²³⁾ Er appelliert an die Älteren unter den Anwesenden, gegen die ehrgeizigen Pläne der Jugend, repräsentiert durch Alkibiades, zu stimmen: „Keiner möge sich schämen [...], als Feigling zu erscheinen, wenn er gegen den Krieg stimmt; seid nicht, wie es jenen vielleicht widerfahren mag, vom unglücklichen Streben nach der Ferne erfüllt, bedenkt, dass durch leidenschaftliche Gier das wenigste gelingt, durch kluge Voraussicht das meiste. Nein, um des Vaterlandes willen, das größere Gefahr als je zuvor wagt, stimmt dagegen und beschließt, die Sizilier sollten sich [...] untereinander vertragen [...].“¹²⁴⁾ Die Aussicht auf Beute und Reichtum, aber vor allem die Rede des Alkibiades, in der er in Erwiderung der von Nikias vorgebrachten Vorwürfe seinen persönlichen Ruhm nicht als schädlich, sondern als nutzbringend für die Polis darstellt, führen zu einer begeisterten Zustimmung zur Sizilischen Expedition.¹²⁵⁾ U.a. argumentierte Alkibiades mit einer präventiven Strategie: „Gegen den Mächtigen wehrt man sich nämlich nicht nur, wenn er angreift, sondern damit er nicht angreift, kommt man ihm zuvor.“¹²⁶⁾ Dazu sei eine aktive Politik unumgänglich, nur so könne sichergestellt werden, dass das Training und die militärische Kenntnis nicht verkümmerten.¹²⁷⁾ Die Ansicht, dass rechtzeitige Rüstung wichtig sei, wird auch von Politikern in der Magna Graecia mehrfach betont, so z.B. von Athenagoras von Syrakus.¹²⁸⁾

Weder Nikias noch Hermokrates sprechen aus pazifistischen Überlegungen gegen den Krieg, sondern weil sie der Ansicht sind, er sei für die Gemeinschaft verderblich.¹²⁹⁾ Dass Krieg auch immer mit dem eigenen Untergang und Tod verbunden sein kann - so ein Herold in einer Tragödie des Euripides -, daran denke bei der Abstimmung keiner, denn „[s]ähe bei der Stimmabgabe jeder seinen Tod vor Augen, ginge niemals Griechenland an Kriegstollheit zugrunde!“¹³⁰⁾ Am Vorabend der Ausfahrt nach Sizilien führt Euripides die „Troerinnen“ auf, in denen das Schicksal der Besiegten, aber auch das Unglück der Sieger gezeigt wird, das die Götter für ihre Untaten über sie bringen.¹³¹⁾ Die drastische Schilderung des Kriegsschreckens ist als Warnung vor der Sizilischen Expedition zu lesen,¹³²⁾ zu der sich die athenische Bürgerschaft entschlossen hatte.

Zusammenfassung

„Und wissen [wir] auch, wie sehr/der Frieden für die Menschen besser ist als Krieg:/Er ist ein treuer Freund der Musen, dann ein Feind/der Rachegeister; freut sich wohlgeratner Kinder/und liebt den Reichtum. Und wir Tore geben all/dies preis, wir wählen Krieg, wir unterjochen den/Geschlagenen, der Mensch den Menschen, Staat den Staat!“¹³³⁾

Neben Historiographen und Dichtern waren es Tragödien- und Komödiendichter, aber auch Philosophen, die sich in der griechischen Antike mit dem Thema Krieg und Frieden beschäftigten. Sie spiegeln damit einen Diskussionsprozess, den sie ihrerseits wiederum beeinflussten und der sich in vielen Äußerungen niederschlug - beispielsweise auch in der Programmatik des Bildschmuckes von Bauten. Es handelte sich nicht ausschließlich um theoretische Überlegungen einiger Intellektueller, denn diese

Themen waren von großem Interesse für weite Teile der Bevölkerung. In ihnen spiegelten sich deren Anliegen und Ängste, und sie wurden reflektiv aufgegriffen.¹³⁴⁾ Da die Entscheidung über Krieg oder Frieden nicht in den Händen einiger weniger lag, sondern von einem großen Teil der männlichen Bevölkerung getroffen wurde, der in die Diskussionen um den politischen Entscheidungsprozess eingebunden war, mussten Politiker das Stimmungspotenzial in der großen Masse nutzen und beeinflussen, um zu dem von ihnen gewünschten Ergebnis zu kommen.

Die Rechtfertigungen und Argumente für geplante militärische Aktionen waren von Krieg zu Krieg verschieden, ebenso die jeweiligen zugrundeliegenden Motive, die vom Wunsch nach Beute und Vergeltung bis hin zu Hegemoniebestrebungen reichten. Nicht immer wird man den Gründen bis ins letzte Detail nachspüren können, eine Folge der manchmal dürftigen Quellenlage.¹³⁵⁾ Die in den Gremien gehaltenen Reden bringen, wie Thukydides selbst thematisiert, methodische Probleme grundsätzlicher Art mit sich, der Historiker musste sie post eventum (re-)konstruieren. Dabei konnte er nur Argumente anführen, die auch von seinen Zeitgenossen als authentisch akzeptiert wurden. Immer wieder lässt er die Redner an die Gefühlswelt der Zuhörer appellieren. Diesen wird eindrücklich vor Augen geführt, dass mit dem geplanten Krieg ein Leben in Frieden erreicht werden kann, bzw. dass erst ein Krieg ein friedliches Leben sichere. Eine wesentliche Voraussetzung dafür stelle eine gut gerüstete Stadt dar. Die Entscheidung über den Krieg lag in den Händen der athenischen Bürger, die sich stark mit ihrer und über ihre Polis identifizierten. Waren die Argumente plausibel und die Bürger stimmten für einen Krieg, so waren es dieselben Männer, die gemeinsam mit ihren Söhnen in den Krieg zogen, d.h., sie stimmten über das eigene Schicksal ab.¹³⁶⁾ Krieg spielte im gesellschaftspolitischen Diskurs wie auch in der Bildersprache eine große Rolle und war für das Selbstverständnis der Polis und ihrer Bürger wesentlich. Besonders die Eliten waren auf kriegerische Erfolge bedacht, die sie auch öffentlich zur Schau stellen konnten und die eine Sicherung ihres Status bedeuteten - Gelegenheiten, die sich in Friedenszeiten kaum ergaben. Krieg um des Friedens willen war ein Argument, das die Bedürfnisse und Wünsche vieler gleichermaßen berücksichtigte und zufriedenzustellen schien. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Polyb. 4,31 (Üs. H. Drexler). Die Übersetzer der antiken Zitate werden jeweils nur bei der ersten Nennung genannt.
- 2) Polyb. 12,25k-26 = Tim. fr. 22. Vgl. auch Thukydides Version der Rede des Hermokrates (Thuk. 4,59-64), in der „Rhetorik und Banalitäten“, wie es Kurt A. Raaflaub: Friedenskonzepte und Friedenstheorien im griechischen Altertum. In: Historische Zeitschrift 290,3/2010, S.593-619 hier 601 nennt, vermieden werden.
- 3) Polyb. 12,26,1; vgl. Plut. Nik. 9,2.
- 4) Lawrence A. Tittle: „Laughing for Joy“: War and Peace among the Greeks. In: Kurt A. Raaflaub (Hrsg.): War and Peace in the Ancient World. Malden M.A., Oxford, Carlton 2007 (= The Ancient World. Comparative Histories) S.172-190 hier 172.
- 5) Hdt. 1,87 (Üs. A. Horneffer).
- 6) Hdt. 1,87.
- 7) Hdt. 1,53; s. auch Hdt. 1,75; Diod. 9,31; Cic. div. 2,115.
- 8) Aristot. Ath. pol. 53,4,7. Jeder männliche Bürger zwischen dem

- vollendeten 18. und 60. Lebensjahr war zum Kriegsdienst verpflichtet, wobei zunächst, aufgrund dessen, dass man die Rüstung selbst stellen musste, nur die ersten drei Vermögensklassen als schwerbewaffnete Hopliten dienten. Die übrigen waren als Ruderer in der Flotte oder als Leichtbewaffnete tätig. S. dazu Jochen Bleicken: Die athenische Demokratie. 4., völlig u. wes. erw. Aufl. Paderborn u.a. 1995, S.141-145 und Ian Worthington: Oral Performance in the Athenian Assembly and the Demosthenic Prooemia. In: Christopher J. Mackie (Hrsg.): Oral Performance and Its Context. Leiden, Boston 2004, S.129-143 hier 132f.
- 9) S. u.a. Gerardo Zampaglione: The Idea of Peace in Antiquity. Translated by Richard Dunn. Notre Dame, London 1973, S.16-130 hier 26; Nathan Spiegel: War and Peace in Classical Greek Literature. Jerusalem 1990; Wilhelm Nestle: Der Friedensgedanke in der antiken Welt. In: Philologus Suppl. 31,1/1938, S.1-79; Raaflaub 2010, a.a.O., S.593-619; Kurt A. Raaflaub: Conceptualizing and Theorizing Peace in Ancient Greece. In: Transactions and Proceedings of the American Philological Association 139,2/2009, S.225-250; Andreas Graeber: Friedensvorstellungen und Friedensbegriff bei den Griechen bis zum Peloponnesischen Krieg. In: ZRG RA 109/1992, S.116-162.
- 10) Hom. Il. 2,797f.; 9,403.
- 11) Hom. Il. 18,490-508 (Stadt in Frieden); 18,509-540 (Stadt im Kriegszustand). Vgl. Hes. ap. 270-313.
- 12) Certamen Homeri et Hesiodi 207ff.
- 13) Hes. theog. 901ff.; erg. 225-246; s. auch Hes. theog. 211-232; erg. 11-26; Apollod. 1,3,1; Diod. 5,72,5.
- 14) Philemon fr. 71 Kock.
- 15) Bakchyl. fr. 4,61-89 Maehler.
- 16) Eurip. Bakch. 419-423, s. auch Eurip. fr. 453 Nauck.
- 17) Pind. Ol. 13,6-8 (Üs. O. Werner). Vgl. Hom. Od. 24,486.
- 18) Die Menschen erhielten von Zeus im Gegensatz zum Tierreich das Recht („Dike“), Hes. erg. 275-278.
- 19) Pind. Ol. 13,6 (Üs. E. Dönt).
- 20) Hes. erg. 225-247.
- 21) Plut. Kim. 13. Während H. A. Shapiro: Personifications in Greek Art. The Representation of Abstract Concepts 600-400 B.C. Zürich 1993, S.45 die Historizität dieser Nachricht in Abrede stellt, sieht Ingeborg Scheibler: Götter des Friedens in Hellas und Rom. In: Antike Welt 15/1984, S.39-57 hier 43, darin ein historisches Ereignis.
- 22) Nep. Timoth. 2,2 (Üs. P. Krafft, F. Olef-Krafft). Vgl. Isokr. 15,110; IG II² 1496 col. 4, fr. A, Zeile 94.
- 23) Paus. 1,8,2; 9,16,2. Die Stiftung der Statue wird meist mit dem Frieden von 375/374 v. Chr. oder 371 v. Chr. in Zusammenhang gebracht. Hans Rupprecht Goette, Jürgen Hammerstaedt: Das antike Athen. Ein literarischer Stadtführer. München 2004, S.144 gehen von einer Errichtung im Jahr 361 v. Chr. aus. S. auch Amy C. Smith: Polis and Personification in Classical Athenian Art. Leiden 2011 (= Monumenta Graeca et Romana, 19), S.110-112; Scheibler, a.a.O., S.48f.; Erika Simon: Für Eirene und Pax. Friedensgöttinnen in der Antike. Stuttgart 1988 (= Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Bd 24, Nr. 3), S.63(13)-66(16).
- 24) Vgl. Amy, a.a.O., S.78.
- 25) S. dazu Rainer Vollkommer: LIMC 3,1 (1986), 702-705, s.v. Eirene. Athene wird in Athen zur Personifikation des Sieges - zur Athena Nike - und erhält einen Tempel auf der Akropolis. Sie ist, wie Scheibler, a.a.O., S.44, betont, trotz ihrer Funktion als Promachos (Vorkämpferin) durch den von ihr gewährten Schutz der Polis zu den Friedensgöttinnen zu zählen. Auch Apollon gilt als Hüter des Friedens.
- 26) S. dazu beispielsweise Kurt A. Raaflaub: Father of All, Destroyer of All: War in Late Fifth-Century Athenian Discourse and Ideology. In: David R. McCann, Barry S. Strauss (Hrsg.): War and Democracy: A Comparative Study of the Korean War and the Peloponnesian War. Armonk, New York, London 2001, S.307-357.
- 27) Alk. fr. 400 Voigt/L.-P. (Üs. J. Latacz).
- 28) Hom. Il. 5,830f. (übertr. H. Rupé).
- 29) Hom. Il. 5,31.
- 30) Hom. Il. 13,298.
- 31) Hom. Il. 5,761.
- 32) Hom. Il. 5,890f. Ares wird in der Ilias u.a. als menschenmordend, verhasst, tränenverursachend, als jemand, der gegen alle wütet, gewaltig, furchtbar, kriegerisch, stürmisch, unersättlich im Kampf, verderblich, jähzornig, mordbefleckt und als jemand, der sich am Blut der Gefallenen sättigt, beschrieben, vgl. z.B. Hom. Il. 4,441; 5,289; 5,518; 5,455; 5,830; 5,846; 5,863; 8,348; 18,309; 20,78; 22,267.
- 33) Hom. Il. 4,440; 13,298f.; 11,37.

- 34) Hom. II. 4,441; vgl. auch Hom. II. 5,518; 20,48; 11,3 u. 11,73.
 35) Hom. II. 18,108.
 36) Hes. erg. 143-155. Das Goldene Zeitalter war von Frieden und Überfluss gekennzeichnet gewesen (Hes. erg. 119-120).
 37) Hes. erg. 11-19 (Üs. O. Schönberger).
 38) A. Schlachter: DNP 1/1996, Sp. 1047-1050 hier 1048 s.v. Ares.
 39) Hes. theolog. 925-926. Zu Athene und Ares s. Susan Deacy: *Athens and Ares. War, violence and warlike deities*. In: Hans van Wees (Hrsg.): *War and Violence in Ancient Greece*. London 2000, S.285-298.
 40) Die männliche Bevölkerung einer eroberten Stadt wird in archaischer und klassischer Zeit getötet, Kinder und Frauen versklavt. Diese Vorgehensweise wird manchmal kritisch thematisiert, vgl. Thuk. 3,48f.; 3,58,3; Xen. Hell. 1,6,14f.; Xen. Ages. 1,21.
 41) Kallinos fr. 1 G.-P. = 1 West = 1 Diehl (Üs. J. Latacz), vgl. Tyr. fr. 6/7 G.-P. = 10 West = 6/7 Diehl; Joachim Latacz: *Kampfpäränese, Kampfdarstellung und Kampfwirklichkeit in der Ilias*, bei Kallinos und Tyrtaios. München 1977 (= *Zetemata*, 66); Carl Werner Müller: *Der schöne Tod des Polisbürgers oder „Ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben“*. In: *Gymnasium* 96/1989, S.317-340 hier bes. 319f.; 324f.
 42) Zur Ehre als soziales Konstrukt Christel Brüggemann: *Die Ehre in Zeiten der Demokratie. Das Verhältnis von athenischer Polis und Ehre in klassischer Zeit*. Göttingen 2006, S.11-39.
 43) Tyr. 9 G.-P. = 12 W. = 9 Diehl (Üs. J. Latacz).
 44) Pind. fr. 110 Snell = 120 Turyn = 99ab Bowra (Üs. O. Werner).
 45) Walther Kraus: *KIP 4/1979*, Sp. 827-829 hier 827, s.v. Phrynichos (3).
 46) Hdt. 6,21. S. dazu Lionel Scott: *Historical Commentary on Herodotus Book 6*. Leiden, Boston 2005 (= *Mnemosyne*, 268), S.126f.
 47) Z.B. Soph. Ai. 1185ff., wo der Chor den Krieg verwünscht.
 48) S. dazu referierend mit weiterführender Literatur Winfried Schmitz: *Die Opfer des Krieges. Xenophon und die Wahrnehmung des Krieges in der griechischen Historiographie*. In: Michael Rathmann (Hrsg.): *Studien zur antiken Geschichtsschreibung*. Bonn 2009 (= *Antiquitas*, Reihe 1, Abhandlungen zur Alten Geschichte, 55), S.55-84 hier 75-79. Johannes Bergmann: *Demos und Thanatos. Untersuchung zum Wertesystem der Polis im Spiegel der attischen Grabreliefs des 4. Jh. v. Chr. und zur Funktion der gleichzeitigen Grabbauten*. München 1997, S.67 weist auf die zurückhaltende Darstellung von Gefühlen auf Grabreliefs. Trauer und Schmerz sind nicht Teil des Bildprogramms.
 49) Z.B. Plat. polit. 271e; Aristot. pol. 1254b31-32; 1333a30-32. Martin Ostwald: *Language and History in Ancient Greek Culture*. Philadelphia 2009, S.70f.; 89 mit Belegen.
 50) Paul Cartledge: *Thermopylae: The Battle that Changed the World*. Woodstock, New York 2006, S.5.
 51) Herakleitos fr. 53 DK (Üs. H. Diels).
 52) Herakleitos fr. 67 DK (Üs. G. S. Kirk, J. E. Raven, M. Schofield).
 53) Raaflaub 2010, a.a.O., S.603. Weder Platon noch Aristoteles haben dem Frieden eine durchgehende Abhandlung gewidmet. Zu Krieg und Frieden bei Platon und Aristoteles s. Ostwald, a.a.O., S.69-89; Spiegel, a.a.O., S.190-212 und Zampaglione, a.a.O., S.54-64.
 54) Ein unbekannter Sophist des späten 5. oder frühen 4. Jh. v. Chr. verfasste ein Enkomion auf Eunomia, die Voraussetzung, um Krieg, Niederlagen und Versklavung zu vermeiden. Recht, gute Ordnung, Befolgung der Gesetze stellen die Voraussetzung für Frieden und Stabilität dar; Anonymus Iamblich 89 DK.
 55) Plat. nom. 829a-c. Vgl. Plat. nom. 803d; 814d; 830cff.; 942b; Ostwald, a.a.O., S.87.
 56) Vgl. dazu Eduard Wölfflin: *Krieg und Frieden im Sprichworte der Römer*. In: *Sitzungsberichte der philosophisch-philologischen und historischen Klasse der k.b. Akademie der Wissenschaften zu München*. Jg. 1888, Bd 1. München 1888, S.197-215, hier 201; A. Otto, *Die Sprichwörter und sprichwörtlichen Redensarten der Römer*. Leipzig 1890, S.54 s.v. bellum; Karl-Wilhelm Welwei: *Si vis pacem, para bellum - eine Maxime römischer Politik?* In: Gerhard Binder, Bernd Effe (Hrsg.): *Krieg und Frieden im Altertum*. Trier 1989 (= *Bochumer Altertumswissenschaftliches Colloquium*, 1), S.85-109 hier 85; Wolfgang Haase: „Si vis pacem, para bellum“. Zur Beurteilung militärischer Stärke in der römischen Kaiserzeit. In: *Akten des XI. Internationalen Limeskongresses*. Budapest 1977, S.721-757 hier 721.
 57) Veg. mil. III, Prologus 8, vgl. Veg. mil. IV 31,3.
 58) Laut Thuk. 4,92,5 wird derjenige, der eine aktive Politik verfolgt, weniger häufig angegriffen. Immer wieder wird die rechtzeitige Kriegsrüstung angesprochen, z.B. Publ. Syr. Sent. 465f.; Veg. mil. IV 31,3; Liv. 6,18,7.
 59) Aen. Tac. Proom. Vgl. Ralf Urbas: *Zur inneren und äußeren Gefährdung griechischer Städte bei Aeneas Tacticus*. In: Hansjörg Kalcyk, Brigitte Gullath, Andreas Graeber (Hrsg.): *Studien zur Alten Geschichte. Siegfried Lauffer zum 70. Geburtstag am 4. Aug. 1981 dargebracht*. Bd III. Rom 1986, S.991-1002.
 60) Aristot. rhet. 1359b34ff. (Üs. Ch. Rapp), vgl. Aristot. pol. 1330b22-1331a 18.
 61) Aristot. pol. 1333b35-1334a16.
 62) S. dazu Ostwald, a.a.O., S.71; 89 mit Belegen.
 63) Plat. nom. 628df.; polit. 470e; Aristot. pol. 1325a5ff.
 64) Aristot. NE 1177b 9 (Üs. E. Rolfes).
 65) Ps.-Plat. def. 413a (Üs. F. Susemihl).
 66) Plat. nom. 626a (Üs. K. Schöpsdau).
 67) Vgl. van Wees, a.a.O., S.38; Christian Meier: *Die Rolle des Krieges im klassischen Athen*. In: *Historische Zeitschrift* 251,3/1990, S.555-605 hier 556f. Anm. 5. Ernst Baltrusch: *Symmachie und Spondai. Untersuchung zum griechischen Völkerrecht der archaischen und klassischen Zeit (8.-5. Jahrhundert v. Chr.)*. Berlin, New York 1994 (= *Untersuchung zur antiken Literatur und Geschichte*, 43), S.93f. Anm. 7, sieht darin die persönliche Meinung des Sprechers.
 68) Bruno Keil: *Eirene. Eine philologisch-antiquarische Untersuchung*. Leipzig: Teubner 1916 (= *Berichte über die Verhandlungen der Königl. Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse Bd 68, H. 4*) hier 7.
 69) Ebenda, S.8.
 70) Z.B. E. Dinkler: *RAC 8/1972*, Sp. 434-505 hier 435, s.v. Friede; Jean-Pierre Vernant: *Mythos und Gesellschaft im alten Griechenland*. Frankfurt am Main 1987, S.27; Michael M. Sage: *Warfare in Ancient Greece. A Sourcebook*. London, New York 1996, S.129. Weitere Belege bei Baltrusch, a.a.O., S.92 Anm.1 u. 2.
 71) van Wees, a.a.O., S.38f., dem Simon Hornblower: *Warfare in Ancient Literature: The Paradox of War*. In: Philip Sabin, Hans van Wees, Michael Whitby (Hrsg.): *The Cambridge History of Greek and Roman Warfare. Vol.1: Greece, the Hellenistic World and the Rise of Rome*. Cambridge 2007, S.22-53 hier 27, folgt. Ablehnend z.B. Nestle, a.a.O., S.75; Hermann Bengtson: *Zwischenstaatliche Beziehungen der griechischen Städte im Klassischen Zeitalter*. In: *Kleine Schriften zur Alten Geschichte*. München 1974, S.212-221 hier 214; Meier, a.a.O., S.588, 561f.; Baltrusch, a.a.O., S.92-94 u. 94 Anm. 11 mit Belegen. Hans-Joachim Gehrke: *Jenseits von Athen und Sparta. Das Dritte Griechenland und seine Staatenwelt*. München 1986, S.53 betont: „Nicht der Zustand, sondern die Gefahr des Krieges war [...] permanent.“
 72) Vgl. Victor Alonso: *War, Peace and International Law in Ancient Greece*. In: Kurt A. Raaflaub (Hrsg.): *War and Peace in the Ancient World*. Malden M.A., Oxford, Carlton 2007 (= *The Ancient World. Comparative Histories.*), S.206-225 hier 215. Berechnungen, nach denen Athen zwischen den Perserkriegen und dem Peloponnesischen Krieg in zwei von drei Jahren in irgendeiner Form in Krieg verwickelt gewesen sei, sprechen nach Ansicht einiger Autoren dafür, Krieg als ubiquitäres Phänomen in der Antike zu sehen. Doch diese Ansicht sei durch das Interesse der antiken Historiographen am Thema Krieg - laut Arnold J. Toynbee: *Greek Historical Thought*. rep. London 1950, XI haben vier Fünftel der auf uns gekommenen Geschichtswerke Krieg zum Inhalt - stark verzerrt, so Hornblower, a.a.O., S.23. Vgl. Kurt A. Raaflaub: *Introduction: Searching for Peace in the Ancient World*. In: Kurt A. Raaflaub (Hrsg.): *War and Peace in the Ancient World*. Malden M.A., Oxford, Carlton 2007 (= *The Ancient World. Comparative Histories.*), S.1-33 hier 9.
 73) Vgl. Alonso, a.a.O., S.209, 215; Baltrusch, a.a.O., S.94.
 74) Vgl. Raaflaub 2010, a.a.O., S.604; E. Olshausen; H. Billet (Hrsg.): *Antike Diplomatie*. Darmstadt 1979 (= *Wege zur Forschung*, 462); Frank E. Adcock, Derek J. Mosley: *Diplomacy in Ancient Greece*. New York, London 1975.
 75) Xen. Hell. 6,3,6 (Üs. G. Strasburger).
 76) Vgl. dazu Graeber, a.a.O., S.120.
 77) Vgl. Raaflaub 2007, a.a.O., S.11; Bernd Effe: *Krieg und Frieden in der griechischen Literatur: das Beispiel der Ilias*. In: Gerhard Binder, Bernd Effe (Hrsg.): *Krieg und Frieden im Altertum*. Trier 1989 (= *Bochumer Altertumswissenschaftliches Colloquium*, 1), S.9-26 hier 10.
 78) Bereits in der Ilias heißt es: „Der Krieg sei Sorge der Männer“ (Hom. II. 6,492).
 79) Raaflaub 2007, a.a.O., S.11. Für Rom s. John Rich: *Warfare and external relations in the middle Roman Republic*. In: Anja V. Hartmann, Beatrice Heuser (Hrsg.): *War, Peace World. Orders in European History*. London, New York 2001, S.62-71 hier 66.
 80) Vgl. Meier, a.a.O., S.595. S. auch Michael Sommer: *Krieg im Altertum als soziales Handeln*. In: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*

- 59,2/2000, S.297-322 hier 310; Louis Rawlings: Warfare. In: Andrew Erskine (Hrsg.): A Companion to Ancient History. Chichester 2009, S.531-541 hier 532f.
- 81) Schmitz, a.a.O., S.69. Die Epheben schwören im Rekruteneid, das Gebiet der Polis nicht nur zu verteidigen, sondern auch zu vergrößern, HGIÜ I, Nr., 40; Peter Siewert: Der athenische Rekruteneid verglichen mit dem österreichischen Treuegelöbnis. In: Ingomar Weiler (Hrsg.): Berichte vom 1. Österr. Althistorikertreffen. Graz 1983, S.24-28.
- 82) Zum Stellenwert des Krieges im Athen des 5. Jh. v. Chr. s. Meier, a.a.O., bes. S.590-593. Joseph Roisman: The Rhetoric of Manhood. Masculinity in the attic Orators. Berkeley, Los Angeles 2005, S.105-116 zeigt, dass die Hopliteneideale und -ideologie in der 2. Hälfte des 4. Jh. v. Chr. grundlegend blieben und es zu keiner Änderung in der Einstellung kam. 83) Vgl. Thuk. 2,35-46; Kritik daran bei Plat. Menex. 234c-235b.
- 84) Z.B. Aischylos' „Perser“, Euripides' „Troerinnen“ oder Aristophanes' „Acharner“, „Eirene“, „Lysistrate“. Zum Kriegerbild in der Tragödie s. Matthias Recke: Gewalt und Leid. Das Bild des Krieges bei den Athenern im 6. und 5. Jh. v. Chr. Istanbul 2002, S.163-210. Zu Aristophanes Hans-Joachim Newiger: War and Peace in the Comedy of Aristophanes. In: Yale Classical Studies 26/1980, S.217-237.
- 85) Vgl. dazu Kai Trampedach: Platon, die Akademie und die zeitgenössische Politik. Stuttgart 1994 (= Hermes Einzelschriften, 66), S.125-138 mit Quellenbelegen. Im Umkreis von Philosophen findet man eine Reihe jugendlicher Personen aus der Elite, so ist z.B. Alkibiades Schüler des Sokrates.
- 86) S. Thuk. 1,24-87. Zum Megarisches Psephisma s. Aristoph. Ach., 496ff.; Diod. 12,38-40; Plut. Per. 29.
- 87) Thuk. 1,23,6; 1,88.
- 88) Thuk. 1,71,3. Vgl. Paula Debnar: Speaking the Same Language: Speech and Audience in Thucydides Spartan Debates. Ann Arbor 2001, S.30-54.
- 89) Thuk. 1,22,1 (Üs. H. Vretska, W. Rinner). Zu den Reden bei Thucydides s. Christopher Pelling: Thucydides Speeches. In: Jeffrey S. Rusten (Hrsg.): Oxford Readings in Classical Studies Thucydides. Oxford 2009, S.176-187.
- 90) Thuk. 1,80,1. S. dazu Gregory Crane: Thucydides and the Ancient Simplicity. The Limits of Political Realism. Berkeley, London 1998, S.199-211; Debnar, a.a.O., S.59-69.
- 91) Thuk. 1,80-85.
- 92) Thuk. 1,86,5.
- 93) Thuk. 1,120-124.
- 94) Thuk. 1,120,3.
- 95) Thuk. 1,124,2.
- 96) Thuk. 1,125,1.
- 97) Vgl. Donald Kagan: The Outbreak of the Peloponnesian War. Ithaka 1969 [rep. 1989], S.355f.
- 98) Thuk. 2,46,2-3; 2,54,1; 2,55,1; 2,57; Plut. Per. 34. Zur Seuche s. Karl-Heinz Leven: Thucydides und die „Pest“ in Athen. In: Medizin-historisches Journal 26,1/2/1991, S.128-160, bes. 144-147 (demographische Folgen).
- 99) Thuk. 2,59,1-2. Auch in den Komödien ist Perikles Angriffen ausgesetzt, so z.B. bei Telekleides fr. 42-44 K; Hermippos Moirai fr. 46 K oder in Aristophanes' „Acharnern“ und „Eirene“. S. dazu Joachim Schwarze: Die Beurteilung des Perikles durch die attische Komödie und ihre historische und historiographische Bedeutung. München 1971 (= Zetemata, 51).
- 100) Thuk. 2,60-64.
- 101) Thuk. 2,61,1. Perikles präsentiert sich als jemand, der sich nicht aus Bereicherungsabsicht und persönlichem Prestigezuwachs für die Polis einsetzt, sondern aus Loyalität. Für Karl-Wilhelm Welwei: Das Problem des „Präventivkrieges“ im politischen Denken des Perikles und des Alkibiades. In: Gymnasium 79,4/1979, S.289-305 hier 294 unterstreicht hier Thucydides, dass Athen keine Wahl mehr hatte.
- 102) Thuk. 2,65,2.
- 103) Meier, a.a.O., S.582.
- 104) Plut. Per. 38.
- 105) Aus dem 5. Jh. v. Chr. sind lediglich zwei Vasen mit Darstellungen der Eirene bekannt, vgl. Smith, a.a.O., S.78; Vollkommer, a.a.O., S.704. Zu den Komödien und Tragödien s. Zampaglione, a.a.O., S.71-90.
- 106) Krieg und Frieden werden auch im Stück „Lysistrate“ des Aristophanes (411 v. Chr.) oder in den „Hiketiden“ und den „Troerinnen“ des Tragödiendichters Euripides thematisiert.
- 107) Für Smith, a.a.O., S.19, verkörpert Eirene sowohl eine Vegetationsgottheit als auch die politische Idee des Aristophanes.
- 108) Aristoph. Pax 520-526.
- 109) Aristoph. Pax 1198-1264; s. auch Aristoph. Pax 545-547. Simon, a.a.O., S.61(11) sieht die Komödie als „ein Zeichen für die Popularität der Friedensgöttin bei den unteren Schichten von Attika im Peloponnesischen Krieg“.
- 110) Hinweis in einer antiken Aristophanes-Biographie, s. dazu Smith, a.a.O., S.19.
- 111) Aristoph. Pax 211-219 (übertr. L. Seeger).
- 112) Thuk. 4,59,2; 4,62,2. Die Größe des Peloponnesischen Krieges misst Thucydides (1,23) an der Größe des Leides. Für Focke Tannen Hinrichs: Hermokrates bei Thucydides. In: Hermes 109,1/1981, S.46-59 hat Thucydides Hermokrates als positives Gegenbild zu Alkibiades geschaffen.
- 113) Thuk. 4,59,2.
- 114) S. dazu Beat Näf: Vom Frieden reden - den Krieg meinen? Aspekte der griechischen Friedensvorstellungen und der Politik des Atheners Eubulos. In: Klio 79,2/1997, S.317-340 hier 326.
- 115) Thuk. 4,64,1.
- 116) Thuk. 4,64,5.
- 117) Näf, a.a.O., S.326.
- 118) Vgl. ebenda, S.326.
- 119) Meier, a.a.O., S.582.
- 120) Thuk. 6,6.
- 121) Vgl. Thuk. 6,1; 6,8-25; Diod. 12,82,3-84,4; Plut. Nikias 12f.; Plut. Alk. 17-21; IGI² 98, 99; IGI³ 93. Vgl. z.B. Loretana de Libero: Antike Wege in den Krieg. In: Bernd Wegner (Hrsg.): Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten. Paderborn u.a. (= Krieg in der Geschichte 4), S.25-44 hier 30-38.
- 122) Thuk. 6,9,2f.
- 123) Thuk. 6,12.
- 124) Thuk. 6,13,1. S. dazu Simon Hornblower: A Commentary on Thucydides. Vol. III. Oxford, S.334ff.
- 125) Thuk. 6,15,1. Thuk. 6,24,3. Vgl. Welwei 1979, a.a.O., S.303.
- 126) Thuk. 6,18,2.
- 127) Thuk. 6,18,6f.
- 128) Thuk. 6,36-40. Vor Athenagoras mahnte Hermokrates zur Rüstung (Thuk. 6,33,3; 6,34,1; 6,34,9), aber auch ein namenloser Feldherr (Thuk. 4,41,3).
- 129) In diesem Sinne auch de Libero, a.a.O., S.33f.
- 130) Eurip. Suppl. 482-484 (übertr. D. Ebener).
- 131) Vgl. Eurip. Tr. 96-98.
- 132) Vgl. Nestle, a.a.O., S.20.
- 133) Eurip. Suppl. 487-493.
- 134) Vgl. dazu Raaflaub 2010, a.a.O., S.614.
- 135) S. dazu de Libero, a.a.O., S.25f. mit Anm. 2 mit Literaturangaben.
- 136) Eine Änderung tritt erst im 4. Jh. v. Chr. ein, wo die Kriege größtenteils von Söldnern geführt wurden.



Mag. Dr. Ursula Lager

Geb. 1978; Studium der Geschichte und Angewandten Kulturwissenschaften (Kulturmanagement) an der Karl-Franzens-Universität Graz; derzeit Mitarbeiterin an den Studiengängen Informationsdesign, Ausstellungsdesign, Communication, Media and Interaction Design der FH JOANNEUM Graz; Lektorin am Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde der Karl-Franzens-Universität Graz; Forschungsschwerpunkte: Alltags- und Mentalitätsgeschichte insbesondere zu antiken Randgruppen und Außenseitern und zur Geschichte moderner Alltagsgegenstände, antike Militär- und Wirtschaftsgeschichte.

Die Friedensspirale: Der lange Marsch zum Ziel?

Klaus Zapotoczky

Blitzkriege können oft rasch und für die „Angreifer“ relativ erfolgreich beendet werden, ein lang andauernder Friede entsteht dadurch in der Regel nicht.

Krieg wird als die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln,¹⁾ in der Regel mit Gewaltmitteln, bezeichnet. Meist wird durch Kriege kein lange dauernder Friede erreicht. Friede ist ein lang dauernder Prozess, der sowohl menschen- und umweltfreundliche Haltungen möglichst vieler Menschen, v.a. aber der Verantwortlichen der verschiedenen Bereiche aller Ebenen, als auch Strukturen erfordert, die ein friedliches Miteinander fördern und nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen.

Im Folgenden wird zunächst auf die Bedeutung friedensfördernder Strukturen in allen Bereichen hingewiesen, dann auf die Stufenleiter der Eskalation von Konflikten nach Glasl eingegangen und zuletzt werden Möglichkeiten friedensfördernder Maßnahmen behandelt, die auf den verschiedenen Handlungsebenen unterschiedliche Formen annehmen können, letztlich aber bestimmte Elemente gemeinsam haben.

Aufbau friedensfördernder Strukturen

Frieden fördernde Strukturen entwickeln sich nicht von selber, wir müssen sie schaffen.²⁾ Stéphane Hessel hat wesentlich dazu beigetragen, dass es zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kam, und es wurde im Zusammenhang mit der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte in der Präambel darauf hingewiesen, dass die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen seien, „damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen“.³⁾ Diese Herrschaft des Rechts ist heute in vielfältiger Form gefährdet, und ein Bremsen der Spirale der Gewalt ist nur durch einen dauernden Einsatz im Sinne einer Deeskalation der Gewalt und für den Aufbau von Recht und Gerechtigkeit im Sinne der Menschenrechte und durch die Verwirklichung von Spiralen des Friedens in allen Bereichen zu erreichen.

In diesen Friedensschaffungsprozess der kleinen Schritte werden Geld, Mittel- und Personaleinsatz einzubringen sein, wie schon John F. Kennedy mit der Gründung des Peace Corps, aber auch der österreichische Entwicklungsdienst in beispielhafter, aber leider theoretisch zu wenig vorbereiteter und begleiteter Weise Ende der 1950er-Jahre versucht haben. Einen interessanten Einblick in die Vielfalt der geleisteten Einsätze gibt die mit Hilfe der Einsatzorganisation Horizont 3000, der Nachfolgeorganisation des Österreichischen Entwicklungsdienstes (ÖED), und mit Unterstützung des Landes

Oberösterreich und der Diözese Linz herausgegebene Dokumentation über 50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit.⁴⁾ Bis heute sind diese Erfahrungen nicht in systematischer Weise aufgearbeitet.

Wie lange es dauert, bis Verletzungen Friedensaktivitäten folgen, zeigte die Rede des US-Präsidenten Barack Obama anlässlich des zehnten Jahrestages des Terroranschlags auf das World Trade Center 2011, in der der amerikanische Präsident - vielleicht auch beflügelt durch die Verleihung des Friedensnobelpreises - erklärte, dass nach zehn Jahren Antiterrorkrieg nun am Aufbau des Friedens gearbeitet werde.⁵⁾ Wie tief allerdings der Schock der Terror-Anschläge in den USA 2001 in der Bevölkerung und bei den Verantwortlichen sitzt, machen die illegitimen Aktionen deutlich, die in jüngster Zeit von Edward Snowden aufgezeigt wurden und zum peinlichen Stopp von Evo Morales am Flughafen Schwechat am 3. Juli 2013 geführt haben. Ein - zukunftsweisendes - Umdenken in den USA ist dringend notwendig und muss systematisch vorbereitet werden.

Heute wird immer deutlicher, dass wir alle, Frauen und Männer, Junge und Alte, Menschen der verschiedenen Kulturen, Rassen, Sprachen und Religionen usw., mit unseren unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Zukunftsvorstellungen „im gleichen Boot sitzen“ und entweder miteinander friedlich zusammenleben lernen müssen oder gemeinsam untergehen werden. Friedliches Zusammenleben kann und will gelernt sein. Wo sind die entsprechenden Lehrer und wo die lernbereiten Schüler? Zusammenleben gelingt überall dort besser und dauerhafter, wo Menschen gemeinsame Ziele haben und wo diese Ziele umfassend sind. In isolierten Teilgesellschaften und unter beschränkten Perspektiven können sich heute Leben im Allgemeinen und Zusammenleben im Besonderen nur schwer oder beschränkt entwickeln. Offenes, weltweites und umfassendes Denken und Handeln fördern ein Leben in Fülle, das (direkt oder indirekt) von immer mehr Menschen ersehnt wird,⁶⁾ aber zum heute meist praktizierten kurzfristigen Profitdenken im Widerspruch steht.

Friedliches Zusammenleben in einer Situation wachsender Pluralisierung und unter den Anforderungen einer zunehmenden Globalisierung ist eine große Herausforderung und wird nur schrittweise erreichbar sein. Ein umfassendes und vollkommenes friedliches Zusammenleben wird nie (völlig) erreicht werden können, muss aber immer wieder angestrebt werden. Auf allen Lebensebenen (vom Individuum bis zur Weltebene) wird eine Förderung des Friedens anzustreben sein, der in einen „ewigen Frieden“ einmünden sollte, wie Kant dies für das Zusammenleben der Völker als Realutopie angestrebt hat.⁷⁾

Stufenleiter der Eskalation von Konflikten (nach Glasl)

Friedrich Glasl hat eine Stufenleiter der Eskalation von Konflikten entwickelt,⁸⁾ die um eine Konfliktbearbeitung im Sinne einer Friedensspirale erweitert werden soll. Diese Stufenleiter der Eskalation von Konflikten wurde und wird v.a. in den Mikro- und Meso-Bereichen gesellschaftlichen Zusammenwirkens und in vielen konkreten Bereichen der Mediation mit großem Nutzen verwendet. Leider wurden die vielen positiven Ansätze von Konfliktbearbeitung nicht so systematisch und plakativ dargestellt. An Beispielen wird dies im Folgenden im Anschluss an Glasl versucht und zur weiteren Verwendung empfohlen. Jeder Konflikt, der nicht eskaliert, sondern für alle Beteiligten akzeptabel geregelt werden kann, ist ein positiver Meilenstein.

Glasl unterscheidet folgende neun Stufen der Konflikteskalation und meint, dass ab der siebenten Stufe eine gemeinsame Konfliktregelung kaum mehr möglich ist:

1. Verhärtung
2. Debatte
3. Taten
4. Images, Koalitionen
5. Gesichtsverlust
6. Drohstrategien
7. Begrenzte Vernichtungsschläge
8. Zersplitterung
9. Gemeinsam in den Abgrund

Verhärtung

Als Gegenstrategie bzw. als Verhaltensweise, die eine gemeinsame Konfliktregelung begünstigt, ist eine beziehungsfreundliche, vertrauensstiftende Haltung günstig. Haltungen, die ein Auf-Stur-Schalten vermeiden helfen bzw. positive Anknüpfungspunkte herstellen, sind zu fördern. Gewisse „Klein-Tugenden“ erleichtern solche Haltungen wie Höflichkeit, Freundlichkeit, Bescheidenheit, Anspruchslosigkeit. Allerdings müssen solche Kleintugenden entsprechend eingeübt werden. Ohne Verhärtungen wird es in der Regel nicht oder zumindest seltener zur zweiten Stufe, den Streit-Debatten, kommen.

Streit-Debatten

Jeden Streit zu vermeiden, wird nicht möglich und auch nicht sinnvoll sein. Aber „gepflegt Streiten“ kann und muss man lernen. In vielen Bereichen gibt es eine interessante Streitkultur. In Österreich kennen wir die befriedende Einrichtung der Sozialpartnerschaft, die sowohl aus pragmatischen Gründen als auch wissenschaftlich fundiert entwickelt wurde⁹⁾ und nach wie vor gute Erfolge aufweist. Auch in vielen Familien und Betrieben gibt es friedvolle Auseinandersetzungen, und es gelingt in der Regel, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang das Bemühen, mögliche Streitpunkte nicht unter den Teppich zu kehren, d.h. unbehandelt zu lassen, sondern offen anzusprechen. Probleme oder offene Fragen sind aufzugreifen und möglichst aus der Welt zu schaffen. Auch kleine Glutnester können zu einem Großbrand führen, wenn sie zu lange unbeachtet bleiben. Schnelle und wirksame

Mediation nimmt in vielen Lebensbereichen zu.¹⁰⁾

Gesprächsbereitschaft und Gesprächsfähigkeit sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig und sollten rechtzeitig entwickelt und auch entsprechend institutionalisiert werden. Häufige Kontakte verbessern dabei in der Regel die Beziehungsqualität.¹¹⁾

Feindselige Akte, unfreundliche Taten

Mit der Ausdrucksweise „Wenn Worte nichts mehr nützen, muss man Taten setzen“, lässt sich diese Eskalation gut beschreiben. Den Handlungspartner zwingen, ihm durch Taten zeigen, dass es einem ernst ist, stellt oft die - nicht selten verzweifelte - Haltung dessen dar, der sich anders nicht zu helfen weiß. Sabotage-Akte - welcher Art auch immer - oder Illoyalitäten verschiedener Qualitäten schädigen in der Regel die - immer vorhandenen - gemeinsamen Interessen. Allerdings sind diese Interessen auch immer wieder auf ihre Qualität und Tragfähigkeit für eine gemeinsame Zukunft zu hinterfragen. Ein (gutes) Leben in der Gegenwart auf Kosten anderer oder zukünftiger Generationen ist keine rechtfertigbare Zielsetzung. Über Generationengerechtigkeit wird nachhaltiger und entschiedener nachzudenken sein.¹²⁾

Diese gemeinsamen Interessen wahrzunehmen, nicht kleinzureden und - nach Möglichkeit - zu entwickeln, stellt eine wichtige Aufgabe dar und hilft, schädigende Taten - doch - nicht zu setzen. Auch eine starke Zukunftsorientierung, die in Gesellschaften mit zahlenmäßig geringer werdender Bevölkerung schwerer zu entwickeln ist, fördert diese gemeinsamen Interessen. In zahlreichen Betrieben und vielen Familien herrscht - glücklicherweise - eine Haltung des „Bei uns tut man so etwas nicht“ vor und hilft so dabei mit, eine Feindseligkeitseskalation zu stoppen bzw. ihr keine Nahrung zu geben.

Images, Koalitionen

Oft wird - parallel zu den Streitdebatten und den feindseligen Akten - versucht, das Ansehen des anderen zu mindern, ihn - oft aus dem Wunsch heraus, selber größer oder wichtiger zu erscheinen - schlecht zu machen, „klein“ zu reden, was oft bewirkt, dass v.a. das mögliche Gemeinsame tatsächlich geschädigt bzw. beeinträchtigt wird. Leider sind oft auch nur Werbegags oder wirksame „politische Sager“ der Grund, andere und anderes schlecht zu machen. Oft werden gemeinsame Freunde, Geschäftspartner oder Anhänger vor eine Art Wahl gestellt: Für mich oder für den anderen, und oft ziehen sich diejenigen, die beide nicht „verlieren“ wollen, tatsächlich von beiden zurück, sodass insgesamt viel Kooperationspotenzial verloren geht. Dieses gemeinsame Kooperationspotenzial rechtzeitig zu erkennen ist eine wichtige friedensfördernde Aufgabe. Oft werden sowohl das Image als auch die Koalitionsmöglichkeiten bzw. die möglichen Schädigungen von beiden Streitpartnern nicht ausreichend gesehen und exponieren sich die Beteiligten in der Ablehnung des - vermeintlichen - Gegners und nicht mehr potenziellen Kooperationspartners so sehr, dass sie annehmen, ihren „Streitweg“ fortsetzen zu müssen, weil eine Rückkehr zur Gemeinsamkeit nicht mehr möglich erscheint.

Gesichtsverlust

In einer bestimmten Phase der (feindseligen) Auseinandersetzungen glaubt eine oder mehrere der Streitparteien, (ohne Gesichtsverlust) nicht mehr anders zu können, als ernst zu machen und deutlich zu zeigen (wobei sich die Formen dieser Deutlichkeiten in interessanter Weise unterscheiden können), dass das Verhalten der Gegenpartei(en) nicht akzeptabel ist. In den verschiedenen Kulturen wird „Gesichtsverlust“ unterschiedlich eingeschätzt, aber überall wird er als negativ wahrgenommen und soll vermieden werden. Jemand, der ein Image der Freundlichkeit und Nicht-Aggressivität hat, wird viel mehr zu verlieren haben, wenn er hart bleibt und Konsequenz zeigt, und eine wankelmütige Haltung kann einem anderen besonders vorgeworfen werden, wenn sein Image das eines entschlossenen und konsequenten Menschen ist. So kann sehr Verschiedenes zu einem besonderen Gesichtsverlust führen. Jeder, der als besonders konfliktfähig gilt, wird mit Konfliktregelungen der unterschiedlichsten Art wahrscheinlich die geringsten Probleme haben. Ein solcher konfliktfähiger Mensch kann aber jeder werden. Allerdings nicht von heute auf morgen, sondern in langem, kontinuierlichem Bemühen.

Gesichtsverlust hängt eng mit dem Menschenbild zusammen, das der jeweilige Mensch für sich und andere entwickelt hat.¹³⁾ Außerdem ist auch darauf zu achten, wie die Menschen die für sie relevanten Menschenbilder zu verwirklichen trachten und welchen Stellenwert sie den Gewaltmitteln und ihrer Handhabung zuschreiben. Gleichzeitig ist zu beachten, was getan werden kann und soll, wenn unterschiedliche Menschenbilder aufeinandertreffen.

Drohstrategien

Die Beurteilung von physischer, psychischer oder sozialer Gewalt durch die betroffenen Personen und Gruppen ist ausschlaggebend für ihr potenzielles und reales Drohpotenzial und dessen tatsächliche Umsetzung. „Bellende Hunde beißen nicht“ wird oft gesagt und Drohgesten werden daher oft nicht ernst genug genommen. Wenn auch der Weg vom Gedanken über das Wort zur Tat bei unterschiedlichen Menschen sehr verschieden lang sein kann, muss doch damit gerechnet werden, dass Drohungen auch Taten folgen und dass mit solchen Taten Fakten geschaffen werden, die kaum mehr aus der Welt zu schaffen sind. Manche Drohungen können auch erpresserische Formen annehmen. Aber auch gewaltfreie Aktionen können eine nachhaltige Wirkung zeigen,¹⁴⁾ v.a. wenn sie wirksam vielen Menschen vermittelt werden.¹⁵⁾

Irreparable Eskalationsstufen

Glasl meint, dass ab den „begrenzten Vernichtungsschlägen“, also ab Stufe 7, eine gemeinsame Konfliktregelung in der Regel nicht mehr möglich ist und dass die Gefahr des gemeinsamen Untergangs quasi vorprogrammiert ist. In Einzelfällen wird dies immer wieder passieren, dass Konfliktparteien „gemeinsam in den Abgrund“ gehen, und dies wird auch - wenn es zu spät bewusst wird - nicht zu verhindern sein. Daher ist immer den Anfängen zu wehren, und deshalb muss durch das Finden von Gemeinsamkeiten, den Aufbau von Vertrau-

en, durch das Wahrnehmen von Verantwortung durch jeden Beteiligten und anderes mehr allen Zerwürfnissen entgegengearbeitet und Zusammenarbeit¹⁶⁾ gefördert werden. Diese Quasi-Resignation von Glasl mag für die praktische Arbeit von Konfliktberatern im zivilen Bereich sinnvoll erscheinen, im gesellschaftlichen und militärischen Bereich ist sie unbefriedigend. Oft sind nach kriegesischen Handlungen oder nach einer wirksamen Trennung der Streitparteien Frieden bewirkende Maßnahmen von größter Bedeutung und müssen insbesondere diejenigen (Teile der) Streitkräfte, die internationale Friedenseinsätze leisten sollen - und hier hat Österreich eine große und wichtige Aufgabe - so ausgebildet sein, dass sie sich einerseits ausreichend gegen Gewalttätigkeiten entsprechend wehren (können) und andererseits in der Lage sind, mit allen Streitparteien (gute) Kontakte zu knüpfen und diese schrittweise auszubauen. Bald nach dem Zweiten Weltkrieg hat der große österreichische Historiker Friedrich Heer auf die Wichtigkeit des Gesprächs, insbesondere eines Gesprächs der Feinde,¹⁷⁾ aufmerksam gemacht und die Jugend, v.a. die akademische Jugend, zu einem europäischen Gespräch aufgefordert.¹⁸⁾ Miteinander reden ist auf allen Ebenen - vom Individuum bis zur Weltebene - eine Notwendigkeit geworden,¹⁹⁾ sodass die zur Zeit noch üblichen diplomatischen Gepflogenheiten, v.a. die Reduktion der (offiziellen) Kontakte bei wichtigen Meinungsverschiedenheiten, dringend einer Revision bedürfen, weil sie aus einer anders strukturierten Zeit stammen und heute oft keinen Sinn mehr machen.

Aufbau friedensfördernder Maßnahmen

Entscheidend wird es sein, ob und wie es gelingt, v.a. im gesellschaftlichen Makro-Bereich und hier v.a. auf kontinentaler und weltweiter Ebene, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen, fördern und laufend verwirklichen helfen.

Folgende Schritte der Entwicklung einer Friedensspirale erscheinen notwendig:

- Feststellen der Betroffenen und der Art der Betroffenheit;
- Entwicklung von Maßnahmen, wie die jeweilige Art der Betroffenheit überwunden werden kann;
- Kommunikation zwischen den Betroffenen aufbauen;
- vertrauensbildende Maßnahmen schaffen;
- gemeinsame Ziele entwickeln;
- Kooperationen auf allen Ebenen planen, durchführen und über die Ergebnisse gemeinsam verfügen.

Bei der Verwirklichung dieser Ansätze wird es entscheidend sein, ob es gelingt, in einer Gesellschaft ausreichend viele Menschen für den Friedensdienst vorzubereiten. V.a. in der Schweizer Armee hat man sich Gedanken darüber gemacht, wie die Soldaten zugleich zu Kämpfern und Friedensstiftern ausgebildet werden können und wie das entsprechende Training dafür auszusehen hat.

Feststellung der Betroffenen und der Art der Betroffenheit - Entwicklung erster Aufbaumaßnahmen

In der Regel muss eine Situation genau erfasst werden, um zu wissen, wer (direkt oder indirekt) von ihr betroffen ist und um welche Betroffenheit es sich handelt. Wir kennen die Positionen des „lachenden“ bzw. „weinenden“ Dritten, aber wenn wir Zusammenhänge perspektivisch betrachten, d.h. auch die Folgen, die aus Situationen resultieren (können) ins Auge fassen, wird die Liste der (potenziellen) Betroffenen auf den verschiedenen Ebenen immer größer, und auch jede Mangelsituation bzw. Überfluss- oder Vergeudungssituation hat ihre spezifischen Konsequenzen und Betroffenheiten.²⁰⁾

Aus dieser Sachlage heraus wird deutlich, dass eine möglichst präzise Lageerfassung notwendig ist. Armin Pongs hat im Anschluss an 24 berühmte Sozialwissenschaftler versucht, der Frage nachzugehen: „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“²¹⁾ Aus den vielen Antworten ist zu ersehen, dass die Situation einer werdenden Weltgesellschaft sehr komplex ist und sehr unterschiedlich gesehen werden kann. Daraus resultieren einerseits die Notwendigkeit, besonders wichtige und aktuelle Aspekte gemeinsam zu ermitteln, und andererseits die Aufgabe, Wege einer wirksamen Kooperation zu finden, die die Nachteile der gegebenen Situation verringern und hoffnungsreiche Zukunftsszenarien für alle entwickeln hilft.

Die Fixierung der acht Millenniumsziele durch die UNO-Generalversammlung²²⁾ war ein wichtiger und gut brauchbarer Schritt einer weltweiten Feststellung von Bereichen, in denen gemeinsames Handeln erforderlich ist. Dabei sind interne Zusammenhänge der Betroffenheitsarten, die Unterschiede in der subjektiven und objektiven Betroffenheitswahrnehmung und die unterschiedlich gesehenen Zukunftsansichten sehr wichtig, wobei Lepenies schon früh die Gefahr einer Remelancholisierung und damit einer Lähmung Europas gesehen hat,²³⁾ obwohl die Kombination von Energie und Dynamik seit der Antike in Europa für ungeahnte Entwicklungen sorgte und einen Sonderweg Europas mitbegründete.²⁴⁾ Heute gibt es viele pessimistische Stimmen hinsichtlich der Entwicklung Europas,²⁵⁾ die auf früheren Warnungen vor dem Weg in die Gewalt aufbauen hätten können.²⁶⁾ Aber es gibt auch verschiedene Ansätze, die Zukunftsperspektiven aufzeigen.²⁷⁾

Die Basis für die Überlegungen, was - weltweit - zu tun ist, muss die Frage nach den Bedürfnissen der Menschen stellen, wobei den Grundbedürfnissen der Menschen sicherlich ein besonderer Stellenwert zukommt. Aber wie Abraham Maslow gezeigt hat,²⁸⁾ sind auch andere Bedürfnisse der Menschen zu beachten. Aber über Maslow hinaus bzw. im Anschluss an seine späteren Überlegungen muss auch den Sinnfragen der Menschen (in ihren unterschiedlichen Formen) nachgegangen werden.

Das erste Millenniumsziel „Die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger“ deckt einen Teil der Grundbedürfnisse ab und ist daher zu begrüßen, aber es muss klar sein, dass die Grundbedürfnisse vielfältiger sind: Reine Luft und reines Wasser werden rar und sollten allen garantiert werden, Schutz vor Hitze und Kälte, Regen und Wind und entsprechende Wohnmöglichkeiten sind nicht für alle Menschen gesichert und stellen eine Grundaufgabe dar.

Nur wer selbst bereits einmal schutzlos ausgeliefert

war, kann ermessen, was ein entsprechender Sicherheitschutz bedeutet. Nur Einsame, Verlassene und Ausgestoßene können richtig nachfühlen, was soziale Kontakte, soziale Netze, soziale Beziehungen wirklich bedeuten.

Wem erwartbare Anerkennung versagt geblieben ist, weiß, wie wichtig manchen Menschen Anerkennung sein kann und dass deren Fehlen Krankheitssymptome auslösen kann. Und fast jeder strebt die Verwirklichung seiner Ziele und seiner Persönlichkeit an und ist unglücklich, wenn dies nicht gelingt.

Sowohl Antonovsky²⁹⁾ als auch Frankl³⁰⁾ haben gezeigt, dass für die Lebensgestaltung eine entsprechende Sinnfindung entscheidend und prägend dafür ist, wie Belastungen verschiedener Art ausgehalten und verarbeitet werden können.

Das zweite Millenniumsziel, (Primär-)Schulbildung für alle, zeigt deutlich, dass die Millenniumsziele für eine Gesamtentfaltung der Menschen offen sind. Der hervorragende UNESCO-Bericht „Bildung für das 21. Jahrhundert“³¹⁾ hat diesen Ansatz weltweit weiterentwickelt und sollte von allen Verantwortlichen als Richtschnur genommen werden. Zugleich sollte darüber nachgedacht werden, dass heute viele Institutionen - und nicht nur die Schule - Orte der Bildung sein können. Die gegebene oder nicht gegebene Belastbarkeit der Menschen, Gruppen und Gesellschaften ist unterschiedlich, und die Widerstandskräfte können sehr verschieden sein, müssen aber immer mit bedacht werden. Objektive und subjektive Komponenten spielen dabei eine große Rolle.

Das dritte Millenniumsziel „Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen“ ist ein altes - immer wieder missachtetes - Desiderat und kann gar nicht ernst genug genommen werden. In allen Lebensbereichen und weltweit sollte diesem Ziel Rechnung getragen werden. Viele Untersuchungen zeigen, dass überall dort, wo die materielle Situation besonders schlecht ist, die Rolle der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft deutlich an Bedeutung zunimmt.

Die Millenniumsziele vier, fünf und sechs sind der Verbesserung der Gesundheit besonders wichtiger und aktueller Gruppen gewidmet, den Kindern, den Müttern und den HIV- und Malaria-Kranken. Hier muss viel getan werden, um Kosten und größere Schäden zu verringern. Besondere Bedeutung kommt der Prävention zu und einer Steigerung des Allgemeinzustandes der gesamten Bevölkerung, um Krankheiten besser abwehren zu können. Vorbeugen ist besser als heilen.

Das siebente und das achte Millenniumsziel sind strategisch wichtigen Themen gewidmet, die langfristig eine besondere Bedeutung haben. Das siebente Ziel „Ökologische Nachhaltigkeit“ fokussiert v.a. auf die große Bedeutung der Sicherung einer großen Biodiversität, die enorme Bedeutung der Sicherung von hygienisch einwandfreiem Trinkwasser und auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Slumbewohner weltweit.

Das achte Millenniumsziel „Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung“ spricht wichtige Strukturprobleme im Verhältnis der Staaten zueinander und in der Zusammenarbeit zwischen so genannten Entwicklungsländern und etablierten bzw. privilegierten

Ländern an und behandelt v.a. Finanzen und Schulden, Krankheiten und Arzneimittel, Kommunikation und Information und den Abbau von Handelshemmnissen, muss aber auch alle Möglichkeiten, zwischen Einzelnen, Gruppen, Organisationen und Institutionen sowie Staaten und internationalen Organisationen konstruktiv zu kommunizieren, ins Auge fassen. Eine wichtige Voraussetzung jeder praktikablen Partnerschaft ist die prinzipielle Gleichwertigkeit der Beteiligten und ein dementsprechendes Handeln aller. Die Orwell'sche Horrorvision „Manche sind gleicher als die anderen“ in seiner „Farm der Tiere“ und die alte Forderung, dass der Zweck (auch der der [vermeintlichen] Terrorbekämpfung) die Mittel nicht heiligen dürfe und die Notwendigkeit, „die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen“ und daher gleiches Recht für alle zu fordern, sind (leider) noch immer aktuell und verlangen individuelles und kollektives Handeln.

Kommunikation zwischen den Betroffenen aufbauen

Der große - aus Österreich stammende - Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick baute seinen theoretischen Ansatz der Kommunikation auf folgenden fünf (pragmatischen) Axiomen auf, die auch in unserem Zusammenhang wichtig sind:³²⁾

1. Kommunikation ist eine Lebensbedingung

Man kann nicht nicht-kommunizieren. Sowohl das Verhalten jedes Einzelnen als auch die Handlungen von Organisationen und Staaten haben - v.a. in der globalisierten Welt - einen kommunikativen Charakter. In der Vergangenheit lassen sich viele Isolierungs- und Abschottungstendenzen feststellen und studieren, die zum einen immer wieder von (oft dramatischen) Öffnungen abgelöst wurden, und heute wissen wir, dass Isolation und Geheimhaltung nicht mehr möglich sind. Diesem Wissen müssen entsprechende Taten folgen.

2. Kommunikation hat viele Aspekte

Jede Kommunikation hat einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt, wobei Ersterer von Letzterem bestimmt wird. Die Kommunikation misslingt, wenn die Kommunikationspartner die beiden Aspekte der Kommunikation verschieden interpretieren; man spricht zwar miteinander, versteht sich aber nicht wirklich, man spricht nicht nur aneinander vorbei, sondern glaubt dem Gehörten nicht. (Im Sinne von: Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.)

3. Die Bedeutung von Interpunktionen für die Interpretation der Kommunikation

Auf den verschiedenen Ebenen der Kommunikation (vom Individuum bis zur Weltgesellschaft) kommt den - meist verschieden interpretierten - Interpunktionen der Kommunikation (Beginn, Unterbrechungen, Einschränkungen, Vertrauensbrüche u.a.) große Bedeutung zu. Wann hat ein Streit begonnen, wurde er vielleicht - eventuell nur in den Augen einer Seite - schon beigelegt, werden aus der unterschiedlichen Vergangenheit Erinnerungen bewusst gemacht, verdrängt oder auch vergessen? Paul Ricoeur hat darauf hingewiesen, dass nur das vergessen werden darf, was verziehen ist.³³⁾ Zum Verzeihen gehören aber

beide Parteien: Täter und Opfer. Bei vielen Streitigkeiten ist (den Beteiligten) ohnehin nicht klar, wer letztlich Opfer und Täter ist, in der Regel gehören zu jedem Streit (mindestens) zwei Streitparteien. Wann kann ein Streit als (endgültig) beigelegt bezeichnet werden? Auf dem Weg zum „ewigen Frieden“ werden wir immer bleiben (müssen). Aber wenn auch Konflikte selten oder nie endgültig gelöst werden können, müssen und können sie immer dauerhaft geregelt und durch positive Erfahrungen in den Hintergrund gedrängt werden.

4. Zur Bedeutung digitaler und analoger Elemente in der Kommunikation

Analoge Elemente der Kommunikation vermitteln in der Regel die Beziehungsebene und bewirken quasi die „Färbung“ der Kommunikation, und die digitalen Elemente präzisieren in der Regel die Inhaltsebene. Kommunikation gelingt dann, wenn beide Elementegruppen übereinstimmen und von den Kommunikationspartnern gleich interpretiert werden. Oft nehmen neben den Hauptbeteiligten der Kommunikation (Haupt-Sender und Haupt-Empfänger) noch weitere Sender an der Kommunikation teil, die sich - aus welchen Gründen auch immer - zu „Stör-Sendern“ entwickeln können, und es kann auch heimliche Empfänger („Abhörer“) geben. Beides kann zu Komplikationen in der Kommunikation führen. Auch bei Konferenzen, bei denen schriftliche Unterlagen verteilt werden, findet sich oft die Bemerkung: „Es gilt das gesprochene Wort“, was dann, wenn es keine authentische und legitimierte Aufnahme dieses Wortes gibt, einen erheblichen Interpretationsspielraum lässt. Manchmal wird - zur vermeintlich größeren Klarheit - auch auf andere Texte verwiesen, was für viele (die keine Insider sind) die Information nicht unerheblich erschwert. Gelegentlich werden auch Zusammenhänge bewusst unterschiedlich interpretierbar gelassen, weil auch die Beteiligten noch keine Klarheit haben oder wollen.

5. Symmetrische und komplementäre Kommunikation

Symmetrische Kommunikation strebt die Gleichwertigkeit der Partner in allen Aspekten an. Wenn ein Partner ein Mikrofon hat und der andere nicht, wenn ein Partner die informierteren und zahlreicheren Mitarbeiter hat und der andere nicht, wenn ein Partner bei der Zuhörerschaft großes Ansehen genießt und der andere nicht, wenn ein Partner im Inhaltsbereich erfahrener und geschulter ist als der andere, wenn ein Partner wirksame Drohmittel besitzt und der andere nicht usw., dann sprechen wir von asymmetrischer Kommunikation. Dass die Partner der Kommunikation völlig gleich oder gleichwertig sind oder so gesehen werden, ist selten der Fall, sodass es für jede - langfristig wirksame und konstruktive - Kommunikation wichtig ist, dass der jeweils Stärkere nicht auf dieser Position beharrt, sondern sich auf eine Kommunikation auf gleicher Augenhöhe einlässt. Bei vielen Machtträgern ist dies de facto nicht der Fall, auch wenn internationale Verträge anderes vorsehen. Aber auch in den internationalen Strukturen gibt es noch manche „schiefe Ebenen“.

Komplementäre Kommunikationsstrukturen weisen darauf, dass bei jeder - auch der asymmetrischen - Kommunikation beide Partner aufeinander angewiesen

sind, was von den Mächtigeren (welcher Art auch immer) oft lange Zeit - meist zum beiderseitigen Nachteil - nicht gesehen wird. Machtarme Dritte können in solchen Fällen (die es zahlreich gibt) gute Dienste leisten. Österreich könnte sich zu einem solchen „Weltdienstleister“ entwickeln. Allerdings fehlen noch einige Voraussetzungen.

Auch andere theoretische Ansätze können zur Stärkung einer Welt-Kommunikation und zum langfristigen Aufbau von Verständnis und friedlicher Entwicklung genützt werden. Entscheidend wird sein, wie es gelingt, Theorien in gelebte Praxis umzusetzen.

Vertrauensbildende Maßnahmen schaffen

Der deutsche Soziologe Niklas Luhmann hat auf die Bedeutung von Vertrauen für den Abbau von Komplexität hingewiesen.³⁴⁾ In einer hochkomplexen Weltgesellschaft wird es nicht genügen, Finanzmittel und Rohstoffe zu sichern, es wird auch das „Humankapital“ zu entwickeln und zu erhalten sein, soll ein lebensfreundliches und menschenwürdiges Zusammenleben der Menschen erreicht werden. Dabei wird es darauf ankommen, das Welt-Humankapital insgesamt ins Auge zu fassen und nicht - durch welche Maßnahmen immer - für bestimmte Gruppen und Länder differenzielle Vorteile herauszuarbeiten und jeweils zu versuchen, aus den konkreten Situationen Einzelvorteile zu ziehen.

Auch hier stellt sich sowohl die Frage nach dem Menschenbild als auch die Frage nach dem Angstpotenzial in der jeweiligen Gesellschaft.³⁵⁾ Riemann hat deutlich auf den Doppelaspekt der Angst aufmerksam gemacht: „Einerseits kann sie uns aktiv machen, andererseits kann sie uns lähmen.“³⁶⁾ Dabei müssen wir uns zwei Tatsachen vor Augen halten:

1. Angst gibt es immer! Völlige Angstlosigkeit kann nicht hergestellt werden.

2. Alles kann uns Angst machen! Auf dieser Basis hat Riemann vier Grundformen der Angst entwickelt, die er auf der individuellen Ebene behandelt hat:³⁷⁾

Es wird wichtig sein, Wege einer konstruktiven Bewältigung vergleichbarer Ängste auch auf Gruppen-, Staaten- und Weltebene zu finden, was hier nur angedeutet werden kann, aber eine wichtige Zukunftsaufgabe darstellt.

Gemeinsame Ziele entwickeln

Es ist oft schwer, Gemeinsamkeiten zwischen unterschiedlichen Menschen zu entdecken, dies stellt aber die notwendige Voraussetzung dar, diese Gemeinsamkeiten zu stützen und zu entfalten. Manchmal - wenn eine entsprechende Grundeinstellung vorhanden ist - fällt es leichter, oft überwiegen die trennenden Faktoren. Eine besondere Funktion hat in diesem Zusammenhang der Neid auf allen (potenziellen) Kooperationsebenen, worauf der aus Graz stammende und in den USA und Deutschland bekannt gewordene Soziologe Helmut Schoeck in eindrucksvoller Weise aufmerksam gemacht hat.³⁸⁾

Das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen ist ein langsamer Prozess und benötigt - immer wieder - positives Feedback, das durch negative Ereignisse in den Wechselbeziehungen, v.a. wenn sie nicht ehrlich und rasch aufgearbeitet werden, schwer beeinträchtigt werden kann.

Im Augenblick prägt - durch die massenhaften Abhörmaßnahmen der USA bedingt - ein „Vertrauensbruch unter Freunden“ die Beziehungen zwischen den USA und der EU, wenigstens aus der Sicht vieler Verantwortlichen der EU, und es wird vieler Schritte bedürfen, bis das verlorene Vertrauen wieder aufgebaut werden kann. Kommunikationsbarrieren wirken dabei hemmend und behindern Kooperation.

Kooperationen auf allen Ebenen

Kooperation erfordert ein Zusammenwirken zumindest in den drei Bereichen von Arbeit, wie Max Scheler eindrucksvoll gezeigt hat, beim Planen, beim konkreten und koordinierten Handeln und beim gemeinsamen Verfügen über die Tätigkeitserfolge.³⁹⁾

Planung gemeinsamen Handelns

Alle Planungsschritte müssen auf allen Ebenen (vom Individuum bis zur Weltgesellschaft) gesehen werden und gewinnen dann an Bedeutung, wenn ebenenüberschreitende Gemeinsamkeiten entdeckt, geschaffen und gestärkt werden.

1. Individuelle Ebene

Planungen auf der individuellen Ebene können sehr unterschiedlichen Charakter haben und von Träumen und vagen Hoffnungen bis zur systematischen Karriereplanung reichen.

2. Gruppenebene

Auf der Gruppenebene sind die Planungen nach Inhaltsaspekten, Verfassung der Gruppen und nach jeweiliger gesellschaftlicher Bedeutung von Gruppen sehr unterschiedlich. In den entwickelten Gesellschaften sind Planungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich heute von besonderer Bedeutung.

In jüngster Zeit zeigt sich allerdings immer mehr, dass Kooperationen im zivilgesellschaftlichen Bereich wichtiger werden. Bei den großen Überschwemmungen im Juni 2013 war es mehr als beeindruckend, wie viele Freiwillige - v.a. auch viele junge Menschen - Katastrophenhilfe geleistet haben. Diese gesellschaftliche Kraft zu stärken und v.a. bei der Jugend zu wecken ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe,⁴⁰⁾ die systematisch verfolgt und in international vernetzter Weise organisiert werden soll.

3. Gesellschaftliche Ebene

Auf gesellschaftlicher Ebene hat sich Otto Rühle mit den verschiedenen Bauplänen einer (neuen) Gesellschaft in systematischer Weise beschäftigt⁴¹⁾ und auch in anregender Weise zu den verschiedenen Ansätzen Stellung bezogen. Manche Ansätze haben zeitweise stark auf andere Ebenen ausgestrahlt und zu ideologischen Haltungen auf allen Ebenen geführt.

4. Weltebene

Auf der Weltebene wurden immer wieder Weltreiche entworfen und zum Teil auch errichtet, die mehr oder minder lange Zeit gedauert haben, auch wenn sie auf eine „Ewigkeit“ hin ausgerichtet waren, wie das „Tausendjährige Reich“ der Nationalsozialisten in Deutschland. Seit der Existenz einer Weltorganisation - Völkerbund und Vereinte Nationen - wurden systematische Überlegungen auf Weltebene häufiger. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde versucht, durch Weltkonferenzen

sowohl gemeinsame Pläne zu entwickeln als auch zu gemeinsamem Handeln zu kommen.⁴²⁾

Die Millenniumserklärung der UNO vom 8. September 2000 kann zwar als „Novum in der Geschichte der Entwicklungspolitik“⁴³⁾ bezeichnet werden, aber die Erklärung von acht (allgemeinen) Schwerpunkten zu Millenniums-Entwicklungszielen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine breite Mobilisierung der Menschen bisher nicht erreicht wurde.

Gemeinsam und koordiniert handeln

Es wird notwendig und günstig sein herauszufinden, in welchen Bereichen ein gemeinsames oder (wenigstens) koordiniertes Handeln erforderlich und möglich ist. Ein Menschheitsbewusstsein oder auch ein gemeinsames „Bedrohungsbewusstsein“, worin immer die Bedrohungen bestehen, kann dafür förderlich sein. Seit es eine vielfache Overkill-Capacity gibt, seit die modernen Risiken⁴⁴⁾ bewusst werden und die Welt nur mehr als interdependente Welt verstehbar ist,⁴⁵⁾ wird koordiniertes und gemeinsames Handeln eine Notwendigkeit.

Gemeinsam über die Tätigkeitserfolge verfügen

Planen, Handeln und brauchbare Produkte werden langfristig nur dann eine Einheit bilden können, wenn eine entsprechende Teilhabe aller gesichert ist. Die Welt - in allen ihren Facetten - sollte letztendlich unser aller Angelegenheit sein bzw. werden.

Das Verfügen-Können kann sehr unterschiedlich sein, aber es muss - langfristig, subjektiv und objektiv - bei vielen (tendenziell allen) gegeben sein, und es darf keine (relevante) Gruppe geben, die ausgeschlossen wird oder sich ausgeschlossen fühlt. Letztlich muss es gelingen, immer wieder das Gemeinsame und das Verbindende vor das Egoistische und Trennende zu stellen. Das braucht kontinuierliche Anstrengungen im Denken, Handeln, Fühlen, Wollen und Tun. Das kann nur in einer „Friedensspirale“ (langsam) wachsen.

Bausteine einer Friedensspirale

Auf dem Weg zum Frieden stehen wir (immer wieder) ziemlich am Anfang. Es ist ein weiter Weg und es gibt keine Abkürzung. Dauerndes Training ist notwendig. Zunächst sind einige Vorfragen zu klären, und dann werden einige Stufen auf der Friedensspirale zu entwickeln versucht, weitere müssen folgen.

Vorfragen einer Friedensspirale

Wohin soll eine Friedensspirale führen? Wenn es auch verständlich ist, dass eine gewaltarme Vorgangsweise zur Schaffung einer stabilen Friedensordnung einer gewaltbetonten vorzuziehen ist, muss doch zunächst nach der Qualität des angestrebten Zieles gefragt werden. Auch eine Friedhofsruhe erscheint friedlich, ist aber nicht wünschenswert. In Diktaturen wagen niemand oder nur wenige, die in der Regel schrecklich dafür büßen, eine nichtkonforme Haltung. Auch in solchen Regimen herrscht Ruhe und (vermeintlich) Friede. Friede ist mehr als Nicht-Krieg. Friede kann sich überall dort entwickeln,

wo eine „Entängstigung“ herrscht, wo die Grundformen der Angst von Einzelnen, Gruppen und Gesellschaften konstruktiv gestaltet werden. Riemann meint, dass alle möglichen Ängste letztlich immer Varianten von folgenden vier Grundängsten sind:⁴⁶⁾

1. Die Angst vor der Selbsthingabe, die meist als Ich-Verlust und Abhängigkeit, Aufgabe der Selbstständigkeit, Verlust der Einmaligkeit erlebt wird.

2. Die Angst vor der Selbstwerdung, der Selbstverwirklichung, die als Ungeborgenheit und Isolierung erlebt wird.

3. Die Angst vor der Wandlung, jeglicher Veränderung, die als Vergänglichkeit und Unsicherheit erlebt wird.

4. Die Angst vor der Notwendigkeit, die als Endgültigkeit und Unfreiheit erlebt wird.

Riemann sieht diese vier Grundformen der Angst in zwei Antinomien, die uns - sowohl Einzelne als auch Gruppen und Gesellschaften - zwei paradoxe Zumutungen auferlegen, nämlich sowohl die Angst vor der Ich-Aufgabe wie die Angst vor der Ich-Werdung als auch die Angst vor Veränderung und Wandel wie die Angst vor der Endgültigkeit zu überwinden. Die Menschen müssen es lernen, in einem Sowohl - Als auch zu leben und die Angst vor dem Entweder - Oder zu überwinden. Zugleich müssen wir uns vor Augen halten, dass es viele Wege zum (Teil-)Frieden gibt und es notwendig ist, kompatible Wege zu finden und zu gehen und nicht auf bestimmten Trassen zu beharren.

Trennung von Streitparteien

Ein erster Schritt zum Frieden besteht darin, Kampfhandlungen einzustellen, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und die Streitparteien zu trennen. Nur wer selbst in (tätliche) Auseinandersetzungen als (vermeintlicher) Täter oder (vermeintliches) Opfer verstrickt war, kann erahnen, wie facettenreich Trennungsszenarien sein können und welchen Gefährdungen Dritte, die quasi „dazwischentreten“, ausgesetzt sein können. Wie politisch unangenehm das Verhalten Dritter sein kann, zeigt das Verhalten der niederländischen UNO-Soldaten in Srebrenica oder der Abzug der österreichischen Blauhelme vom Golan. Zugleich spielen das Verständnis von Selbstverteidigung und die Einstellung zu einem Gewaltmonopol von Staaten eine große Rolle. Wo es selbstverständlich ist, Waffen zu besitzen, wird die Situation anders sein als dort, wo ein Waffenbesitz eine eigene Genehmigung erfordert.

Immer wieder wurde - auf den verschiedenen Ebenen - versucht, die Verwendung von Waffen einzuschränken oder den Einsatz bestimmter Waffen zu verbieten. Waffeneinsatz - wenn man sich dazu berechtigt fühlt - fasziniert und ist schwer aufzuhalten. Der Einsatzleiter während der Schulattacke in Memmingen 2012, bei der ein 15-Jähriger durchgedreht und Mitschüler bedroht hat und zum Glück niemand zu Tode gekommen ist, hat mir persönlich erzählt, dass es seine schwierigste Aufgabe war, die Polizisten, die den bewaffneten Täter am Sportplatz gestellt hatten, davon zu überzeugen, dass es nicht angemessen ist, einen 15-Jährigen, auch wenn er bewaffnet ist, zu erschießen, sondern dass andere Wege zielführender seien. Leider

werden solche Verhandlungserfolge seltener dokumentiert als blutige Massaker.

Kommunikation herstellen

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war in Europa zum einen die Sehnsucht: „Nie wieder Krieg!“ und zum anderen das Bedürfnis „Miteinander reden“ besonders groß. In Österreich wurde im Österreichischen College und durch die ersten Alpbacher Hochschulwochen 1945 diesem Gedanken des gruppentranszendierenden Gesprächs konkret Rechnung getragen,⁴⁷⁾ und Friedrich Heer hat schon früh die Gefahr einer geschlossenen Welt aufgezeigt⁴⁸⁾ und im gelebten Christentum eine Möglichkeit gesehen, die Monade (das nur Auf-sich-selbst-Bezogen-sein) aufzubrechen und zu einem Gespräch der Feinde, vielleicht letztlich zur Feindesliebe fortzuschreiten.

Bei der Herstellung von Kommunikation ist eine behutsame Vorgangsweise notwendig, oft die Vermittlung Dritter gefragt, bis direkte Gespräche möglich werden. Grundbedingung dauerhafter Kontakte und ernsthafter Gespräche ist das Bemühen um Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, Haltungen, die (leider) immer wieder eingemahnt werden müssen und überall, nicht nur in ehemals kommunistischen Staaten, nicht leicht hergestellt werden können.⁴⁹⁾

Kommunikation strebt nach Intensivierung und Vertiefung und braucht entsprechende Pflege, damit gute Beziehungen Dauer haben und die Kontakte Früchte bringen. Die Kommunikationskapazitäten sind nicht nur bei einzelnen Menschen und in verschiedenen Lebensbereichen unterschiedlich, sondern auch bei Gruppen und Gesellschaften. Zu beachten sind aber nicht nur die Kommunikationspartner, die Kommunikationskanäle, Kommunikationsinhalte und die beabsichtigten Wirkungen, sondern Kommunikation ist auch abhängig von günstigen Gelegenheiten, z.B. optimalen Zeitpunkten (Kairos) und Orten, und verlangt nachhaltiges Bemühen aller Beteiligten. Markus Plate hat auf viele Ansätze, Gespräche effektiv zu gestalten, in anregender und bedenkenswerter Weise hingewiesen.⁵⁰⁾

Herstellung, Nutzung und Weiterentwicklung vielfältiger Vernetzungen

Je mehr Einzelpersonen, Gruppen und Gesellschaften in den verschiedenen Lebensbereichen miteinander vernetzt sind und (immer wieder) positive Beziehungen aufbauen, desto eher wird sich friedliches Miteinander entwickeln. Gemeinsame Projekte, in die jeder Beteiligte seine Stärken einbringen kann und die gemeinsame Erfolge bringen, die auch entsprechend genützt werden, sind weitere (kleine) Schritte auf der Friedensspirale. Wichtig ist, dass möglichst alle Gruppen einer Gesellschaft, v.a. die Jugend, einbezogen wird, damit kein Gefühl des Ausgeschlossenenseins oder des Überflüssigseins entsteht, das hemmend, manchmal lähmend wirkt.

Kreativität ist in allen Lebensbereichen gefragt. Meist gibt es viel mehr Möglichkeiten, als zunächst bewusst vorstellbar sind, und manche Vernetzungen verursachen auch kaum Kosten, brauchen aber Anschubfinanzierung und gesamtgesellschaftliche Wertschätzung.

Aufbau gemeinsamer Werthaltungen

Fast alle Staaten der Welt haben sich zum gemeinsamen Ideal der Menschenrechte bekannt und zur tatsächlichen Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung verpflichtet.⁵¹⁾

Auf der Basis der - sehr unterschiedlichen - kulturellen Traditionen der verschiedenen Völker und Regionen sind „Kleintugenden“ zu entwickeln wie Höflichkeit, Bescheidenheit, Rücksichtnahme, Fairness usw., die mithelfen, die großen Ziele Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Dabei wird immer wieder der Diskurs über Kultur- und Wertegrenzen hinweg notwendig sein, der nach Ram Mall folgende Hindernisse einer interkulturellen Perspektive vermeiden muss:⁵²⁾

1. Jede rigide Inkompatibilität z.B. zwischen östlichem und westlichem Denken;
2. eine stufentheoretische Entwicklung des (philosophischen) Denkens mit der Kulmination in einer bestimmten Philosophie, Kultur, Religion;
3. jeglicher Absolutheitsanspruch eines Textes oder einer Interpretation;
4. jede radikale Übersetzbarkeit oder Unübersetzbarkeit von Texten oder Kulturen.

Zugleich betont Mall, dass Erkenntnisgewinnung und Erkenntnisverwirklichung gleichrangig zu verbinden sind, wie dies im indischen Philosophieren und auch im antiken europäischen Denken eine Selbstverständlichkeit ist (war). Heute kann man sich oft des Eindrucks nicht erwehren, dass zwar alle (sehr viele) Bescheid wissen, mit den Inhalten auch einverstanden sind, aber trotzdem nichts tun, entsprechend der schrecklichen Maxime: „Alle sind dafür, keiner tut’s“.

Konfliktfähigkeit einüben, gepflegt streiten lernen

Trotz aller Kontakte, guten Absichten und vielfältigen Bemühungen wird es immer wieder zu Un- und Missverständnissen, Streitigkeiten und Konflikten kommen. Auf allen Ebenen gesellschaftlichen Zusammenlebens muss gelernt werden, gepflegt zu streiten, Auseinandersetzungen so zu regeln, dass dies alle Beteiligten als gerecht empfinden können. Dies erfordert tendenziell eine - möglichst breite - gemeinsame Werthaltung, die vielleicht klein begonnen werden muss, wie Hans Küng in seinem Projekt Weltethos vorgeschlagen hat,⁵³⁾ aber gemeinsam auszubauen ist. Die Friedensspirale hört nie auf. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Rowohlt Verlag, Reinbek 1963.
- 2) Johan Galtung: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Dieter Senghaas (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über unabhängige Revolution, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1972.
- 3) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (illustriert von Michel Streich): Präambel, A. Knaus Verlag, München 2008.
- 4) Amt der OÖ. Landesregierung (Hrsg.): 50 Jahre Entwicklungshilfe. Hunderte Lebensbilder aus Oberösterreich und Ländern der Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer berichten über ihre Einsätze, Linz 2012.
- 5) Obama's Speech on the Anniversary of 9/11: <http://blogs.wsj.com/washwire/2011/09/11/obamas-speech-on-the-anniversary-of-911/>
- 6) Ralf Miggelbrink: Lebensfülle. Für die Wiederentdeckung einer

- theologischen Kategorie, Verlag Herder, Freiburg, Basel, Wien 2009.
- 7) Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Wilhelm Weischedel (Hrsg.): Immanuel Kant: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1, Werkausgabe Bd. XI., Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1977, S.191ff.
- 8) Friedrich Glasl: Konfliktmanagement: Ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater, Verlag Paul Haupt, Bern 1994.
- 9) Alfred Klose: Ein Weg zur Sozialpartnerschaft. Das österreichische Modell, Wien 1970.
- 10) Christa Zuberbühler: Vom Amtsschimmel zum Rennpferd - Wenn Mediation in der öffentlichen Verwaltung Gewinner schafft. In: Klaus Zapotoczky, Christian Pracher, Herbert Strunz (Hrsg.): Verwaltung innovativ, Trauner Verlag, Linz 2007, S.231ff.
- 11) Georges C. Homans: Theorie der sozialen Gruppe, Westdeutscher Verlag, 6. Auflage, Köln-Opladen 1972.
- 12) Andrea Heubach: Generationengerechtigkeit - Herausforderung für die zeitgenössische Ethik, V&R unipress, Göttingen 2008.
- 13) Martin Buber: Das Problem des Menschen, Kösel Verlag, Heidelberg 1961.
- 14) Herwig Büchele: Gewaltfrei leben. Die Herausforderung der Bergpredigt - Utopie oder Chance? Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2010.
- 15) Chantal Portillo: Mahatma Gandhi - „Nein zur Gewalt“, Anaconda Verlag, Köln 2012.
- 16) Richard Sennett: Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Hanser Verlag, Berlin 2012.
- 17) Friedrich Heer: Gespräch der Feinde. Europa Verlag, Wien, Zürich 1949.
- 18) Friedrich Heer: Europa - Das Europäische Gespräch. Eine Rede an die akademische Jugend. In: Friedrich Heer, a.a.O., S.7ff.
- 19) Friedemann Schulz von Thun: Miteinander Reden, Band 1, 2 und 3, Rowohlt Verlag, Reinbek 2010.
- 20) Andrea Heubach: Generationengerechtigkeit - Herausforderungen für die zeitgenössische Ethik. Verlag V & R Unipress, Göttingen 2008.
- 21) Armin Pongs (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Band 1 und 2, Dilemma Verlag, München 1999 bzw. 2000.
- 22) Franz Nuscheler, Michele Roth (Hrsg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg? Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2006.
- 23) Wolf Lepenies: Melancholie und Gesellschaft, Suhrkamp Verlag, 2. Auflage, Frankfurt/Main 1981.
- 24) Michael Mitterauer: Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, C.H. Beck Verlag, 5. durchgesehene Auflage, München 2009.
- 25) Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010.
- 26) Heiner Geißler (Hrsg.): Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen, Günter Olzog Verlag, München-Wien 1978.
- 27) Eberhard Sandschneider: Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen, Carl Hanser Verlag, München 2011.
- 28) Abraham H. Maslow: Motivation und Persönlichkeit, Rowohlt Verlag, Reinbek 1981.
- 29) Aaron Antonovsky: Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit, Verlag Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie, Tübingen 1997.
- 30) Viktor E. Frankl: Zeiten der Entscheidung, Herder Verlag, 2. Auflage, Freiburg, Basel, Wien 1996.
- 31) Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert, Luchterhand Verlag, Neuwied, Kriftel, Berlin 1996.
- 32) Paul Watzlawick, J.H. Beavin, D.D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. H. Huber Verlag, 3. Auflage, Bern 1972.
- 33) Paul Ricoeur: Gedächtnis, Geschichte, Vergessen, Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2004.
- 34) Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, VTB-Verlag, 4. Auflage, Stuttgart 2000.
- 35) Fritz Riemann: Grundformen der Angst. Eine tiefenpsychologische Studie. Mit einer Kurzbiografie von Ruth Riemann, Ernst Reinhardt Verlag, 38. Auflage, München, Basel 2007.
- 36) Fritz Riemann a.a.O., S.19.
- 37) Fritz Riemann a.a.O., S.27.
- 38) Helmut Schoeck: Der Neid und die Gesellschaft, Verlag Herder, Freiburg, Basel, Wien 1966.
- 39) Max Scheler: Erkenntnis und Arbeit. Eine Studie über Wert und Grenzen des pragmatischen Motivs in der Erkenntnis der Welt. Francke Verlag, Bern 1960.
- 40) Klaus Zapotoczky: Jugend und Freiwilligen-Engagement, Trauner Verlag, Linz 2013.
- 41) Otto Rühle: Baupläne für eine neue Gesellschaft, Rowohlt Verlag, Reinbek 1971.
- 42) Thomas Fues, Brigitte J. Hamm (Hrsg.): Die Weltkonferenzen der 90er-Jahre: Baustellen für Global Governance, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2001.
- 43) Franz Nuscheler, Michele Roth (Hrsg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg? Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2006.
- 44) Beck Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1986.
- 45) Ulrich Beck: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2008.
- 46) Fritz Riemann: Grundformen der Angst. Eine tiefenpsychologische Studie. Mit einer Kurzbiografie von Ruth Riemann, Ernst Reinhardt Verlag, 38. Auflage, München, Basel 2007, S.27.
- 47) Otto Molden: Der andere Zauberberg. Das Phänomen Alpbach. Persönlichkeiten und Probleme Europas im Spiegelbild geistiger Auseinandersetzung, Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich-New York 1981.
- 48) Friedrich Heer: Eine Frage an den Menschen von heute. In: Friedrich Heer, a.a.O., S.127ff.
- 49) Vaclav Havel: Versuch, in der Wahrheit zu leben, Rowohlt Verlag, 10. Auflage, Reinbek 2000.
- 50) Markus Plate: Grundlagen der Kommunikation. Gespräche effektiv gestalten, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Tübingen 2013.
- 51) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, illustriert von Michel Streich, A. Knaus Verlag, München 2008. Präambel.
- 52) Ram Adhar Mall: Indische Philosophie - Vom Denkweg zum Lebensweg. Eine interkulturelle Perspektive, Verlag Karl Alber, Freiburg/München 2012. S.15ff.
- 53) Hans Küng: Projekt Weltethos, Piper Verlag, München 1990.



**Univ.-Prof. Dr.
Klaus Zapotoczky**

Geb. 1938; Studium der Rechtswissenschaften in Wien und der Sozialwissenschaften in Löwen (Belgien); 1964-1966 wissenschaftliche Lehr- und Forschungstätigkeit an der Deutschen Akademie Klausenhof; 1966-1971 Universitätsassistent für Soziologie an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz und 1971-1976 an der Universität Wien; 1976-2006 o.Professor für Soziologie an der Johannes-Kepler-Universität Linz; 1985-2008 Kuratoriumsvorsitzender der Österr. Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung; 1991-2003 Vorsitzender der Wissenschaftskommission beim BMf. Landesverteidigung; seit 2003 Wissenschaftlicher Gesamtleiter der body&health academy und der WWEDU - World Wide Education und seit 2005 der emca academy technik + wirtschaft; seit 2008 Lehrbeauftragter für Geistes- und Kulturgeschichte und seit 2010 für Kommunikationstheorie der Universität für Design und Künstlerische Gestaltung Linz.